

Die Trades-Unions und die Politik.

Von

James Ramsay Mac Donald.

(London.)

Das englische Gewerkschaftswesen unterscheidet sich wesentlich von den Arbeiterorganisationen aller anderen Länder, und zwar liegt der Grund dieser Verschiedenheit hauptsächlich in den politischen Verhältnissen Grossbritanniens. Die moderne Gewerkschaftsbewegung hat sich entsprechend den durch die industrielle Entwicklung bewirkten Veränderungen in der Produktionsweise gestaltet. Von Anfang des Jahrhunderts an bis etwa 1890 glaubte die Arbeiterklasse, dass Freiheit nur politische Freiheit sei. Daher finden wir auch in dieser Zeit eine strenge Trennung der gewerkschaftlichen und politischen Action der Arbeiterklasse. Der englische Liberalismus war nie zum politischen Dogma erstarrt, seine Principien waren stets im Fluss: es gab keine obligatorische Parteiüberzeugung. Man kann demnach die allgemeinen sociologischen Theorien des Liberalismus zutreffend als ethischen, wirtschaftlichen und politischen Individualismus bezeichnen. Aber die Geschichte seiner Thätigkeit zeigt uns, dass er stets mehr bestrebt war, sich den Wandlungen der Demokratie anzupassen, als sich auf eine bestimmte Staatstheorie festzulegen. Die englische Arbeiterklasse trat während der Epoche des Liberalismus für die politische Freiheit ein, und die Führer hielten ihre Parteigenossen dazu an, sich zur Erlangung socialer Verbesserungen auf die eigene Kraft zu verlassen. In dieser Zeit gelangten die drei für die Geschichte der englischen Arbeiterklasse so ausschlaggebenden Organisationsformen — Gewerkschaften, Genossenschaften und Unterstützungscassen (Krankencassen) — allmählich zu Macht und nationaler Bedeutung. Die Arbeiterschaft schätzte in diesen drei Associationsformen nicht nur ihre praktische Bedeutung für die Gegenwart, sondern sah in ihnen auch das einzige gesetzliche Mittel, durch das sie ihre Lage verbessern könnte; ja, man erwartete, dass die als notwendig anerkannte sociale Umbildung durch das Gedeihen dieser Organisationen erfolgen werde.

Einige Zahlen mögen die Stärke derselben illustrieren. Von 14 000 000 Lohnarbeitern sind 1 700 000 gewerkschaftlich organisiert; das in der Genossenschaftsbewegung des letzten Jahres angesammelte Capital betrug am Ende desselben 21 381 527 Lstrl., und der Umsatz belief sich im Jahre 1899 auf 69 835 000 Lstrl.; die Unterstützungscassen zählten 1899: 10 934 144 Mitglieder und besaßen einen Fonds von 35 736 250 Lstrl. Zu diesen starken Organisationen kam noch eine stets wachsende Teil-

nahme am politischen Leben, die immer dann einsetzte, wenn die Unterdrückung des Volkes zu rigoros wurde. So ist es erklärlich, dass auch der Durchschnittsarbeiter sich daran gewöhnt hat, seine beruflichen und seine politischen Bestrebungen streng von einander zu trennen. Mehr als das: er hat es sich zum grundlegenden Princip gemacht, dass gewerkschaftliche und politische Bewegung auseinander gehalten werden müssen. Wie unlogisch und ungereimt es auch einem fernstehenden Kritiker erscheinen mag, die Erfahrung giebt dem englischen Gewerkschafter recht, der es fertig bringt, bei einer Parlamentswahl für denselben Mann zu stimmen, den er in seiner Eigenschaft als Gewerkschafter aufs schärfste bekämpfen würde. Es gab jedoch Zeiten, in denen die englischen Gewerkschaften sowohl Liberale als auch Tories als ihre Feinde betrachten mussten. Besonders war dies der Fall gleich nach der Ausdehnung des Wahlrechts auf die städtischen selbständigen Haushalter (Householders) im Jahre 1868. Diese Reform gab dem Gedanken einer eigenen Arbeitervertretung einen mächtigen Anstoss, aber die liberale Partei war in ihrer Gesamtheit nicht darauf vorbereitet, den Arbeitern so weit entgegenzukommen. So wurde denn im Jahre 1869 und 1870 ein hochangesehener und einflussreicher Gewerkschafter, George Odger, als Arbeitercandidat für Southwark aufgestellt. John Stuart Mill charakterisierte das Streben nach Unabhängigkeit, welches sich in diesem Vorgehen documentierte, sehr treffend in nachfolgendem, gelegentlich seiner zweiten Candidatur an George Odger gerichteten Briefe: „Die Arbeiter thun sehr wohl daran, wenn sie den Tories zu Mandaten verhelfen, um dadurch die exklusiven Forderungen der Whigs zu bekämpfen, und sie können es thun, ohne ihre Principien im geringsten preiszugeben. Die Arbeiter müssen auf eigener Vertretung ihrer Interessen bestehen, und ist ihnen das aus eigener Kraft nicht möglich, so müssen sie die Tories bei den Wahlen unterstützen.“

Dieser Brief datiert aus dem Jahre 1871. Drei Jahre später sagte Lloyd Jones, ein sehr bekannter Arbeiterführer, der in Gateshead candidierte, aber unmittelbar vor dem Tag der Entscheidung zurücktrat, gleich nach den allgemeinen Wahlen: „Ein schweres Bedenken stellte sich ihnen (den Liberalen) als unüberwindliches Hindernis entgegen: Ich war Candidat der Arbeiter, und die dem Mittelstand angehörigen Vertreter der liberalen Sache konnten sich zu einer solchen Anklage ihrer eigenen Politik nicht hergeben.“ Im Jahre 1874 wurden 15 unabhängige Arbeitercandidaten aufgestellt, von denen zwei siegten.

Doch selbst in diesem frühen Stadium war die Bewegung nicht rein politisch. Die thatsächliche Unfähigkeit der liberalen Partei, den Forderungen der organisierten Arbeiter nachzukommen, wurde nach und nach offenbar. Diese Partei erkannte als ihren Hauptorganisator einen Mann an, der früher an der Spitze einer gewerkschaftsfeindlichen Capitalistenvereinigung gestanden hatte. Aber, was noch viel schlimmer war, die Liberalen wollten der Forderung der Arbeiter nicht nachkommen, die eine Aenderung der Novelle zum Strafgesetzbuch in dem Sinne verlangten, dass die Unionisten in Streitfällen gegen die Anstellung von nicht organisierten Arbeitern demonstrativ auftreten dürften. Allerdings ging dieser Kampf um eine wirtschaftliche Forderung nicht allzu tief, er wurde selbst von den Führern des

Bundes zur Aufstellung von Arbeitercandidate — Labour Representation League — nicht richtig verstanden. Letztere waren im besten Falle nur radicale Parlamentarier, die sich gern still verhielten, so lange ihnen die Liberalen ihre Sitze im Parlament liessen. Nach und nach wurde ihre Position sicherer, und nun rührten sie sich überhaupt nicht mehr. Aber immerhin sind diese vorübergehenden Kämpfe bezeichnend. Die englische Arbeiterschaft besitzt nicht viel Idealismus, sie hat nicht mit dem heftigen politischen Druck zu rechnen, der eine Arbeiterpartei von Anfang an von den anderen zeitgenössischen Strömungen scharf abgrenzt. Die Arbeiterrevolte von 1874 zeigte, dass diesen impulsiven Ausbrüchen eine gesunde zielbewusste Gewerkschaftsbewegung zu Grunde lag. Ja, diese Kämpfe veranlassten verschiedene Gewerkschaften, besondere Fonds zu parlamentarischen Zwecken anzulegen. Dass die Thätigkeit der Führer während der letzten 25 Jahre an politischer Verständnislosigkeit litt, erklärt sich daraus, dass die leitenden Personen, wie dies im Wesen der Gewerkschaftsbewegung liegt, nur auf Grund ihrer geschäftlichen Tüchtigkeit gewählt wurden. Dies muss für die gesamte Gewerkschaftsbewegung festgehalten werden.

Bis 1880 war wenig Leben in der Arbeiterpolitik. Allein die Veröffentlichung von Henry Georges Fortschritt und Armut, die in diesem Jahre erfolgte, brachte einen neuen Schwung in die Bewegung und lenkte das Interesse besonders auf ökonomische Probleme. Jetzt erst begann die socialistische Propaganda. Aber trotz der eifrigsten Agitation für die neuen Ideen hatten die socialistischen Organisationen mit der trostlosesten Zersplitterung zu kämpfen. Die Folge davon war, dass sich ein engherziger, sectiererischer Doctrinarismus breit machte, welcher die Bewegung fast ganz zur Erfolglosigkeit verdammt, das Interesse der Arbeiter von den Gewerkschaften ab- und auf die socialistischen Endziele hinlenkte. Während die Liberalen sich bei den Führern der Gewerkschaften einschmeichelten, bekämpften die Socialisten die Gewerkschaften auf Tod und Leben und verscherzten sich damit die Sympathie der organisierten Arbeiter.

Aber die schlechte Geschäftslage der Jahre 1883—1887 machte es sogar dem missgünstigsten, gewerkschaftsfeindlichsten Socialisten unmöglich, die organisierten Arbeiter dauernd von der socialistischen Bewegung abzuschrecken. Männer wie Tom Mann und John Burns betonten nachdrücklich ihre Zugehörigkeit zur socialdemokratischen Federation und bereiteten im Innern der Gewerkschaften die Umwandlung vor. Die socialistische Idee verbreitete sich sehr schnell. Aber was noch fehlte, war eine socialistische Organisation, die ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten und die Sammlung neuer Kräfte ermöglichen sollte. Die Wandlung, die sich in den Gewerkschaften vollzog, lässt sich durch die Protokolle der Jahrescongresse hindurch verfolgen. Der im Jahre 1879 in Edinburgh tagende Congress wies eine solche Armut an ökonomischer Einsicht auf, dass kein einziger Deputierter einen Antrag auf Verstaatlichung von Grund und Boden zu unterstützen wagte. Zwei Jahre nach der Veröffentlichung von Henry Georges Buch wurde derselbe Antrag mit 71 gegen 31 Stimmen angenommen. Auf den fünf nachfolgenden Congressen wurde eine dahin gehende Resolution verworfen, und erst im Jahre 1887 wurde die zu gunsten der Resolution

eintretende Minorität, die übrigens successive gewachsen war, zur Majorität, und auf dem nächsten Congress in Bradford war die fortschrittsfeindliche Opposition, wenigstens in Bezug auf diesen Punct, ziemlich verschwunden. Ein ähnlicher Fortschritt socialistischer Ideen kann zwischen 1882 und 1887 bei Gelegenheit des Kampfes um den gesetzlichen Normalarbeitstag beobachtet werden. Wie zu erwarten war, vollzogen sich solche Wandlungen nicht ohne heftige Conflictte zwischen den officiellen Führern und den mehr oder weniger hervortretenden Deputierten; und es entspann sich zwischen ihnen ein Kampf auf Tod und Leben, in welchem die ersteren einen wahren Obstructionsfeldzug gegen ihnen nicht genehme Resolutionen in Scene setzten.

Am heftigsten tobten diese Kämpfe zwischen der alten Schule und den fortschrittlichen Elementen im Jahre 1889 auf dem Congress in Dundee. Bei dieser von den hervorragendsten socialistischen Gewerkschaftern geleiteten heissen Schlacht scharten sich schliesslich von 188 Delegierten nur 11 um das Fähnlein der Socialisten. Letztere waren entschieden zu weit gegangen, sie waren zu persönlich geworden und thaten vor allem Unrecht daran, ihre eigenen Freunde in die Streitigkeiten hineinzuzerren. Trotzdem war ihre Niederlage in Wahrheit ein Sieg. Die Gewerkschafter alter Richtung lernten aus diesen Debatten, und von diesem Tage an machte sich eine Wendung zum Besseren fühlbar. Im selben Jahre wurde der Aufschwung der Gewerkschaften durch den Londoner Hafenarbeiterstrike bestätigt, und die zwei wichtigsten Merkmale dieser neubelebten Gewerkschaftsbewegung waren die Anerkennung der politischen Action und die Sympathie für den Socialismus. Broadhurst, der auf dem Congress in Dundee die Zielscheibe der Angriffe gewesen war, legte sein Amt als Secretair des Parlamentarischen Comité's „aus Gesundheitsrücksichten“ wohlweislich schon im nächsten Jahre nieder.

Der Congress des Jahres 1890 hatte einen durchaus socialistischen Charakter, aber bedauerlicherweise verdarb sich die socialdemokratische Federation gerade in dem Moment, in dem ihre Vereinigung mit der gesamten socialistischen Bewegung angebracht und möglich gewesen wäre, diese günstigen Aussichten durch ihre zänkischen Angriffe auf die fortgeschrittene Gewerkschaftsbewegung und deren Führer. Der Misserfolg der socialistischen Agitation in den Gewerkschaften gab dem Parlamentarischen Comité erwünschten Anlass, die bestehende Congressordnung in dem Sinne zu ändern, dass die Gewerkschaftscartelle von der Vertretung ausgeschlossen und alle diejenigen, welche nicht mehr im Berufe arbeiteten oder als Beamte der Gewerkschaft thätig waren, des passiven Wahlrechts beraubt wurden. Der Zweck dieser Aenderung war natürlich der, einige der socialistischen Gewerkschaftsführer wie Tom Mann, John Burns und Keir Hardie nicht mehr als Delegierte zuzulassen, um auf diese Weise den socialistischen Einfluss zu unterdrücken. Aber die Propaganda war doch zu weit gediehen, als dass irgend welche äusseren Gewaltmassregeln gegen die socialistischen Strömungen hätten erfolgreich sein können. Eine günstige Conjunction bannte den Geist der Zwietracht aus vielen Gewerkschaften, und die fortgesetzte Thätigkeit der Socialisten in den communalen Körperschaften dämpfte wesentlich den Eifer, mit dem viele von ihnen

auf Resolutionen bestanden, die ein ausgesprochen socialistisches Glaubensbekenntnis enthielten. Den bedeutsamsten Rückhalt erhielt die socialistische Strömung in den Gewerkschaften im Jahre 1893 durch die Gründung der Unabhängigen Arbeiterpartei (Independent Labour Party).

Es war der socialdemokratischen Federation absolut nicht gelungen, eine classenbewusste Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen, und die socialistischen Richtungen vereinigten sich ausserhalb der socialdemokratischen Federation.

Es wäre nutzlos, ja schädlich gewesen, die Unfähigkeit der S. D. F. zu verkennen, und eine neue socialistische Partei wurde notwendig. Trotz allem, was die Gegner der I. L. P. behaupteten, wäre es unverantwortlich, einen Moment daran zu zweifeln, dass die neugegründete Partei von Anfang an socialistisch war. Auf der Gründungsconferenz der I. L. P. wurde deren Aufgabe dahin zusammengefasst, „die collectivistische Productions-, Distributions- und Austauschweise einzuführen.“ Seit die I. L. P. besteht, ist die Bildung einer politischen Arbeiterpartei auch in England der Verwirklichung näher gerückt. Die Unabhängige Arbeiterpartei hat nicht nur die Unterstützung vieler Gewerkschafter gefunden, ihre Thätigkeit hat auch die socialdemokratische Federation gezwungen, eine tolerantere Stellung einzunehmen. In den Provinzen hat die I. L. P. die S. D. F. sogar nach und nach überflügelt. Die socialdemokratische Federation ist jetzt nur noch in London zu Hause, und während die Unabhängige Arbeiterpartei bei den letzten Parlamentswahlen des Jahres 1900 im vergangenen October 7 Candidaten zählte, musste jene sich mit einem begnügen, abgesehen von einem Candidaten, der von beiden Parteiengemeinschaftlich aufgestellt wurde.

Das Ziel der I. L. P. ist von jeher gewesen, auf den Gewerkschaftscongressen eine Bewegung für die Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament ins Leben zu rufen. 1890 und 1891 wurden Resolutionen in diesem Sinne angenommen, aber es geschah vorerst nichts. Als im Jahre 1892 die Notwendigkeit einer socialistischen Arbeiterpartei anerkannt wurde, drangen die Delegierten des Congresses darauf, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Man kann diesen Schritt mit Fug und Recht als die eigentliche Gründung der I. L. P. bezeichnen. Schon im darauffolgenden Jahre gelangte in Belfast eine Resolution zur Annahme, welche die verschiedenen Gewerkschaften aufforderte, einen Fonds für die parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft zu gründen, aber die praktische Wirkung der Resolution wurde durch die doctrinären Socialisten zunichte gemacht, weil sie das übliche socialistische Glaubensbekenntnis in die Resolution hineinzwängten und dadurch den Nur-Gewerkschaftern und Antisocialisten erwünschte Gelegenheit gaben, den Entwurf zur Ablehnung zu bringen. Innerhalb zwölf Monaten haben sich nur 2 Gewerkschaften bereit erklärt, die Resolution anzunehmen, und daher verlief die ganze Sache im Sande. Die Parlamentswahl von 1895 liess die Socialisten ohne Vertretung in dem Haus der Gemeinen; Keir Hardie unterlag, und John Burns candidierte nicht im Namen der Partei. Der nun folgende wirtschaftliche Aufschwung und drohende auswärtige Verwickelungen brachten die socialistische Bewegung innerhalb der Gewerkschaften zum völligen Abflauen.

Endlich im Jahre 1899 können wir wieder einen Fortschritt constatieren. Die I. L. P. arbeitet unermüdlich an ihrer schwierigen Aufgabe.

Sie fand ihre Anerkennung in dem Congress, der im selben Jahre in Plymouth zusammentrat und ein Comité damit beauftragte, mit den genossenschaftlichen und socialistischen Organisationen in Verbindung zu treten. Man berief eine Conferenz sämtlicher Arbeiterkörperschaften, um die Frage der Arbeitervertretung zu besprechen. Diese Conferenz tagte in London am 27. und 28. Februar 1900. 129 Delegierte vertraten 568177 Mitglieder. Die Gewerkschaften alter Richtung und andere Verbände, die ihre Satzungen abhielten, sich der politischen Bewegung anzuschließen, blieben fern. Aber alle Sectionen der politischen Arbeiterbewegung waren vertreten. Die Conferenz beschloss, dass die Arbeiterorganisationen eigene, von Liberalen und Conservativen unabhängige Candidaten aufstellen sollten. Den verschiedenen socialistischen und Arbeitervereinigungen wurde die Aufgabe zugewiesen, eigene Candidaten zu den gesetzgebenden Körperschaften überall dort, wo eine jede am meisten Einfluss hatte und die Mittel zum Wahlkampf aufbringen konnte, aufzustellen. Die Namen der einzelnen Sectionscandidaten sollten auf eine gemeinschaftliche Liste kommen und jeder einzelne Candidat durch sämtliche Sectionen unterstützt werden. Um die Resolution durchzuführen und die Bewegung in Gang zu bringen, wurde ein Comité aus sieben Gewerkschaftern und fünf Socialisten eingesetzt. Die beigetretenen Organisationen sollten an das Comité einen jährlichen Beitrag von 10 Sh. für je 1000 Mitglieder zahlen. Jetzt giebt es 370000 beitragspflichtige Mitglieder, eine Zahl, welche die kühnsten Schätzungen derer übertrifft, die sich um die Einberufung der Conferenz am meisten verdient gemacht hatten.¹⁾

Unglücklicherweise fielen die Wahlen in eine Zeit, zu der die vorbereitenden Arbeiten des Comité's noch nicht fertig waren; aber der nachstehende Auszug aus einem Circular, das von dem Comité an alle Gewerkschaften des Landes verschickt wurde, wird uns beweisen, was das Comité leistete:

„Zwei Mitglieder des jetzigen Comité's gewannen Sitze für die Arbeiter (die einzigen Siege der Arbeiterpartei bei dieser Wahl), und im übrigen hat sich überall, wo ein Vergleich mit 1895 möglich ist, mit einer einzigen Ausnahme die Stimmenzahl vermehrt.

Sie betrug 62698 bei 177000 Gesamtberechtigten. In 10 Fällen waren die localen Organisationen, die für die Candidaten des Comité's eintraten, stark genug, um eine der bestehenden Parteien aus dem Wahlkampf fernzuhalten, in den andern fünf Wahlkreisen hatten sie gegen beide Parteien ins Feld zu ziehen. Dieser erfreuliche Erfolg ist in nicht geringem Masse der Thätigkeit des Comité's zu verdanken, und der Aufruf des Comité's an die Wähler in den Wahlkreisen, wo man Candidaten aufstellte, wurde von den Vertretern aller Sectionen der politischen Arbeiterbewegung unterzeichnet. Wir sind also zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt“.

Die nachfolgenden Candidaten wurden von den vereinigten Organisationen aufgestellt und infolgedessen durch das Comité unterstützt.

¹⁾ In diese Zahl sind nicht mit einbegriffen 12 Organisationen mit insgesamt 200000 Mitgliedern, die mehr als einer Organisation angehören.

Wahlkreis	Candidat	Gegner	Arbeiterstimmen	Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen	Vertretung vor der Wahl	Vertretung nach der Wahl	Bemerkungen
Derby	R. Bell	2 Cons.	7 640	15 000	2 Cons.	1 Arbeiter u. 1 Lib.	Die Liberalen stellten einen Candidaten auf u. schlossen Wahlbündnis.
Merthyr	J. Keir Hardie	2 Lib.	5 745	13 000	2 Lib.	1 Arbeiter u. 1 Lib.	Das Gewerkschaftcartell half in loyaler Weise
Gower (Glam)	J. Hodge	1 Lib.	3 853	8 129	1 Lib.	1 Lib.	Heftiger Kampf zwischen Liberalen und Arbeitern.
Sunderland	A. Wilkie	2 Cons.	8 842	19 102	1 Lib. u. 1 Cons.	2 Cons.	Liberaler Compromiss.
West Ham	W. Thorne	1 Cons.	4 439	10 054	1 Cons.	1 Cons.	Die St. nahmen um 460 zu.
Blackburn	P. Snowden	2 Cons.	7 096	18 000	2 Cons.	2 Cons.	Teilweiser Compromiss der Liberalen.
Bradford	F. Jowett	1 Cons.	4 949	9 939	1 Cons.	1 Cons.	Die Liber. schlossen keinen officiellen Compromiss.
Halifax	J. Parker	2 Lib. u. 1 Cons.	3 276	13 000	1 Lib. u. 1 Cons.	1 Lib. u. 1 Cons.	Die Arbeiterorganisationen halfen, beide Lib. u. Cons. waren Gegner.
Leicester	J. R. Mac Donald	2 Lib. u. 1 Cons.	4 146	18 000	2 Lib.	1 Lib. u. 1 Cons.	Das Gewerkschaftcartell unterst. Broadhurst u. Mc. Donald. Anwachs. d. St. um 160.
Manchester SW.	F. Brocklehurst	1 Cons.	2 398	6 415	1 Cons.	1 Cons.	Die Liberalen machten kein Compromiss.
Preston	J. Keir Hardie	2 Cons.	4 834	1 500	2 Cons.	2 Cons.	Anwachsen der St. um 53.
Bow and Bromley	Geo. Lansbury	1 Cons.	2 558	6 961	1 Cons.	1 Cons.	Anwachsen der St. um 435.
Ashton under Lyne	J. Johnston	1 Lib. u. 1 Cons.	737	6 100	1 Cons.	1 Cons.	Anwachsen der St. um 322.
Leeds, Osten	W. P. Byles	1 Lib. u. 1 Cons.	1 266	6 305	1 Lib.	1 Cons.	Das Gewerkschaftcartell unterstützte die Candidatur.
Rochdale	A. Clarke	1 Lib. u. 1 Cons.	901	11 290	1 Cons.	1 Cons.	Verminderung der abgegebenen Stimmen um 350.

Das Comité kann ohne Zweifel einen Fortschritt aufweisen, der alle bisherigen Erfolge der Gewerkschaftsbewegung übertrifft. Auf der Konferenz vom Februar 1900 schlugen die Vertreter der S. D. F. vor, dass die Vereinigung auf einer socialistischen Principienerklärung basieren sollte. Aber der Antrag wurde selbst von Socialisten als überflüssig abgelehnt. Die Konferenz sprach sich dahin aus, dass man unmöglich unabhängige Candidaten unterstützen könne, wenn sie sich nicht in allen praktischen Fragen auf den socialistischen Boden stellten. Ausserdem aber hätte die Annahme der Resolution die Arbeiterbewegung wieder einmal dem Gezänke der Opposition, der Gewerkschafter alter Schule und der Gewerkschaftsbeamten preisgegeben. Man kann nämlich in der englischen Gewerkschaftsbewegung, welche so tief in den Traditionen der Vergangenheit wurzelt, nur durch Männer etwas erreichen, die sich das Solvitur ambulando zum Princip gemacht haben.

Noch im Jahre 1874 musste ein Arbeitervertreter ein Lohnarbeiter sein; im Jahre 1900 ist jeder ein Arbeitervertreter, dessen Ueberzeugungen mit den Arbeiterforderungen übereinstimmen. Jetzt sind einige der verantwortlichsten Posten in der Gewerkschaftsbewegung durch Socialisten eingenommen. Barnes, der 1895 in Rochdale als Candidat der I. L. P. aufgestellt war, ist jetzt Secretair unserer stärksten Gewerkschaft, derjenigen der vereinigten Maschinenbauer (Amalgamated Society of Engineers); Cumming, welcher die I. L. P. im Schulrat von Leeds vertrat, wurde als Nachfolger von Knight, einem der rabiatesten Socialistentöter, als Secretair der Kesselbauer gewählt. Jones, ein anderes Mitglied der I. L. P., nimmt seit kurzem den Posten eines Secretairs der Gewerkschaft der Schriftsetzer ein. J. Hodge, der Secretair der englischen Stahlarbeiter, hat sich eben der Partei angeschlossen; einer der beiden Secretaire der Strumpfwirker-gewerkschaft vertritt die I. L. P. in dem Stadtrat von Leicester; die Executive der Schuhmacher ist in ihrer Mehrheit socialistisch. Socialisten haben die Leitung des Verbandes der vereinigten Eisenbahngestellten in Händen. Wir sehen aus alledem, dass es nicht darauf ankommt, ob das Arbeitercomité eine socialistische Resolution, die sich offen für den Classenkampf ausspricht, angenommen hat oder nicht, das Comité muss doch der socialistischen Bewegung dienen. Die einzig mögliche Entwicklung für das Comité ist eine wirtschaftliche, und da die Gewerkschaften ihre Unfähigkeit den modernen Unternehmerorganisationen gegenüber sehr deutlich zeigen, wird die wirtschaftliche Spaltung, welche schon einmal in den Jahren 1869—74 zwischen dem Liberalismus und der Arbeiterschaft zu Tage trat, wieder erscheinen, und man wird erkennen, dass überhaupt kein Zusammengehen der beiden Richtungen möglich ist. Doch eine allgemeine politische Bewegung in England, welche erkennt, dass in Zukunft die wirtschaftlichen Interessen die Zusammensetzung der Parteien bestimmen werden, muss auf fortgesetzten Erfahrungen basieren. Nie und nimmer aber wird sie durch Resolutionen und die Propagierung einer ökonomischen Schablone erzeugt. So geht denn der aussenstehende Beobachter kaum fehl, wenn er in dem neugebildeten Comité für die parlamentarische Arbeitervvertretung den Anfang einer politischen Arbeiterpartei in England sieht.

Durch Gährung zur Klärung!

Von

Adolph von Elm.

(Hamburg.)

I. Die „Harmonievereine“ in ihrer Entwicklung.

Jede berufliche Organisation der Arbeiter — sie möge begründet sein von wem und zu welchem Zweck sie wolle — führt schliesslich zur consequenten Vertretung der Berufsinteressen der Arbeiter. Gar mancher sogenannte Arbeiterfreund, der, um der Socialdemokratie das Wasser abzugraben, auch ein wenig in Förderung gewerkvereiner Bestrebungen sich versuchte, wird durch die weitere Entwicklung, der von ihm protegierten Gewerkvereinsbewegung auf „antisocialdemokratischer“ Basis bitter enttäuscht worden sein.

Die jüngst abgehaltenen Congresse der Hirsch-Dunckerschen und der christlichen Gewerkvereine bieten hierfür ein lehrreiches Beispiel. Mit welchem grossem Aufwand von schriftlicher und mündlicher Beredsamkeit hat nicht Herr Dr. Max Hirsch seine Gewerkvereinsmitglieder vor den „socialdemokratischen“ Classenkampfsideen zu schützen gesucht — ein ganzes Menschenalter lang bemühte er sich, seine Gewerkvereine gegen diesen gefährlichen Bacillus hermetisch abzusperrten. Im Jahre 1876 beantragte Herr Dr. Max Hirsch bei dem Verbandstag der Gewerkvereine zu Breslau die Einführung eines Reverses, durch dessen Unterschrift jeder Beitretende zu erklären habe, „weder Mitglied noch Anhänger einer anderen, insbesondere der socialdemokratischen Arbeiterpartei zu sein.“ Der Revers wurde damals in der modificierten Fassung: „weder Mitglied noch Anhänger der Socialdemokratie zu sein“ mit 19 Stimmen gegen eine angenommen. Die Gewerkvereine sollten „wirkliche Friedensvereine“, das „stärkste Bollwerk gegen die Socialdemokratie“ sein. So nennt sie der frühere Redacteur des Gewerkverein, Herr Hugo Polcke, in seiner December 1878 herausgegebenen Broschüre über die Gewerkvereine. Die Arbeitgeber, sagt derselbe in der Vorrede zu seiner Schrift, hätten ihr bisheriges Vorurteil gegen die Gewerkvereine fallen gelassen. „Und“, fragt Hugo Polcke, „durch welches Zaubermittel ist dieser Umschwung bewirkt worden? — Die Gewerkvereine haben durch ihre friedliche Reformarbeit den Beweis geliefert, dass sie besser sind als ihr anfänglicher Ruf, dass sie nichts weniger als Strikevereine sind, dass sie im Gegenteil den dauernden socialen Frieden als die oberste Aufgabe ihrer Thätigkeit betrachten.“

Diese unbegreifliche Verzichtleistung auf consequente Wahrung der Arbeiterinteressen gegen die Capitalisten ist den Gewerkvereinen verhängnisvoll geworden. Als gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen sind sie bis auf den heutigen Tag fast völlig bedeutungslos geblieben, während die von Dr. Max Hirsch bekämpften, von ihm als „socialdemokratisch“ bezeichneten freien Gewerkschaften sich kräftig entwickelt haben. Frisch und fröhlich stürzten sich diese in den Kampf gegen die Ausbeutung der Arbeiter auf allen Gebieten. Es sind zweifellos dabei manche Dummheiten von ihnen gemacht worden, sie überschätzten ihre Kraft anfänglich recht häufig und ernteten wiederholt Niederlagen. Aber — wer sich nie in den Strom begiebt, lernt niemals schwimmen! Im Krieg lernten sie nach und nach die Kriegführung, sie lernten die Machtstellung des Gegners mehr und mehr respectieren, sorgten mit der Zeit für die notwendige Munition im Kampfe,

erzogen die Arbeiter zur Disciplin und Opferwilligkeit und können deshalb heute schon auf eine grosse Zahl gewonnener Schlachten zururckblicken.

Dem Schöpfer der Gewerkvereine — der „Trades-Unions Deutschlands“ — hatte der erste ernstliche Kampf, der Strike der Bergleute in Waldenburg in Schlesien im Jahre 1869, der infolge von Mangel an Unterstutzungsgeldern mit einer vollständigen Niederlage der Arbeiter endete, allen Mut genommen; er bliess fortan nur noch die Friedensschalmei und pries den Arbeitgebern sowie den Behörden die völlige Ungefährlichkeit seiner Gewerkvereine. In seiner 1893 herausgegebenen Schrift zum 25jahrigem Jubiläum der Gewerkvereine sagt Dr. Max Hirsch:

„Diese eine gänzlich unverschuldete Katastrophe hat die so kraftvoll freudig aufstrebende Berufsorganisation in ihrer ersten Blüte geknickt. Die verhängnisvolle socialpolitische Wirkung konnte bis zum heutigen Tag nicht aufgehoben werden, von dem unglücklichen Ausgang des Waldenburger Strikes datiert das Uebergewicht der extrem socialistischen Richtung Ohne die Niederlage in Waldenburg würden die deutschen Gewerkvereine wie in England die dauernde Führerschaft der deutschen Arbeiter erlangt haben.“

He had no fighting qualities, würden die Americaner ob eines so kläglichen Jammerns gesagt haben.

Nein — ein Kämpfer war Dr. Max Hirsch niemals, er streckte die Waffen nach dem ersten Turnier und konnte deshalb niemals ein Führer der tagtäglich um ihre Existenz mühsam ringenden deutschen Arbeiter werden. 1869 betrug die Mitgliederzahl der Gewerkvereine schon 30 000; 1870 ging dieselbe auf 6000 zurück, um dann allmählich bis Ende 1878 wieder auf 16 500 zu steigen.

Das Socialistengesetz wurde erlassen, die freien Gewerkschaften zum grössten Teil aufgelöst — da fasste Dr. Max Hirsch wieder „Mut“! Er erbat sich eine Unterredung mit dem Todfeinde der Arbeiterbewegung, dem damaligen Minister des Innern, Grafen Botho zu Eulenburg, und erwirkte, wie er selbst schreibt, „durch den Nachweis, dass die deutschen Gewerkvereine zwar eine allseitige Besserung der Arbeiterverhältnisse erstrebten, aber durchaus nicht durch Umsturz des Staats und der Gesellschaft, dass der Minister alle preussischen Polizeibehörden in gleichem Sinne belehrte“!

Die Führer der Gewerkschaften verfehmt, geächtet, ein Teil ausgewiesen, im Auslande Unterschlupf suchend, andere wegen mannhaften Eintretens für ihre Ueberzeugung ins Gefängnis geworfen — Dr. Max Hirsch bittend und bettelnd um Gnade für seine Gewerkvereine bei dem Manne, der die Arbeiterbewegung in einem Blutbad ersticken wollte — welch trauriges Bild!

Die ersten Führer der englischen Trades-Unions waren steifnackige Männer; der Leiter der „deutschen Trades-Unions“ musste sich schon 1879 von dem damals besten Kenner und Freund der englischen Gewerkvereine, Herrn Professor L. Brentano, das „Schwächliche der Arbeiterpolitik der deutschen Gewerkvereine“ vorwerfen lassen. Das von Brentano damals abgegebene Urtheil lautete:

„Da die deutschen Gewerkvereine sonach eine der wesentlichsten, vielleicht die wesentlichste der Aufgaben der Gewerkvereinsorganisation (gemeint ist die Arbeitslosenunterstützung) nicht erfüllen, in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens aber auch nur ein paar Arbeitseinstellungen von höchst zweifelhaftem Werte und mit unglücklichem Ausgang aufzuweisen haben, haben sie als Gewerkvereine den deutschen Arbeitern bisher noch gar nichts genützt, und es erklärt sich hieraus zur Genüge ihr geringes Fortschreiten, wofern man nicht sogar von ihrem Rückgang gegenüber der socialdemokratischen Bewegung zu reden hat.

Die Gewerkvereine sind zu reinen Kranken-, Invaliden- und Begrabniscassen geworden, nur dass die Mitglieder dieser auch Mitglieder von Vereinen sein müssen, welche eine platonische Liebe zu gewissen Gewerkvereinsidealen hegen.“

Der Herr Professor musste sich für sein freimütiges Urteil von Herrn Dr. Max Hirsch, der starke Worte stets liebte und von seinen Gewerkvereinen behauptete, dass sie in der „socialen Mechanik der Punct des Archimedes seien, von welchem aus die Welt des Arbeiterelends aus den Angeln gehoben werden könne“, recht viele Grobheiten sagen lassen. In einer Schrift von Dr. Max Hirsch: Die deutschen Gewerkvereine und ihr neuester Gegner¹⁾ muss sich Brentano Liebenswürdigkeiten wie „Unkenntnis“, „Unwahrheit“, „Gedächtnisschwäche“, „kolossale Ueberhebung“ u. s. w. gefallen lassen.

Die ganze Bescheidenheit des Herrn Dr. Max Hirsch aber documentiert sich in folgendem Urteil über Brentano:

„So schreibt man allerdings wissenschaftliche Bücher und wird Professor, aber so greift man nicht in eine drängende Volksbewegung (!!) ein und schafft nicht grosse Organisationen (!), die bei allen Mängeln im einzelnen doch ihre Lebens- und Heilkraft bewährt haben und dereinst künftigen fleissigen Brentanos den Stoff zu dicken Büchern und die Stufen zum Katheder liefern werden (!).“

Hatte er, Dr. Max Hirsch, nicht schon längst die Initiative zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung ergriffen?

Unter hoher obrigkeitlicher Protection und dem Schutz der Arbeitgeber und „angesichts der Zeitlage“ hatte er schon am 25. October 1878 in einem Aufruf die Ortsvereine dringend gemahnt, „jetzt mehr als bisher ihre grossen positiven Aufgaben für das Wohl ihrer Mitglieder zu erfüllen und insbesondere durch geregelte Fürsorge bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit zu erweitern“. 1881 waren die Vorarbeiten beendet.

In seiner Jubiläumsschrift erzählt uns dann Dr. Max Hirsch:

„Ein Gewerkverein nach dem andern, zuerst der Gewerkverein der Tischler (1881), führte die obligatorische Arbeitslosenunterstützung, verbunden mit Reise- und Uebersiedelungsbeihilfe ein, deren Kosten von dem ‚Gewerkvereinsgroschen‘, dem von Anfang an üblichen Beitrag von 10 Pfg. pro Woche, ohne Verminderung der anderen Beneficien und Leistungen, bestritten wurde und wird nur wenige Gewerkvereine schritten zu einer Erhöhung dieser mässigen Beiträge.“

Hugo Polcke aber behauptete schon von den Beiträgen, die vor Einführung der Arbeitslosenunterstützung erhoben wurden, dass die Einnahmen aus denselben in der Regel durch die Ausgaben aufgezehrt würden und „für Strikezwecke wenig übrig blieb.“²⁾

Und nun sollte von diesen minimalen Beiträgen gar noch Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden? Doch das Kunststück wurde vollbracht.

In seiner bereits citierten Schrift gegen Brentano (1879) sagte Dr. Max Hirsch u. a.:

„In einer Zeit, wo die ungeheure Mehrzahl der deutschen Arbeiter noch keine Ahnung von Gewerkvereinen hat, . . . in solcher Zeit wäre es Gaukelspiel gewesen von den Arbeitern ausser den übrigen Beiträgen noch 5 Sgr. wöchentlich, den auch von Herrn von Studnitz berechneten Mindestbeitrag! — für Arbeitslosigkeitversicherung zu verlangen.“

Man sollte meinen, wenn es 1879 „Gaukelspiel“ war — bei 16 500 Mitgliedern —, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, so war es dies 1881 bei 21 000 Mitgliedern nicht minder.

Ja, es muss als eine gradezu unerhörte Vorspiegelung falscher Tatsachen bezeichnet werden, wenn ein an der Spitze einer gewerkvereinlichen Organisation der Arbeiter stehender Mann den Arbeitern einzureden wagt, bei einem Wochenbeitrag von 10 Pfennigen könnte eine Organisation die wirt-

¹⁾ Erschienen 1879 in Berlin.

²⁾ Siehe Seite 48 seiner oben erwähnten Schrift.

schaftlichen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Fabricanten wahren und denselben ausserdem noch eine — selbst nur einigermassen ausreichende — Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, sowie Umzugsgeld und Unterstützung in besonderen Notfällen zahlen.

Die Absicht bei einem solchen Vorgehen konnte nur die sein, aus Rechnungstragerei und „Friedens“fanatismus die Arbeiter zu verhindern, jemals einen ernstlichen Kampf zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen. Das scheint in der That das Bestreben sämtlicher leitenden Männer der Gewerkvereine damals gewesen zu sein. Alle Kundgebungen derselben atmen diesen Geist: nur keinen Kampf, unter jeder Bedingung Frieden mit dem Capital!

Ein über das andere Mal erklärt Hugo Polcke in seiner Schrift: „Das Princip der Gewerkvereine wird immerdar bleiben: Friede mit dem Capital.“ (!!!) Von den englischen Gewerkvereinen, die ihren Charakter als Kampfvereine in zahlreichen Strikes längst documentiert hatten, erzählt Polcke den Arbeitern, sie seien grundsätzliche Gegner der Strikes.

Besonders charakteristisch ist, wie Hugo Polcke des längeren erläutert, wie es in den Gewerkvereinen gemacht wird, die Arbeiter vom Striken abzuhalten. Er schreibt: „Der Gedanke der Strikes ist schon durch die statutarischen Bestimmungen, wenn wir den richtigen Ausdruck gebrauchen sollen, verpönt. Kein Mitglied hat das Recht, die Arbeit eigenmächtig einzustellen.“ Differenzen sind zunächst dem Ortsausschuss zu unterbreiten. Dieser wendet sich entweder an das Schiedsgericht oder Einigungsamt oder, falls solche nicht vorhanden, beruft er sofort eine Sitzung ein, die strittige Angelegenheit zu prüfen. „Er hat dann entweder die Mitglieder zur Annahme der von den Arbeitgebern gestellten Bedingungen zu verpflichten oder durch eine Deputation die Arbeitgeber zur Nachgiebigkeit gegen die gerechten Ansprüche der Arbeitnehmer resp. zur Berufung eines unparteiischen Schiedsgerichts zu veranlassen . . . Gelingt es dem Ausschuss nicht, die Differenz auf gütlichem Wege beizulegen, so darf er noch lange nicht die Arbeitsniederlegung decretieren.“ Dann versucht der Generalrat und schliesslich die Verbandsleitung einen befriedigenden Ausgleich herbeizuführen. „Kurz,“ sagt Hugo Polcke, „es werden alle nur denkbaren Schritte gethan, um den socialen Frieden aufrecht zu erhalten.“

Nun wird selbstverständlich jeder praktische Organisator stets bestrebt sein, die Mitglieder seines Verbandes vor einem unüberlegten Strike zu bewahren; er wird eine ruhige Auseinandersetzung mit den Fabricanten vor Ausbruch des Strikes unter allen Umständen für nützlich halten und eventuell auch dahin wirken, dass die Differenzen von einem unparteiischen Schiedsgericht geschlichtet werden. Bei der von Hugo Polcke geschilderten, gewerkvereinlichen Methode lassen aber die Wortführer vor lauter Verhandeln die Arbeiter niemals zum Handeln kommen. Man darf nicht vergessen, dass zum Kämpfen auch Kampfesmut gehört. Woher soll den Arbeitern aber die Kampfesfreudigkeit kommen, wenn ihnen fortgesetzt der Strike förmlich als etwas Ungehöriges und Verwerfliches geschildert wird und alle möglichen hohen Herren die Arbeiter wochenlang zum Frieden mahnen und ihnen alle Schrecknisse eines verlorenen Strikes in den düstersten Farben ausmalen?

Friedrich Albert Lange betrachtet es in seiner Arbeiterfrage bei einer ganzen Kategorie namentlich tiefstehender Arbeiter schon als einen Fortschritt,

wenn bei ihnen durch einen Strike einmal der Bann der „gewöhnheitsmässigen Unterordnung“ gebrochen wird. In den Gewerkvereinen wurde die gewöhnheitsmässige Unterordnung förmlich zum Princip erhoben.

Und sollten nun trotz aller akademischen Erörterungen die Arbeiter gar nicht müde zu bekommen sein, so ist, wenn es dann schliesslich doch noch zu einem Kampf kommt, derselbe zweifellos für sie verloren. Die Arbeitgeber werden die lange Frist, die ihnen die Friedensapostel durch ihre Verhandlungen verschafft haben, sicherlich nicht ungenützt haben verstreichen lassen und schon rechtzeitig für genügenden Ersatz, für die Anwerbung von Arbeitswilligen, gesorgt haben.

Angesichts der geschilderten offenkundigen Absicht, den Arbeitern das Striken zu verleiden, kann es natürlich nicht wundernehmen, dass die Gewerkvereine für Strikes nur ganz minimale Beträge während der langen Zeit ihres Bestehens verausgabten haben.

Nach von mir aus den veröffentlichten Jahresübersichten gemachten Feststellungen verausgabten die Gewerkvereine für Strikes in den Jahren 1892, 1893 und 1894 zusammen nur 2716 Mark, im Jahre 1895: 3719, 1896: 8214, 1897: 6660 Mark; für 1898 hat der Gewerkverein meines Wissens eine Jahresübersicht nicht veröffentlicht. 1899 steigt dann die Ausgabe für Strikes auf 11663 Mark, eine sehr bemerkenswerte Steigerung, auf welche ich später noch zurückkomme.

Wie erfüllen nun die Gewerkvereine ihre Aufgaben lediglich als Unterstützungsvereine?

Durch Dr. Max Hirsch' Anpreisungen seiner Gewerkvereine auf diesem Gebiet ist vielfach der Glaube erweckt worden, dass, soweit das Unterstützungs-wesen in Frage komme, die Gewerkvereine ganz Bedeutendes leisteten. Ich halte es deshalb für zweckdienlich, meine bisher in der Neuen Zeit³⁾ und im Vorwärts⁴⁾ veröffentlichten Feststellungen für 1892—1897 incl. noch etwas zu ergänzen.

Die Veröffentlichungen des Herrn Dr. Max Hirsch über die Leistungen seiner Gewerkvereine sind äusserst dürftig. Angaben über die Einnahmen fehlen bei den Jahresübersichten vollständig; auch hat es derselbe aus leicht erklärlichen Gründen bisher nicht für opportun erachtet, näheres über die Ausgaben für Verwaltungszwecke zu veröffentlichen. Von 1892—1897 wurden wenigstens noch über die übrigen Ausgaben übersichtliche tabellarische Zusammenstellungen veröffentlicht, aber für 1898 ist, wie schon bemerkt, nichts bekannt gegeben. Am 19. Juni 1900 erschien dann wieder in No. 26 des Gewerkverein ein Artikel, der über einen Teil der Ausgaben pro 1899 einen Nachweis erbringt. Die tabellarische Zusammenstellung fehlt jedoch, und die Gesamtübersicht ist daher äusserst erschwert.

Da die Entwicklung der Gewerkvereine aber auch für Nichtmitglieder derselben von Interesse ist, habe ich für 1897 und 1899 nach dem erwähnten Artikel und sonstigen Veröffentlichungen die nachstehende Tabelle angefertigt, welcher ich dann zum Vergleich eine Zusammenstellung der zu Unterstützungs-zwecken geleisteten Ausgaben der ebenfalls Arbeitslosenunterstützung zahlenden freien Gewerkschaften für die Jahre 1898 und 1899 folgen lasse.

³⁾ Die Leistungen der Gewerkvereine und der Gewerkschaften in Deutschland. Die Neue Zeit, 1897—98, II. Bd., pag. 239 ff.

⁴⁾ Zum 30jährigen Jubiläum der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Vorwärts vom 28. und 29. September 1898.

Aus den Jahresabschlüssen der Deutschen Gewerkevereine pro 1897 und 1899.

Name des Gewerkevereins	Zahl der Mitglieder		Reise- einschl. Vander- unterstützung		Ueber- siedlungs- beihilfe		Arbeitslosen- unterstützung		Von d. Summe d. Arbeitslosen- Unterstütz. an Strikend gezahlt		Unterstützung in besonderen Notfällen		Gewerkevereins- vermögen		Bemerkungen
	1897	1899	in Mark	1897	1899	in Mark	1897	1899	in Mark	1897	1899	a. 31. Decbr. 1897	31. Decbr. 1899		
Bauhandwerker	2 300	1 621	60	62	10.	54	286	2 336	2 336	255	265	19 290	19 748		
Bergarbeiter	210	257	—	?	—	?	—	—	—	—	?	1 865	?		
Bildhauer u. verw. Beruf.	387	365	62	102	25	110	236	464	—	383	20	5 274	6 009 ^{a)}	e) incl. Hilfs- fonds.	
Cigarren- u. Tabakarbeit.	1 408	1 589	144	123	49	58	362	325	—	16	245	16 475	18 962		
Conditoren u. verw. Beruf.	254	237	49	95	22	—	160	229	—	3 760	16	1 464	1 631		
Fabrik- und Handarbeiter	15 006	17 000	—	—	1 525	1 369	5 280	4 436	—	90	3 063	191 157	248 932 ^{b)}	e) incl. Strike- cassenbe- hilfsfonds.	
Graphische Berufe, Maler	1 900	1 922	185	139	25	55	825	1 099	—	600	130	11 265	15 402		
Kaufleute	4 298	4 674	—	—	—	—	{ 3 122 5 823 }	10 208	—	—	834	73 829	69 495		
Kellner	260	150	—	?	—	?	—	?	—	—	?	?	?		
Klempner u. Metallarbeit.	3 134	3 653	1 006	1 473	689	890	1 279	3 629	2 531	1 015	1 190	43 341	49 512 ^{c)}	e) incl. Kran- kenur- stiftungs- beihilfsfonds.	
Maschinenbau- u. Metall- arbeiter	30 837	33 927	9 596	11 902	8 281	10 669	16 667	25 961	4 767	2 640	4 005	417 457	437 358		
Reepschläger (Ortsverein Danzig)	38	40	—	?	—	?	—	?	—	—	?	?	?		
Schiffzimmer	193	190	6	?	—	?	—	?	—	45	?	2 559	?		
Schneider u. verw. Beruf.	3 350	3 640	542	—	116	?	667	1 213 ^{d)}	—	710	825	45 580	50 664		
Schuhmachern, Lederarb.	5 300	6 183	1 277	1 456	938	1 019	5 543	6 900	—	600	710	28 677	31 209		
Stuhl- (Textil-) Arbeiter und verw. Beruigen.	3 330	3 759	122	672 ^{e)}	315	—	1 085	1 229	—	1 245	732	35 322	35 916	e) incl. Umzugs- geld.	
Tischler u. verw. Berufsg.	6 010	6 457	1 121	1 301	904	1 040	6 296	5 390	2 029	1 215	840	91 092	88 187		
Töpfer, Ziegler u. verw. Beruigenossen	1 324	1 396	103	111	110	166	307	382	—	244	50	14 991	19 880		
Vergolder (Ortsv. Berlin)	14	14	—	?	—	?	—	?	—	—	?	?	?		
zusammen	79 553	87 074	14 273	17 436	13 099	15 430	47 938	63 807	11 663	12 818	12 909	999 638	1 092 905		

Name der Organisation	Bei den Arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaften betrug die													
	Zahl der Mitglieder		Reise- unterstützung in Mark		Arbeitslosen- unterstützung in Mark		Strike- unterstützung in Mark		Gemassregelten- unterstützung in Mark		Unterstützung in besonderen Notfällen in Mark		das Vermögen in Mark	
	1898	1899	1898	1899	1898	1899	1898	1899	1898	1899	1898	1899	1898	1899
Bildhauer	3 572	4 098	7 445	8 559	33 815	36 768	10 770	20 866	—	—	1 070	1 785	66 597	60 216
Brauer	7 645	8 681	1 418	—	7 158	10 891	10 637	51 862	3 465	2 427	820	522	25 598	18 688
Buchbinder	6 598	7 631	—	—	14 833	13 627	3 500	6 831	2 785	402	—	—	97 744	146 293
Buchdrucker	24 020	26 344	115 177	114 883	141 688	159 206	53 549	46 775	—	8 034	27 360	37 021	2 143 305	2 724 101
Cigarrensortierer	912	857	968	732	4 188	3 654	—	890	—	—	450	—	26 390	32 924
Conditoren	440	661	59	72	524	1 231	477	69	—	—	135	475	2 969	4 505
Former	6 155	8 817	7 342	10 361	214	329	9 074	87 533	648	957	180	296	20 099	12 112
Glasarbeiter	3 600	3 628	—	—	4 053	5 250	11 482	4 271	—	—	62	—	11 412	25 602
Glaser	1 630	2 300	1 077	2 285	632	1 694	1 102	5 725	—	—	35	—	10 987	21 167
Graveure	849	849	644	494	1 116	747	149	3 227	—	—	—	—	7 212	10 269
Handelshilfsarbeiter	5 087	8 730	—	—	1 408	2 800	765	4 013	—	—	2 101	866	16 374	22 205
Handschuhmacher	3 147	3 241	2 059	2 663	7 810	7 148	8 177	28 858	206	—	—	—	71 749	79 821
Hutmacher	2 488	2 545	3 041	2 309	13 157	14 380	2 774	420	—	143	5 484	6 415	96 120	114 737
Kupferschmiede	3 287	3 314	7 648	1 418	8 942	8 086	1 442	1 697	116	—	8	5 210	68 125	86 052
Lederarbeiter	4 826	5 369	12 089	16 036	1 519	6 199	15 132	59 221	—	—	2 562	3 863	48 418	11 535
Lithographen	—	4 621	—	7 576	—	8 550	—	3 506	—	1 486	—	2 721	—	45 942
Porcellanarbeiter	8 857	8 660	—	—	33 407	22 907	22 939	29 286	—	—	2 760	8 893	161 119	168 058
zusammen	83 113	100 316	158 967	167 388	974 461	303 467	151 969	355 050	7 220	13 449	13 027	68 067	2 871 218	3 581 227

Um eine bessere Uebersicht zu ermöglichen, lasse ich noch Angaben über den Zeitraum von 1892 bis 1899 (excl. 1898) folgen:

Ausgaben der Gewerkvereine:

An	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1899
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Reiseunterstützung	10 177	9 970	10 447	11 045	12 693	14 273	17 436
Uebersiedelungsbeihilfe . .	7 223	8 187	7 674	9 364	12 132	13 099	15 430
Arbeitslosenunterstützung.	31 093	38 353	44 539	47 932	45 268	47 938	63 807
Unterstützung in besonde- ren Notfällen	7 669	6 707	7 139	6 720	8 154	12 818	12 909
Zusammen	56 162	63 217	69 799	75 061	78 247	88 128	109 582
Die Mitgliederzahl betrug	57 797	61 153	67 058	67 226	71 760	79 553	86 423
Mithin pro Mitglied	0,97	1,03	1,04	1,12	1,09	1,11	1,27

Der Durchschnitt der 7 Jahre ergibt eine Mitgliederzahl von 70 139 und an Unterstützungen 77 171 Mark. Das bedeutet pro Mitglied und Jahr eine Summe von 1,10 Mark.

Für die Arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaften erhalten wir für dieselbe Periode die folgenden Zahlen:

Ausgaben der Gewerkschaften:

An	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1899
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Reiseunterstützung	212 968	171 316	173 967	166 132	183 831	174 310	167 388
Arbeitslosenunterstützung .	356 533	220 926	238 089	188 844	241 564	243 223	303 467
Gemassregelt.-Unterstütz.	227 807	15 302	17 796	22 731	14 574	6 555	13 449
Strikeunterstützung	22 657	21 764	35 992	109 763	220 831	151 385	355 050
Unterstützung in besonde- ren Notfällen	13 078	22 534	35 785	31 665	37 558	44 129	68 067
Zusammen	833 043	451 842	501 629	519 135	698 358	619 602	907 421
Die Mitgliederzahl betrug	40 826	46 605	46 944	53 632	61 207	66 828	100 346
Mithin pro Mitglied	20,40	9,70	10,69	9,68	11,41	9,27	9,04

Im Durchschnitt berechnet ergeben die 7 Jahre 59 484 Mitglieder und 647 290 Mark an Unterstützungen, mithin pro Mitglied und Jahr eine Summe von 10,88 Mark.

Die Arbeitslosenunterstützung gewährenden Gewerkschaften zahlten mithin fast 10 mal so viel Unterstützung an ihre Mitglieder, als die Gewerkvereine; für 1899 giebt die Redaction des Gewerkverein in runden Ziffern die Mitgliederzahl auf 88 000, das Vermögen der Gewerkvereine, wahrscheinlich ausschliesslich der Sterbecassenbeihilfefonds, auf 1 035 500 Mark an. Pro Mitglied betrug mithin das Vermögen 11,77 Mark bei den Gewerkvereinen, bei den Gewerkschaften 35,72 Mark; das der Gewerkschaften war also 3 mal so gross, als das der Gewerkvereine.

Der vorstehende Vergleich der Arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaften mit den Gewerkvereinen ist zweifellos der einzig richtige, doch dürfte es interessieren, festzustellen, in welchem Verhältnis die Leistungen der Gesamtheit der Gewerkschaften zu denen der Gewerkvereine stehen. Ich lasse deshalb die näheren Angaben hier folgen:

Leistungen sämtlicher Gewerkschaften:

An	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1899
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Reiseunterstützung	382 608	328 748	342 332	298 612	310 000	289 036	301 391
Arbeitslosenunterstützung .	357 087	220 926	238 958	196 076	243 202	260 316	301 677
Gemassregelt. - Unterstützng.	236 964	28 322	24 150	39 478	37 347	30 973	55 435
Strikeunterstützung	44 944	65 356	174 698	239 816	944 372	881 758	212 918
Unterstützung in besonde- ren Notfällen	25 285	41 762	42 744	40 279	53 838	64 906	131 484
Zusammen	1046888	685 114	822 882	814 261	1588 759	1526 989	2917 905
Die Mitgliederzahl betrug	227 023	221 530	191 472	214 836	328 830	404 567	580 473
Mithin pro Mitglied	4,61	3,09	4,30	3,79	4,83	3,77	5,03

Im Durchschnitt wurden demnach an Unterstützungen 4,34 Mark pro Mitglied verausgabt, fast genau die 4fache Summe, wie bei den Gewerkvereinen. Die Gesamtsumme, welche die freien Gewerkschaften in der berechneten Periode von 7 Jahren an Unterstützungen verausgabten, beträgt 9 402 798 Mark. Ziehen wir hiervon die gesamte für Strikeunterstützung verausgabte Summe = 4 472 862 Mark ab, so verbleiben für die übrigen Unterstützungszwecke noch 4 929 936 Mark.

Die Mitgliederzahlen der sieben Jahre addiert ergeben 2 168 731, pro Kopf sind also von den freien Gewerkschaften unter völliger Ausserachtlassung der Strikeunterstützungen immer noch 2,27 Mk. im Jahr bezahlt worden. Wenn wir die Gewerkvereine nun lediglich noch als Unterstützungsvereine betrachten und ihnen die Gewerkschaften gegenüberstellen, von denen 83% noch keine Arbeitslosenunterstützungen gewähren, so ergibt sich trotz alledem, dass die Gewerkschaften noch mehr als das Doppelte geleistet haben, als die Gewerkvereine.

Wie sind die ganz minimalen Durchschnittsleistungen der Gewerkvereine auf dem Gebiete des Unterstützungswesens zu erklären?

Die einzig denkbare Erklärung ist: Die Unterstützungen stehen für die meisten Mitglieder der Gewerkvereine nur auf dem Papier!

Und so ist es in der That. Die Carenzeit beträgt 1, 2, 3 Jahre; für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung bei zwei Gewerkvereinen sogar 5 Jahre. Die Dauer der Bezugsberechtigung ist bei den Gewerkschaften eine weit längere.

Wo bleiben aber die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen in den Gewerkvereinen, wenn für Strikes nur ganz winzige Beträge, für die sonstigen Unterstützungszwecke ebenfalls nur minimale Summen verausgabt werden?

Wächst denn das Vermögen der Gewerkvereine so enorm?

Auch das ist nicht der Fall. In der Socialen Praxis vom 9. December 1897 giebt uns Dr. Max Hirsch das Vermögen der Gewerkvereine für Ende 1895 auf 741 257 Mark an. Im Gewerkverein vom 19. Juni 1900 wird dasselbe auf rund 1 035 500 Mark für Ende 1899 angegeben. Der Vermögenszuwachs in diesem Zeitraum von 4 Jahren betrug mithin 294 243 Mark.

Wie hoch waren nun die Einnahmen in diesen 4 Jahren? Ueber diesen Punkt erfahren wir nichts! Suchen wir einmal der Sache auf den Grund zu kommen und nehmen an, die eine Hälfte der Mitglieder der Gewerkvereine zahlte 10 Pfg., die andere Hälfte 15 Pfg. Wochenbeitrag, was jedenfalls nicht zu

hoch geschätzt sein dürfte, so erhalten wir für 1896 bis 1899 incl. das folgende Resultat:⁵⁾

Jahr	Mitgliederzahl	Einnahmen Mk.	Unterstützungen Mk.
1896	71 767	466 485,5	80 706
1897	79 553	517 094,5	90 744
1898	82 755	537 907,5	94 374
1899	88 000	572 000	112 300
Zusammen		2 093 487,5	378 124

Vermögenszuwachs in diesen vier Jahren: 294 243 Mark.⁶⁾

Mithin für Agitation und Verwaltungszwecke verausgabt: 1 421 120,5 Mark.⁷⁾

Demnach wären von der Gesamteinnahme 1896—1899 für Unterstützungen nur 18,06% verausgabt, der Vermögenszuwachs betrug 14,06%, mithin verbleiben für Agitation, Verwaltung 67,88%. Dass diese Berechnungen uns der Wahrheit ziemlich nahe bringen dürften, geht auch aus einer Specialabrechnung des Gewerkvereins der Lederarbeiter für 1896 und 1897 hervor, nach welcher für Verwaltung und Agitation $\frac{2}{3}$ der Ausgaben verbraucht wurden.

Nach den von der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlichten Jahrestabellen betragen die Einnahmen der Gewerkschaften in den Jahren 1896—1899 incl. 20 895 964 Mark, die Ausgaben 17 653 720 Mark; mithin betrug der Vermögenszuwachs 3 242 244 Mark. Das Gesamtvermögen der Gewerkschaften belief sich Ende 1899 auf 5 577 547 Mk.

Die Ausgaben waren folgende:

für Unterstützungen:	für Agitation, Verwaltung etc.:
Strikeunterstützung . . . Mk. 5 021 338	Verbandsorgan Mk. 1 924 475
Rechtsschutz " 146 626	Agitation " 532 899
Gemassregeltenunterstutzg. " 163 733	Arbeitsnachweis " 7 906
Reiseunterstützung " 1 186 694	sonstige Ausgaben " 387 080
Arbeitslosenunterstützung " 1 083 599	Gehälter " 495 053
Krankenunterstützung " 2 028 991	Material " 562 674
Invalidenunterstutzung " 297 146	Generalversammlung " 293 885
Umzugskosten " 328 647	Generalcommission " 171 930
Bibliothek " 4 390	für örtliche Verwaltung " 2 999 537
Processkosten " 17 097	
<hr/> Mk. 10 278 261	<hr/> Mk. 7 375 459

⁵⁾ Für 1896 und 1897 sind die Angaben dem Gewerkverein vom 13. Mai 1898 entnommen, für 1899 dem Gewerkverein vom 19. Juni 1900. Für 1898 konnte ich nur die Mitgliederzahl aus dem Gewerkverein feststellen: da dieselbe gegen 1897 um mehr als 4% gewachsen ist, habe ich auch die Unterstutzungssummen für 1898 gegen 1897 um 4% erhöhet. In der Unterstützungssumme sind auch die Ausgaben für Rechtsschutz mit einbegriffen.

Der Leser wird bemerken, dass für 1899 die Mitgliederzahl der gesamten Gewerkvereine an drei Stellen dieses Artikels verschieden angegeben ist, nämlich in der Tabelle auf Seite 582 auf 87 074, in der (ersten) Tabelle auf Seite 584 auf 86 423 und in der (ersten) Tabelle auf Seite 586 auf 88 000. Die zuerst angegebene Ziffer ist die genaueste; die Ziffer auf Seite 584 erklärt sich daraus, dass bei dieser die Mitgliederzahlen der Gewerkvereine der Bergarbeiter (257), Kellner (150), Reepschlager (40), Schiffszimmerer (190) und Vergolder (14) nicht mit eingerechnet sind, weil für diese Vereine die Angaben über die im Jahre 1899 verausgabten Unterstützungen fehlen; die Zahl auf Seite 586 endlich ist von Herrn Dr. Max Hirsch im Gewerkverein vom 19. Juni 1900 als runde Summe angegeben.

⁶⁾ Vgl. oben pag. 585.

⁷⁾ Diese Zahl ergibt sich, wenn man die in den vier Jahren gezahlten Unterstützungen plus dem in demselben Zeitraum entstandenen Vermögenszuwachs, der sich ja aus den Einnahmen herschreibt, von den Einnahmen der vier Jahre 1896 bis 1899 abzieht.

Demnach wurden von den Gewerkschaften von der Gesamteinnahme 1896 bis 1899 verausgabt: für Unterstützungen 49,18%; für Agitation, Verwaltung etc. 35,30%; der Vermögenszuwachs betrug 15,52%.

Mit anderen Worten:

In den Gewerkschaften fliessen den Mitgliedern zwei Drittel der von ihnen gezahlten Beiträge direct wieder zu, in den Gewerkvereinen dagegen nur ein Drittel.⁸⁾

Selbst vom reinen Cassenstandpunct aus betrachtet, ist mithin der Nutzen der Gewerkschaften doppelt so gross, als der der Gewerkvereine.

Dass die geschilderten Verhältnisse in den Gewerkvereinen höchst ungesunde sind und mit der Zeit zu einer Rebellion der Mitglieder gegen die Verbandsleitung führen mussten, ist nur zu erklärlich.

Es gährt denn auch seit längerer Zeit in den Gewerkvereinen. Auf dem Pfingsten d. J. in Cöln abgehaltenen Verbandstag kam dies unverhohlen zum Ausdruck. Der Gewerkvereinsbote, das Organ des oppositionellen Düsseldorfer Ortsvereins, der von der Verbandsleitung aufgelöst wurde wegen der Angriffe, die er gegen den Verbandsanwalt, Herrn Dr. Max Hirsch, wegen dessen bekannter anlässlich des Strassenbahnausstandes im Preussischen Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede gerichtet hatte, in welcher derselbe seine Freude darüber aussprach, „dass von der Königlichen Regierung und ihren Organen irgend welche Parteinahme in diesem Interessenkampf nicht beabsichtigt sei“, brachte zu dem Verbandstag einen längeren Artikel, in welchem die Frage gestellt wird:

„Wie kommt es, dass, während alle andern deutschen Arbeiterorganisationen mit Hunderttausenden rechnen und mit hunderttausend Mitgliedern wachsen, wir als die älteste Organisation keine Fortschritte machen und die schwächste und bedeutungsloseste bleiben?“

Die Antwort, welche das Organ auf die gestellte Frage erteilt, lautet:

„Unsere Organisation ist krank an ihrer Berliner Centralisation und an ihrer Beamtenhierarchie. Man ordonniert und befiehlt von Berlin aus, unsere Beamten haben sich daran gewöhnt, autokratisch zu regieren, und demgemäss lässt denn auch der Ton, worin manche von ihnen reglementieren, an autokratischer Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig.“

Diese Stimmung fand ihren Ausdruck in dem von den Ortsvereinen Mülheim a. Rh., Benrath, Düsseldorf, Holthausen, Neuss, Rath und Neckarau gestellten Antrag, „die Stelle des bisherigen Anwalts abzuschaffen und statt dessen einen Generalsecretair aus der Reihe der Verbandsgenossen anzustellen, der die Oberleitung in der Agitation erhält“. Wie gering die Antragsteller die Thätigkeit des Herrn Dr. Max Hirsch zur Wahrung der Arbeiterinteressen werten, geht noch weit mehr aus der schriftlichen Begründung des Antrages hervor, in welcher es heisst: „Es ist eine Thatsache, die ihresgleichen sucht, dass ein Theoretiker, Nichtarbeiter, die Oberleitung in einer Arbeiterorganisation führt.“ „Wegen des hohen Alters“ des Herrn

⁸⁾ Sollte Herr Dr. Max Hirsch im stande sein, durch Veröffentlichung einer genauen Gesamttabelle über Einnahmen und Ausgaben, wie solche von der Generalcommission für die Gewerkschaften herausgegeben wird, mich eines Besseren zu belehren, so sollte mich das freuen. Zum mindesten würde die Welt dann dadurch endlich einmal etwas Authentisches über die Kosten des Verwaltungsorganismus der Gewerkvereine erfahren.

Dr. Max Hirsch wurde weiter beantragt, ihn mit 3000 Mark jährlich zu pensionieren.

Auf dem Verbandstag waren 32% Gewerkvereinsbeamte als Delegierte anwesend, und dies erklärt wohl die Thatsache, dass der Düsseldorfer Opposition mehrfach das Wort abgeschnitten und ihre Anträge durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wurden.

Zn einer längeren Debatte kam es nur anlässlich des Antrages auf Beseitigung des anfangs dieses Artikels angeführten Reverses.

Die von dem Leipziger Delegierten Trabert, einem alten Gewerkvereiner, vertretene hierauf bezügliche Resolution hat folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, dass durch die bestehenden Verhältnisse alle Arbeiter, gleichviel welcher politischen oder religiösen Richtung dieselben angehören, gleichviel wie dieselben organisiert sind, gleich schwer bedrückt werden, erklärt der XIV. Verbandstag der Deutschen Gewerkvereine es für seine heilige Verpflichtung, für seinen Teil mit dazu beizutragen, dass eine Annäherung aller bestehenden Arbeiterorganisationen, um thatkräftig für Verbesserungen der Lage des arbeitenden Volkes eintreten zu können, herbeigeführt wird. In fernerer Erwägung fordert dieselbe Körperschaft alle diejenigen Verbandsvereine, welche den Revers noch obligatorisch haben, auf, denselben so bald wie möglich abzuschaffen, da der XIV. Verbandstag der Deutschen Gewerkvereine der festen Ueberzeugung ist, dass derselbe für uns ein Hindernis der Ausbreitung und Stärkung unserer Organisation ist.“

Dr. Max Hirsch, als Referent über diese Frage, malte den Delegierten die Zustände nach Beseitigung des Reverses in den düstersten Farben. Die Socialdemokraten, behauptete er, würden in Massen in die Gewerkvereine eintreten, um sich deren Millionenvermögen anzueignen. Die fettę Beute lohne, einige Tausend Mark Beiträge zu riskieren.

Herr Dr. Max Hirsch sieht Gespenster am hellen Tage. Es ist ja wohl möglich, dass es früher einmal so curiose Käuze unter den Socialdemokraten gegeben hat, die mit so kleinlichen Mitteln vorgegangen wären. Heute aber, wo die freien Gewerkschaften sich zu einer Macht entwickelt haben, die Gewerkvereine aber in jeder Beziehung völlig bedeutungslos geworden sind, heute wird wahrlich kein Socialdemokrat daran denken, Herrn Max Hirsch und seine Freunde in ihrem friedlichen Schlummer zu stören. Wenn er selbst kein Bedürfnis empfindet, den Eintritt in seine Gewerkvereine jedermann freizugeben, um so besser für die freien Gewerkschaften, für die der Revers bisher ein ganz vorzügliches Agitationsmittel gegen die Gewerkvereine gewesen ist. Aber, wie lange noch — und aus den Reihen der Gewerkvereinsmitglieder selbst wird es ihm unisono entgegenschallen, was der alte Trabert zur Begründung seiner Anschauungen sagte: „Wir Arbeiter sind ja alle Brüder und seufzen unter dem nämlichen Joch.“

Auf dem Verbandstag wurde denn auch constatirt, dass die Gewerkvereine der Bildhauer, Kaufleute, Lederarbeiter, Schneider den Revers schon abgeschafft hätten, ohne dass die von Dr. Max Hirsch vorausgesagte schreckliche Wirkung eingetreten sei.

Der Düsseldorfer Delegierte erklärte, „in Düsseldorf arbeite man heute gemeinsam mit den Gewerkschaftsführern an der Verbesserung der Arbeiterverhältnisse. Mit dem Revers wolle man bei Behörden und Unternehmern nur darthun, dass man harmlos sei.“

Wie es mit der politischen Neutralität in den Gewerkvereinen aussieht, geht deutlich aus den Ausführungen eines anderen Düsseldorfer Delegierten hervor:

Aus den Gewerkvereinsblättern, erklärte derselbe, müsse die Reclame für eine gewisse Partei verschwinden, es müsse aufhören, dass man für die Freisinnige Volkspartei Propaganda mache. Es habe in der That den Anschein, als seien die Gewerkvereine eine Gründung der genannten Partei. Von oben werde der freisinnige Calender Der Wanderer empfohlen. Er, der Redner sei früher von der freisinnigen Presse als „der beliebte Volksredner“ bezeichnet worden. Als er aber die freisinnigen bergischen Fabricanten gekennzeichnet habe, da sei er angefeindet worden.

Noch einmal siegte Dr. Max Hirsch.

Die Beibehaltung des Reverses wurde mit 27 gegen 20 Stimmen beschlossen. Welch gewaltiger Umschwung der Ideen gegen früher! 1895 wurde für die Beseitigung des Reverses nur 1 Stimme, 1898 wurden schon 3 Stimmen, diesmal 20 Stimmen abgegeben.

Aber selbst Dr. Max Hirsch sah sich genötigt, Concessionen zu machen. Die Friedensschalmeien verfangen nicht mehr. Er sitzt längst drin im gewerkvereinlichen Nest, der schreckliche „Kampforganisationsbacillus“, und vermehrt sich von Tag zu Tag. Was helfen alle Declamationen gegen die Socialdemokratie, gegen „die die Collectivwirtschaft erstrebende Partei“? „Wir Arbeiter seufzen alle unter dem nämlichen Joch.“ Der freisinnige, der christliche Arbeiter wird von den Capitalisten um kein Jota besser behandelt, als der socialdemokratische und der nichtchristliche. Und auch die nichtsocialdemokratischen Arbeiter wissen längst, dass es den Socialdemokraten gar nicht einfällt, von heute auf morgen ihre Zukunftsideale verwirklichen zu wollen, dass es sich für sie in der gewerkschaftlichen Organisation lediglich darum handelt, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern und praktische Reformarbeit zu verrichten.

Die Führer der Freisinnigen Volkspartei geben sich allerdings noch unendliche Mühe, den Arbeitern einzureden, dass ein praktisches Zusammenarbeiten der gewerkvereinlichen mit den socialdemokratischen Arbeitern ganz unmöglich sei. Es fällt mir nicht ein zu behaupten, dies geschehe, um den Unternehmern einen Dienst zu erweisen. Der verbohnte doctrinäre Parteistandpunkt der Führer ist es, welcher sie blind macht gegen die langsam, aber stetig sich vollziehende Wandlung der Geister. Die Sorge, die Arbeiter könnten der Partei abtrünnig werden, hindert sie anzuerkennen, dass es das Interesse der Arbeiter gebieterisch erfordert, dass dieselben auf wirtschaftlichem Gebiet, unbekümmert um ihre auseinandergehenden politischen und religiösen Anschauungen, einig und geschlossen vorgehen.

Geradezu komisch wirkt es, wenn die Freisinnige Zeitung zur Begründung der Notwendigkeit des Reverses in den angeblich neutral sein sollenden Gewerkvereinen auf die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien und der Socialdemokratie hinweist. Aber, verehrte Freisinnige, was geht denn das die Arbeiter an, sofern es sich um Wahrung ihrer Berufsinteressen handelt? Hic Rhodus, hic salta!

„Die bürgerlichen Parteien halten die Unternehmer für notwendig, während die Socialdemokratie den Unternehmergewinn auf Null herabsetzen möchte, um alle wirtschaftlich selbständigen Existenzen zu vernichten“, argumentieren die Elberfelder Neuesten Nachrichten und die Freisinnige Zeitung, woraus zunächst hervorgeht, dass gerade sie ihrerseits die Gewerkvereine als eine Recrutenschule für die bürgerlichen Parteien betrachten. „Wie soll angesichts solcher grund-

sätzlich gegensätzlichen Anschauungen ein erspriessliches Zusammenwirken möglich sein?“ fragen die genannten Blätter und fahren dann fort:

„Man soll sich dies einmal vorstellen. Wenn in den Ortsverbänden, Ortsvereinen, Generalräten auch nur eine socialistische Minderheit vertreten sei, so würde dies zu nichts als zu einem fortgesetzten Gezänk zwischen den nun einmal schroff gegenüberstehenden Weltanschauungen führen.“

Die beiden freisinnigen Redactionen vergessen, dass in Gewerkvereinen und Gewerkschaften Theoretiker von Rechts wegen nichts zu suchen haben und dass die Arbeiter in ihrer grossen Mehrheit heute schon viel zu praktisch und verständig sind, um sich in den lediglich zur Erörterung über ihre Berufsinteressen anberaumten Versammlungen um „Weltanschauungen“ zu streiten.

Wann übrigens hat jemals ein Socialdemokrat behauptet, durch Strikes den „Unternehmergewinn beseitigen“ zu wollen? Eine derartige Ueberschätzung dieses wirtschaftlichen Kampfmittels hat zu keiner Zeit in der Socialdemokratie stattgefunden. — im Gegenteil, es gab eine Zeit, wo sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bitter darüber beschwerten, dass ein nicht geringer Teil socialdemokratischer Agitatoren Strikes als gänzlich nutzlos, ja sogar als direct schädlich bezeichnete. Ja, selbst heute noch giebt es eine kleine Minderheit socialdemokratischer Theoretiker, die den Kampf der Gewerkschaften für eine Sisyphusarbeit erklären.

„Gau, Freund, ist alle Theorie.“

Gewiss, es soll nicht bestritten werden, es gab eine Zeit, wo in den Gewerkschaften eine Anzahl Pseudoradicaler ihr Unwesen trieb, die, „um die Köpfe der Arbeiter zu revolutionieren“, die Arbeiter in Strikes direct hineinzuhetzen versuchten. Doch wie selten ist ihnen dies gelungen! Die grosse Mehrzahl dieser anarchistelnden Elemente, die damals zu dem ausgesprochenen Zweck, der socialdemokratischen Partei entgegenzuwirken, ihre Thätigkeit in die Gewerkschaften verlegten, ist längst von ihrem Wahn abgekommen und leistet heute praktische Mitarbeit in Gewerkschaften und Genossenschaften. Die Gewerkschaftsbewegung ist aus den Kinderschuhen heraus, die Arbeiter haben gelernt, die Gewerkschaften als das zu betrachten, was sie sein sollen: als ein Mittel, ihre Lage unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu verbessern. Und deshalb ist heute ein Zusammenwirken sämtlicher Arbeiter zu diesem Zweck sehr wohl möglich.

Es ist daher immerhin schon als ein Fortschritt zu begrüessen, wenn Dr. Max Hirsch — dem Zwang gehorchend, nicht dem eigenen Trieb — ein Bündnisverhältnis mit anderen Organisationen als notwendig anerkennt. Zum Schluss der angenommenen Resolution von Dr. Max Hirsch heisst es in Bezug hierauf:

„Das allgemeine praktische Arbeiterinteresse, insbesondere die wirksame Vertretung gegenüber den Arbeitgebern, gebietet keineswegs die Verschmelzung, sondern nur ein Bündnisverhältnis, beruhend auf gegenseitiger Anerkennung und Achtung. Die deutschen Gewerkvereine haben, wie von Anfang an, so besonders in letzter Zeit, ein solches Verhältnis thatsächlich erstrebt und nach Kräften innegehalten; sie werden ebenso auch in Zukunft handeln.“

Die im Jahre 1899 zu einer gegenüber den früheren Jahren verhältnismässig hohen Summe angewachsenen Ausgaben für Strikes können wohl als Beweis dafür gelten, dass die in den Gewerkvereinen organisierten Arbeiter nicht erst auf die Erlaubnis zu diesem Bündnisverhältnis gewartet haben, sondern dass dasselbe in der Praxis in vielen Gewerkvereinen schon vorher geübt ward.

Die Zeit wird kommen, wo die Arbeiter erkennen werden, dass es absolut notwendig ist, noch einen Schritt weiterzugehen. Nur ein „Theoretiker“, der die Verhältnisse nach seinen altmodischen verknöcherten Ideen modeln zu können glaubt, kann behaupten, das praktische Arbeiterinteresse gebiete keineswegs die Verschmelzung der in Deutschland bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen. Man kann eine solche Verschmelzung heute noch für verfrüht halten — und dieser Meinung bin auch ich —, aber notwendig ist dieselbe, um unter allen Umständen eine einheitliche Action der Arbeiter herbeizuführen. Die Verschiedenheit in den Beiträgen und den Leistungen, die höheren oder niedrigeren Cassenbestände der einen oder der anderen Organisation werden leicht immer wieder bewirken, dass ein einheitliches Vorgehen der verschiedenartigen Organisationen dadurch vereitelt wird.

Den Freunden einer wirklich neutralen gewerkschaftlichen Bewegung wäre es deshalb zu empfehlen, darauf hinzuarbeiten, dass die Beiträge und die Leistungen der bestehenden Organisationen in einem Beruf möglichst gleichmässig gestaltet werden. Wie die in diesem Artikel gegebenen Feststellungen erweisen, dürfte auch in den Gewerkvereinen auf diesem Gebiet noch eine äusserst wichtige und aussichtsreiche Arbeit zu vollbringen sein. Ich halte dieselbe für weit wichtiger, als die Erörterungen über Abschaffung oder Beibehaltung des Reverses. Ob der Revers, diese „alte Scharteke“, wie sie Trabert nannte, noch eine Zeit lang weiter besteht oder nicht, ist nicht von allzu grosser Bedeutung. Wichtiger ist es, überall die praktischen Vorbedingungen für die mit Naturnotwendigkeit kommende grosse neutrale Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Die Zersplitterung muss aufhören — die Arbeiter in allen Berufen müssen in einer Organisation vereinigt sein —, wenn nicht unter den alten Führern, dann ohne — eventuell gegen sie! [Ein zweiter Artikel folgt.]

Die Agrarbewegung und die Nationalliberalen.

Von

Max Schippel.

(Berlin.)

Parteiverbände wachsen aus bestimmten geschichtlichen Voraussetzungen hervor. Ihre Anschauungen, Ziele und Programme entspringen den eigenartigen Erfahrungen, Missständen und Conflicten einer besonderen Zeitperiode.

Jede Parteieinigkei besagt also zunächst weiter nichts, als dass in der allgemeinen Auffassung gewisser Entwicklungsströmungen, in dem Eintreten für gewisse dringende Reformen der Gegenwart und der allernächsten Zukunft eine für das practische politische Verhalten ausreichende Uebereinstimmung der Beteiligten erzielt ist. Parteiverbände und Parteiprogramme für alle Ewigkeiten und für alle Fragen des Diesseits und Jenseits gab es nie und kann es nie geben, ausser in ein paar verschrobenen sectiererischen Köpfen.

Man kann nicht einmal verlangen und erwarten, dass selbst innerhalb dieser Umgrenzung als vorübergehende geschichtlich-individuelle Gebilde sich Parteien unwandelbar zeigen. Sowie eine Partei sich entfaltet, zu leben und zu wirken beginnt, werden auch die neuen Erfahrungen einer neuen Umgebung und einer anderen Zeit ihren Einfluss auf sie ausüben und man kann recht

wohl von einer innerlich „folgerichtigen“, sich selbst getreuen Entwicklung selbst dann noch reden, wenn einzelne Programmpunkte und sogar ganze Programme dem unermüdlich nagenden Zahn der Zeit erliegen:

Widerspruchsvoller kann und muss sich die Lage einer Partei gestalten, wenn der gesellschaftliche Werdegang mit einem Male Fragen aufwirft und in den Vordergrund des öffentlichen Kampfes stellt, deren Auftauchen niemand im Voraus auch nur ahnen konnte. Die innere Gleichartigkeit der Partei bestand nur für den Kreis der alten politischen Probleme; dem neu aufgetauchten Problem gegenüber macht sich sofort wieder die *Verschiedenartigkeit* der Parteibestandteile geltend.

Was sollen Parteiverbände, die ihre Lebenszwecke noch nicht voll erreicht haben und darum weiter leben und noch nicht sterben wollen, in so misslicher und kritischer Lage thun? Man hilft sich in solcher Verlegenheit oft dadurch, dass man jedem einzelnen Parteiangehörigen seine Stellungnahme freigiebt, die Frage „nicht als Parteifrage behandelt.“ Aber der allzu häufige Gebrauch dieses Auswegs hat auch seine gefährlichen Seiten; er lockert mit der Zeit den Parteizusammenhalt und bringt das Vertrauen der Wählermassen ins Wanken. Man sucht darum nicht minder oft, eine Mittellinie zu finden, auf der die auseinanderstrebenden Elemente schliesslich doch, wenn auch mit Ach und Krach, wie eine scheinbar homogene Masse zusammen zu bringen und zusammen zu halten sind.

* * *

Die mitteleuropäische Agrarkrisis hat alle altvererbten politischen Parteien vor unvorhergesehene Entscheidungen und Schwierigkeiten gestellt. In Deutschland erwies sie sich bisher nicht mächtig genug, um die alten Parteizusammenhänge auch äusserlich zu lösen. Aber alle grösseren bürgerlichen Parteien — von grossen Parteien kann man nun einmal in Deutschland mit seinem verkümmerten öffentlichen Leben nicht reden — haben entweder ihren Mitgliedern vollste Bewegungsfreiheit auf agrarpolitischem Gebiet einräumen müssen, weil in anderer Weise ein innerer Conflict nicht zu vermeiden schien — oder sie haben eine einheitliche Mittellinie nur dadurch aufrecht erhalten können, dass sie diese Mittellinie mehr und mehr dem Niveau der agrarischen Forderungen angenähert haben. Sie alle beugen sich vor der Macht, welche den gemährenden ländlichen Massen durch das allgemeine Stimmrecht gegeben ist.

Am deutlichsten tritt das bei den Nationalliberalen und dem Centrum zu Tage.

* * *

Nach der ganzen Zeit und Art ihres Entstehens, nach der Denkweise und dem Interesse derjenigen Classen, denen anfangs ihre geistigen Führer vorwiegend entstammten, nach ihrer ganzen geschichtlichen Fortentwicklung hatte die nationalliberale Partei mit Agrarzöllerei im heutigen Sinne sicher nicht gar nichts gemein. Sor 1879 hatten wir noch Nationalliberale, die selbst einen 50-Pfennig- und einen 1-Mark-Zoll als den vollkommenen Ruin Deutschlands und der deutschen Industrie behandelten. Gegen das Zollgesetz von 1885 mit seiner Erhöhung der Getreidezölle auf drei Mark stimmten 20, dafür 23, meist süddeutsche, Nationalliberale.

Heute hält selbst der weibliche Freisinn, dieser abgesprengte, strict freihändlerische Flügel der alten nationalliberalen Partei, darauf, bei jeder Gelegenheit staatsmännisch-feierlich zu betonen, dass ihm ein Heruntergehen unter einen $3\frac{1}{2}$ -Mark-Zoll ganz fern liege.

Welch eine unwiderstehliche Umbildung aller zollpolitischen Anschauungen

und Gruppierungen liegt zwischen diesen zwanzig Jahren! Was wäre wohl im Anfang der Bismarckschen Tarifreform einem Liberalen geschehen, der ein fröhliches industrielles Gedeihen Deutschlands unter der Herrschaft eines $3\frac{1}{2}$ -Mark-Zolles nicht für ausgeschlossen erklärt und der darum dem Linksliberalismus solchen Forderungen gegenüber auch nur Ruhe und Neutralität empfohlen hätte? Wäre er nicht unter allgemeinsten Entrüstung moralisch gestäupt und gesteinigt worden? Und heute rücken die Häupter des Handelsvertragsvereins, wo sie können, von den Socialdemokraten als Bundesgenossen ab, weil diese weiter die altliberale grundsätzliche Kritik der Getreidezölle vertreten und auch in einem 3,50-Mark-Zöllner bereits einen recht respectablen Agrarier oder — wenn er innerlich widerstrebend das Joch auf sich nahm — einen für die Linke sehr unzuverlässigen Hörigen der Agrarier sehen. Und diese selben Leute waren einst auf den Städtetagen die Träger der Sturmiahrne gegen jeden Kornzoll, sie riefen in ihren Bankettreden das gesamte städtische Bürgertum auf die Schanzen, dem sie heute gut zureden, in dem siebenfach höheren Vertragszoll nichts Unleidliches zu sehen.¹⁾

Die nationalliberale Partei ist längst über diese, früher für undenkbar gehaltene Concession an das Agrariertum hinausgegangen.

Gegen den rumänischen Handelsvertrag stimmten bereits 14 Nationalliberale, gegen den russischen Handelsvertrag 16, ausschliesslich wegen der Herabsetzung der Getreidezölle für die russische und rumänische Einfuhr auf $3\frac{1}{2}$ Mark.

Als Graf Kanitz seinen Antrag auf Monopolisierung des Kornhandels zur Erzwingung höherer Getreidepreise einbrachte, schlossen sich ihm 5 Nationalliberale an (Frhr. von Heyl, Münch-Ferter, Graf Oriola, Osann, Schwerdtfeger), obwohl vorher der Abg. von Bennigsen als Parteiführer mit

¹⁾ Welch ein noch vor zwanzig Jahren geradezu unfassbarer Wandel in der wirtschaftlich-politischen Beurteilung der Agrarforderungen eingetreten ist, dafür abermals ein Beispiel aus der freisinnig-freihändlerischen Agitation. 1879 konnte man hier schon bei 50-Pfg.-Zoll als „verrücktester Agrarier“ beurteilt werden. Heute führt Herr Abgeordneter Broemel — um zu beweisen, dass es „dem Agrariertum an jeder Vertretung aus wissenschaftlichen Kreisen fehlt,“ dass die wissenschaftlichen Kreise in der „Abweisung der agrarischen Forderungen übereinstimmen“, triumphierend unter anderem auch Herrn Professor Conrads neueste und allerdings sehr lesenswerte Arbeit vor mit ihrer „Fülle gründlichen Wissens und treffender volkswirtschaftlicher Argumentation“. Ich glaube, man kann Herrn Professor Conrad viel eher als Beweis der Ansteckungskraft des agrarischen Bacillus vorstellen. Denn derselbe Gelehrte, der einst sogar die mässigen Anfänge der Agrarzöllnerei ziemlich entschieden befandete, ist heute kaum mehr gegen den $3\frac{1}{2}$ -Mark-Zoll, er ist lediglich gegen weitere Erhöhung. Ja, er geht noch weit darüber hinaus. Er ist, wie ich schon einmal an anderer Stelle hervorhob, für eine Herabsetzung des Gerstenzolles „auf den Roggenzoll“ (pag. 166). „Gegen eine Erhöhung des Zolles auf Pferde wird sich principiell kaum etwas einwenden lassen“ (pag. 172). Für Rindvieh „wird eine Zollerhöhung wohl zu befürworten sein“ (pag. 173). Einem weiteren Schafzoll würden „besondere Bedenken nicht entgegenstehen“ (pag. 174). Auch bei den Schweinen „kann eine Zollerhöhung wohl befürwortet werden“ (pag. 174). Unter den tierischen Producten würden „vor allem Butter und Käse diejenigen Gegenstände sein, welche einen hohen Zoll vertragen“ (pag. 176). „Das frische Fleisch und die Fleischconserven ertragen unzweifelhaft einen Zoll. . . Ist ohne Schwierigkeit eine Erhöhung zu erreichen, so kann man sie ohne Frage acceptieren, anderenfalls würde es sicher nicht richtig sein, hierbei mit Gewalt eine Erhöhung durchsetzen zu wollen“ (pag. 176). „Gerade der Obstzoll, besonders für Massenobst, würde einen allgemeineren Einfluss auf die inländischen Preise nicht ausüben“ (pag. 179), nur die unbewegliche landwirtschaftliche Bevölkerung mit ihrer Productionsrückständigkeit ist „kaum für einen Schutzzoll, wenigstens für Massenobst, reif.“ — In der That, ein schlagender Beweis für die werbende sieghafte Kraft . . . des Freihandelsgedankens!

Nachdruck betont hatte, dass „bis zu dieser Höhe der Gemeinschädlichkeit noch keine einzige der agrarischen Forderungen hinanreicht.“ Damals wurde der Partei zum erstenmal die in handelspolitischen Fragen bisher eingeräumte Bewegungsfreiheit der Mitglieder bedenklich: man änderte die Geschäftsordnung der Fraction. „Künftig genügt nicht mehr die einfache Anzeige, wenn ein Mitglied der Fraction einen von anderer Seite ausgehenden Antrag beim Einbringen mit unterzeichnen will, sondern die Anzeige muss auf die Tagesordnung einer Fractionssitzung gebracht werden, sodass also die Discussion darüber eröffnet und geschlossen sein muss, ehe die Unterschrift erfolgen kann.“

Eine besondere Mässigung war jedoch auch in der Folgezeit bei den handelspolitischen und agrarzöllnerischen Draufgehern der Fraction nicht zu bemerken. Der nächste zollkriegerische Anlauf — gegen die blossen Meistbegünstigungsverträge und ebenso folgenschwer, wie die heutigen Anläufe für einen Doppeltarif — kam sogar aus der Mitte der Nationalliberalen. Seine Urheber waren die Abgg. Frhr. von Heyl, Graf Oriola und Friedberg; aus den insgesamt 25 nationalliberalen Unterzeichnern sind ferner noch hervorzuhellen die Abgeordneten Fink, Frank-Baden, Dr. Krause, Dr. Paasche, Dr. Pieschel, Placke, Rimpau. Frhr. von Heyl als Begründer wandte sich ganz consequent schlankweg gegen alle ähnlichen Meistbegünstigungsabkommen wie das argentinische, dessen Kündigung man zunächst ins Auge gefasst hatte, so dass selbst dem Centralverband Deutscher Industrieller, der handelspolitisch stets das juste milieu zu wahren suchte, die Augen übergingen und Herr Bueck, selber ein Nationalliberaler, im preussischen Abgeordneten-hause Herrn von Heyl das Misstrauen der Industriellen kundgab: Herr von Heyl werde in sehr weiten Kreisen der bedeutendsten Industriezweige nicht mehr als Industrieller angesehen, soweit seine handelspolitischen Ansichten in Betracht kämen. Herr von Heyl hat sich dann zeitweise etwas mehr zurückgehalten; aber immer und immer wieder kam es zu Zusammenstößen zwischen dem Frhrn. von Marschall und ihm, wenn er die Schwächlichkeit der Caprivicischen Handelspolitik angriff oder den dreisten Yankees die Zähne zu zeigen empfahl.

Dann kamen die Wahlen von 1898, die sich für die bürgerlichen Parteien wesentlich um die Sammelpolitik und die Agrarzölle drehten. In Massen desertierten dabei die nationalliberalen Candidaten zum Bunde der Landwirte: sie verpflichteten sich auf die elf Forderungen, von deren Billigung der Bund seine Wahlunterstützung abhängig machte.

Sehr bald jammerte die linksstehende Nationalzeitung über die Unterwerfung besonders der rheinpfälzischen Nationalliberalen unter die Bündler. Die ältesten und sichersten Wahlkreise der Partei würden so dem Bunde ausgeliefert; wo man den Schein eines Compromisses aufrecht erhalte, erkläre sich der Compromisscandidat gewöhnlich bereit, alle Forderungen des Bundes, die Verstaatlichung der Reichsbank, die Doppelwährung und andere agrarische Hauptforderungen in „wohlwollende“ — natürlich für die Agrarier wohlwollende — Erwägung zu ziehen. In anderen Kreisen begnügte sich der Bund nicht damit, Nationalliberale agrarisch unzubiegen; er setzte sie einfach an die Luft und an ihre Stelle Bündler reinsten Wassers:

„In anderen Kreisen gehen die Bündler gegen die Nationalliberalen mit öffentlicher Brutalität vor. In Kaiserslautern haben sie den Bundesvicepräsidenten Dr. Rösicke aufgestellt, der sich bisher überall durch eine wüste Hetze gegen die Nationalliberalen hervorgethan hat und der natürlich für die allerextremsten Forderungen des Agrariertums agitiert. Trotzdem scheint es nicht ausgeschlossen, dass die Nationalliberalen auf eine eigene Candidatur verzichten. Auch in den Compromiss-Wahlkreisen genießen sich die Bundesagitatoren nicht, gegen ihre nationalliberalen „Verbündeten“ in der herausforderndsten Weise vorzugehen.“

Der Wahlerfolg in der Pfalz war, wie vorauszusehen, durchaus auf der Seite der bäuerlichen Volksmänner und Wortführer. An Stelle des Oberlandesgerichtsrats Brünings-Germersheim zog der Landwirt Gander in den Reichstag ein, zwar auch nationalliberal, aber seit 1894 Vorsitzender des Bundes der Landwirte, Abteilung Pfalz. In Zweibrücken kam an Stelle des Papierfabricanten Adt der Lederfabricant Leinenweber, „nationalliberal und Bund der Landwirte“, wie er sich im Reichstagshandbuch stolz selber bezeichnet. In Homburg hatten die Bündler dem alten Marquardsen jahrelang das politische Leben verleidet; nun stellte sich der Weinhändler Fitz ihnen zur Verfügung. Kaiserslautern hatte Dr. Rösicke, der Director des Bundes, genommen. Der Tausch Dr. Deinhardt gegen Dr. Bürklin mag etwa gleichwertig sein, so dass in der ganzen, einst so fröhlich-liberalen Pfalz nur der Erfolg unseres Freundes Ehrhart als Gewinn neben so allgemeinen Verlusten zu buchen war. Wie dann der Fall Fitz gelehrt hat, sucht die Bundesleitung bei ihren Hörigen auch die letzte liberale Selbständigkeitsregung zu unterdrücken. Als Fitz nach dem Ausschluss aus dem Bunde der Landwirte sich weigerte, sein Mandat niederzulegen, und als der alte Führer der pfälzischen Nationalliberalen, Brünings, Partei für Fitz ergriff, kündigte der Bund für das nächste Mal eine noch viel gründlichere Abrechnung mit den „Manchesterliberalen“ an, und speciell die Pfälzer Bündler beschlossen, dass „Personen, die sich in Vertrauensstellungen des Bundes der Landwirte befinden, nicht mehr gleichzeitig auch ein solches Amt für irgend eine politische Partei ausüben können.“ Nach manchen Mitteilungen plant Herr Lucke für die nächsten Reichstagswahlen ein Bündnis mit dem Centrum, um auch den letzten Nationalliberalen aus der Pfalz hinauszueihträuchern.

Es würde zu weit führen, hier die gleiche Bewegung in den benachbarten Ecken des Südens von Deutschland zu verfolgen. Wir führen zusammenfassend nur eine agrarische Wahlbetrachtung aus Süddeutschland an, die in der Deutschen Tageszeitung erschien und das Siegesgefühl der Nägelbeschlagenen zum Ausdruck brachte:

„Wir hatten vorausgesagt, dass die bisherigen Vertreter der Pfalz, und auch an anderen Orten, aus der nationalliberalen Partei eine Aussicht auf Wiederwahl nicht mehr hätten, sondern vom Schauplatze ihrer parlamentarischen Thätigkeit gezwungen ermässen würden abtreten müssen. Die Wahlen haben es bewiesen, dass wir mit dieser Behauptung recht hatten. Denn die bisherigen grossen Männer der nationalliberalen Partei in der Pfalz sowohl als auch in Hessen und in Baden, soweit sie dem manchesterlichen Flügel angehörten, sind von der Bildfläche verschwunden. Der Bund der Landwirte hatte einen eminenten Erfolg seiner Thätigkeit vor den Reichstagswahlen durch die Beseitigung dieser bisherigen nationalliberalen Grössen eingeheimst... Es war eine gewaltige Niederlage, die der manchesterliche Flügel der nationalliberalen Partei erlitten hatte.“

Der Missmut und Aerger über diese fortgesetzten Niederlagen und Demütigungen hat manchen Nationalliberalen zeitweilig in gereizte Kampfstimmung versetzt. Aber das Gefühl der eigenen Ohnmacht hat dann immer wieder die Compromisslust, die Neigung zu weiterer Nachgiebigkeit geweckt. Auch das stärkere Hervortreten der Süddeutschen (Bassermann, Heyl) in der Parteiführung beschleunigte diese Capitulation vor der agrarischen Agitation. Das Ende vom Liede war, dass heute die Parteileitung und die Partei bereits längst wieder auf eine Erhöhung der Getreidezölle eingeschworen sind.

Am 10. Juni 1900 traten der Centralvorstand der nationalliberalen Partei und die nationalliberalen Fractionen des Reichstags und preussischen Abgeordnetenhauses zu einer Sitzung zusammen, in der kein anderer als der Vorsitzende des Centralvorstandes Dr. Hammacher selber, zweifellos

sonst einer der einsichtigsten Vertreter der deutschen Industrieinteressen, den Antrag stellte, der dann auch (mit allen gegen drei Stimmen) zum Beschluss erhoben wurde:

„Die heute versammelten Mitglieder der nationalliberalen Fraction des Reichstags und des preussischen Abgeordnetenhauses, sowie des Centralvorstandes der nationalliberalen Partei sprechen die bereits vor zwei Jahren zum Ausdruck gebrachte Ueberzeugung erneut aus, dass bei der bevorstehenden Feststellung des Zolltarifs und dem Abschluss künftiger Handelsverträge die Interessen der Landwirtschaft durch einen höheren Zollschutz für landwirtschaftliche Erzeugnisse besser gewahrt werden müssen als bisher.“

In den Parteimitteilungen hiess es dazu erläuternd:

„Insbesondere haben auch Vertreter aus grossindustriellen Wahlkreisen und Vertreter aus den Seehandelsplätzen ihre Stimmen für diese Kundgebung in die Wagschale geworfen. Die Verhandlungen vom 10. Juni rechefertigen nach ihrem ganzen Verlaufe durchaus die Annahme, dass hinter der grossen Mehrheit, die den Resolutionsbeschluss gefasst hat, fast die Gesamtheit der nationalliberalen Wählerschaft steht, — nicht nur im Süden und Westen und in Mitteldeutschland, wo es eine Meinungsverschiedenheit hierüber kaum geben dürfte, sondern in weitem Masse auch in Norddeutschland.“

Einige Pressäusserungen liessen es damals zweifelhaft erscheinen, ob das Gros der Partei diesen erneuten Kniefall vor den Agrarzöllnern mitmachen werde. Neuere Erfahrungen haben aber zur Genüge erwiesen, dass sich bei den Nationalliberalen allgemein eine starke agrarische Rückbildung vollzogen hat gegen 1887, wo noch mehr wie drei Viertel der Partei gegen eine Zollhöhung über 3 Mark hinaus gestimmt haben.

Am deutlichsten trat dies in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 26. Januar dieses Jahres hervor. Der hier zum Landwirtschafts-etat gestellte Antrag Graf Limburg-Sturum war eine ganz gesuchte, überflüssige agrarische Demonstration. Er forderte die Staatsregierung auf, „mit grösster Entschiedenheit“ dahin zu wirken, dass bei der bevorstehenden Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse der Landwirtschaft ein „wesentlich gesteigerter Zollschutz“ zu Teil werde und dass die Vorlage möglichst bald an den Reichstag gelange. Nichts leichter, wie die Unterstützung einer solchen Demonstration aus rein äusserlichen Gründen abzulehnen. Aber die Nationalliberalen mussten zur Beruhigung ihrer ländlichen Wähler ein Uebriges thun. Und so gab denn Dr. Sattler, der Nachfolger Bennigsens, die Erklärung ab, dass alle seine Parteifreunde für den Antrag stimmen könnten, wenn statt eines „wesentlich“ gesteigerten Zollschutzes nur gesteigerter Zollschutz verlangt würde und wenn man für das Vorgehen der Regierung nicht „die grösste Entschiedenheit“ fordere, da das — wie ein Vorwurf gegen bisherige Unschlüssigkeit klinge. Und wie viele nationalliberale Abgeordnete waren es, die gegen den „wesentlich“ gesteigerten Zollschutz stimmten, weil sie nur für „gesteigerten“ Schutz zu haben sind? Im ganzen 16 — nämlich die Abgg. Daub, von Eynern, Hackenberg, Hageberg, Herbers, Hobrecht, Holtermann, Junghenn, Kaselowsky, von Knapp, Dr. Krause-Königsberg, Metger-Flensburg, Nölle, Reichardt, Dr. Schnitzler, Zuckschwerdt. Darunter sind Herbers, Nölle, von Knapp, Reichardt, Zuckschwerdt, von Eynern und Schnitzler die Vertreter fast rein industrieller Wahlkreise.

Ueber doppelt so viele Nationalliberale, nämlich 34, schluckten die unverfälschte agrarische Resolution ohne jede Verwahrung und Einschränkung hinunter. Es waren dies die Abgg. Bachmann, Beinbauer, Engelsmann, Faikenhagen, Dr. Göschen, Heye, Hische, Hofmann, Horn, Hoyermann, Jürgensen, Kahlke, Krawinkel, Lotichius, Dr. Martens, Möller-Duisburg (!!), Nischwitz, Osiander, Paasche, Reimnitz, Reiners, Rimpau,

von Sanden, Sattler, Schaffner, Seer, Seydel, Sieg, Thies, Wallbrecht, Wamhoff, Westermann, Wolff-Biebrich. Unter diesen 34 sind 10 (nach Möllers Ausscheiden 9) zugleich Reichstagsabgeordnete. Dieselben werden also auch im Reichstag für die Erhöhung der Zölle eintreten.

Allerdings bleiben dann noch 25 nationalliberale Abgeordnete, die an jenem Tage fehlten, darunter zwei so hervorragende Industrievertreter wie Dr. Beumer und Schmieding, bei denen man aber wohl vollste Uebereinstimmung mit Herrn Möller, dem heutigen Handelsminister, annehmen kann, der, wie erwähnt, für den Antrag Limburg-Stirum stimmte — so gut wie sein Landwirtschaftscollegue im Ministerium, Herr von Podbielski, einst seinen Namen unter den Antrag Kanitz setzte.

So ist der ursprünglich vorwiegend freihändlerische, auf jeden Fall aber nicht agrar-zöllnerische Nationalliberalismus Schritt für Schritt vor dem Ansturm der agrarischen Wählermassen zurückgewichen, am meisten im Süden und Westen Deutschlands, wo noch ganz andere Parteien gelegentlich unfallen, doch in zunehmendem Masse auch in Mittel- und Norddeutschland, wo die Bennigsensche Richtung entweder ausstirbt oder im Kampfe mit gestügten Waffen von Dr. Diederich Hahn, dem jungen bündlerdemagogischen Siegfried, auf das alte, müde Haupt geschlagen wird.

Idealismus, Kampftheorie und Wissenschaft.

Von
Eduard Bernstein.

(Berlin.)

Als Ferdinand Lassalle im Jahre 1863 die deutschen Arbeiter zum Kampf für das allgemeine Wahlrecht aufrief, stiess er nicht nur bei den herrschenden Parteien auf Widerstand. Auch viele Leute, auf deren Beitritt Lassalle gerechnet hatte, Socialisten und radicale Demokraten, blieben entweder ganz abseits stehen oder begnügten sich mit lauen Sympathieerklärungen. Entweder weil sie, wie Rodbertus, bei dem damaligen Entwicklungsstand des Volkes dem allgemeinen Wahlrecht misstrauten oder weil sie im Angesicht der politischen Zustände in Deutschland oder wenigstens in Preussen die Agitation für das allgemeine Wahlrecht für unzeitgemäss hielten. Die letztere Ansicht theilte auch Marx, der noch im Jahre 1868 in seinem Brief an J. B. von Schweitzer die Erhebung des Chartistenrufes, des allgemeinen Stimmrechts für einen grossen Fehler Lassalles erklärte „Er übersah“, schreibt er, „dass die Bedingungen in Deutschland und England verschiedene sind. Er übersah die Lectionen des bas empirie über das allgemeine Wahlrecht“.¹ Und es lässt sich auch nicht bestreiten, dass die aus Frankreich vorliegenden Thatsachen wenig ermutigend lauteten, wenn wir uns auch heute sagen müssen, dass ihnen damals eine übertriebene Bedeutung beigelegt wurde. Die Erfahrung hat vielmehr Lassalle recht gegeben, der übrigens, wie seine Schrift über den italienischen Krieg zeigt, die Wahlbewegung in Frankreich sehr aufmerksam verfolgt hatte.²) Sie hat seitdem gezeigt, welch

¹) Die Neue Zeit, 1896-97, I. Bd., pag. 8. Die Erfahrungen, die unter dem zweiten französischen Kaiserreich mit dem allgemeinen Stimmrecht gemacht worden waren, wurden Lassalle schon von Anfang an entgegengehalten, u. a. auch von Rodbertus. Aber während Lassalle bezüglich der Productivassocationen Rodbertus wenigstens formale Zugeständnisse machte, war er bezüglich des allgemeinen Stimmrechts zu keinem Nachgeben zu bewegen. Vergleiche seine Briefe an Rodbertus vom 30. April und 8. Mai 1863.

²) Gerade die im Mai 1863 vorgenommenen Erneuerungswahlen zum gesetzgebenden Körper ergaben einen gewaltigen Fortschritt der oppositionellen Stimmen: von 570000 im Jahre 1857 stieg ihre Zahl auf 1950000. In Paris und den meisten grossen Städten wurden Oppositionsmänner gewählt.

grosse Zeugungskraft dem allgemeinen Wahlrecht innewohnt. Um uns dies in seiner ganzen Tragweite klar zu machen, brauchen wir nur eine Betrachtung darüber anzustellen, wo die socialistische Arbeiterbewegung aller Wahrscheinlichkeit nach heute stände, wenn Bismarck 1866, statt mit dem allgemeinen Wahlrecht zu experimentieren, ein beschränktes Wahlrecht für den Norddeutschen Bund vorgeschrieben hätte.

Ganz sicher hätten wir auch dann heute eine Arbeiterbewegung in Deutschland. Dafür hätte die wirtschaftliche Entwicklung, die grosse industrielle Umwälzung gesorgt, die sich seit den sechziger Jahren in Deutschland vollzogen hat. Wir hätten allerhand wirtschaftliche Vereinigungen der Arbeiter, und wir hätten auch politische Arbeitervereine. Aber wenn wir uns die Geschichte der Arbeiterbewegung derjenigen Länder vergegenwärtigen, welche das allgemeine Wahlrecht nicht haben, dann werden wir uns auch sagen müssen, dass diese politischen Arbeitervereine auch nicht entfernt die Stärke haben würden, welche die Socialdemokratie heute aufweist. Zeitweise, wenn die politische Constellation einer Wiederaufnahme der Agitation für das allgemeine Wahlrecht günstig gewesen wäre, hätten sie einen mehr oder minder grossen Aufschwung genommen, um dann, nachdem sich das Bemühen als fruchtlos herausgestellt hätte, wieder zusammenschmelzen. England bis weit in die achtziger Jahre hinein, Belgien bis Anfang der neunziger Jahre sind dafür Beispiele. Den Idealismus und die Intelligenz der deutschen Arbeiter in allen Ehren, aber auch der Idealismus braucht, um lebendig wirkende Kraft zu bleiben, die nährende Kraft des Erfolges, und die Intelligenz braucht ein praktisches Bethätigungsfeld, um dauernd organisatorisch zu wirken. Auch dafür haben wir Beispiele, und zwar aus allen Ländern. Wo das Wahlrecht oder die Möglichkeit seiner Ausnutzung fehlt, da wird die politische Arbeiterbewegung immer wieder auf den Standpunct der Secte zurückgedrängt. Marx wirft in dem citierten Briefe Lassalle u. a. vor, er habe der von ihm geleiteten Arbeiterbewegung einen Sectencharakter gegeben. Aber soweit das der Fall war, war es weit weniger in Lassalles Denkweise und Temperament begründet, als in den Verhältnissen, unter denen er wirkte. Wo diese der Sectiererei günstig sind, da machen sie aus den Menschen Sectierer wider Willen. Discussionen, die sonst anregend und befruchtend wirken oder wenigstens ohne Nachteil für die Bewegung vorübergehen, wirken alsdann aufreibend und auflösend; man spaltet sich wegen des Punctes über dem i, die Energieen werden, sobald es an Gelegenheit zum Kampf nach aussen fehlt, auf den inneren Kampf gelenkt. Damit aber verliert die Partei an werbender Kraft, ihre Führer an Ansehen bei der grossen Masse.

Ein Bebel und ein Liebknecht brauchten das Parlament nicht, um ihre Tüchtigkeit zu bekunden und einen geachteten Namen zu erwerben. Aber einen Weltruf erlangten diese Männer erst durch ihre Thätigkeit in der Volksvertretung.

Und nun vergesse man nicht, dass es der deutschen Socialdemokratie beschieden war, den Socialisten und Arbeitern anderer Länder erst den praktischen Wert des allgemeinen Wahlrechts vorzudemonstrieren. Als sie die ersten Versuche mit ihm machte, war das Wahlrecht in Frankreich discreditirt: die zwei Millionen oppositionelle Stimmen, von denen oben gesprochen wurde, waren für bürgerliche Candidaten abgegeben worden, die socialistischen Wähler übten Stimmenthaltung, und als sie später bei einer Nachwahl in Paris mit einem selbständigen Candidaten (dem Arbeiter Tolain) vorgingen, blieb er mit noch nicht 500 Stimmen in der Minderheit. Die Wahlen von 1871 brachten einige Socialisten in die Kammer, aber die Frage der Fortsetzung des Krieges und dann die Communeerhebung spaltete sie, und nach der Niederschlagung der Commune war es auf mehr als ein weiteres Jahrzehnt mit einer Vertretung der Socialdemokratie in der französischen Kammer zu Ende. Eine stetige, — mit Ausnahme des Kriegsjahres von 1871 und der ersten Wahl

unter dem Socialistengesetz — fortgesetztes Wachstum bezeugende Ausnutzung des allgemeinen Stimmrechts konnte nur die deutsche Socialdemokratie aufweisen. An ihren Erfolgen begeisterten sich die Socialisten anderer Länder, aus ihren Erfolgen schöpften sie immer neuen Mut zum Verharren unter dem erkorenen Banner, aus ihm Anfeuerung zu stets erneuter Action für die Erringung des Wahlrechts. Man wird es mindestens als zweifelhaft hinstellen müssen, ob die Belgier und die Oesterreicher jene wuchtige Energie für die Erringung des allgemeinen Wahlrechts entfaltet hätten, die in der Mitte der neunziger Jahre so schöne Resultate erzielte, wenn ihnen nicht die Erfolge und Leistungen der deutschen Socialdemokratie richtunggebend vorgeschwebt hätten. Sie verhassten in Frankreich der wiedererwachenden Arbeiterbewegung dazu, den Revolutionsdoctrinarismus zu überwinden, sie gaben in England den Anstoss zur Bildung einer selbständigen socialistischen Partei. Die ganze internationale Arbeiterbewegung empfing von Deutschland aus Befruchtung. Wenn heute die Socialdemokratie eine Macht ist, die das ganze öffentliche Leben Europas mit ihrem Geist durchtränkt, so dass ihm selbst ihre grössten Widersacher in immer stärkerem Grade tributpflichtig werden, wenn sie auf die regeren Geister in allen Berufssphären eine steigende Anziehungskraft ausübt, wenn sie Werte umwertet, der Litteratur in verschiedener Hinsicht ihre Betrachtungsweise aufzwingen konnte, wenn sie die Gesetzgeber nötigt, Einrichtungen ins Leben zu rufen, die der Arbeiterschaft neue Ansatzpunkte im Kampf um wirtschaftliche Selbstbehauptung sichern, so ist das in hohem Grade Wirkung der Thatsache, dass sie eine geschlossene, stetig sich ausbreitende politische Parteibewegung ist, dass sie die Waffe des Wahlrechts erworben und auszuüben gelernt hat.

Es ist meine feste Ueberzeugung, dass das hier Gesagte in keiner Weise übertrieben ist, aber man kann selbst ein gutes Stück abziehen, und es wird dann immer noch eine ungemein stark befruchtende Wirkung des allgemeinen Wahlrechts übrig bleiben.

Was hat aber diese Thatsache mit dem Gegenstand zu thun, dem, nach der Ueberschrift, dieser Artikel gewidmet ist?

Bevor ich dazu übergehe, dies darzulegen, muss ich einige Bemerkungen über den Zweck des vorliegenden Artikels vorausschicken.

Es handelt sich um die Verteidigung des Vortrages: Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich?, den ich am 17. Mai d. J. vor dem Socialwissenschaftlichen Studentenverein zu Berlin gehalten habe und der seitdem im Druck erschienen ist,³⁾ gegen unbegründete Angriffe. Ich will hier einfluchtend bemerken, dass ich nicht alles, was zur Kritik des Vortrages gesagt worden ist, als unbegründet zurückweise. Ich gebe z. B. gern, wenn auch mit Bedauern, zu, dass er grosse Mängel im Aufbau aufweist und in der Beweisführung vorzeitig abbricht. Es ist das zum Teil die Folge der Umstände, unter denen der Vortrag stattfand, bezw. der Thatsache, dass der Charakter des Auditoriums ein anderer war, als ich bei Bestimmung des Vortrages angenommen hatte. Indes, so sehr ich bereit bin, formelle Mängel des Vortrages zuzugeben, so wenig kann ich anerkennen, dass er sachlich auf unsolidem Fundament ruht, dass seine Schlussfolgerungen, die These, in die er ausläuft, nämlich dass der Socialismus als Theorie niemals eine Wissenschaft sein könne, begründetermassen bestritten werden kann.

Der einzige meiner Ansicht nach discutable Vorhalt, der mir in dieser Hinsicht gemacht worden ist, ist der, am schärfsten vom Recensenten des Vorwärts, Genossen Ke., erhobene Einwand, dass ich den Begriff der Wissenschaft verkenne. Es ist selbstverständlich, dass, je nachdem jemand diesen Begriff auffasst, er auch bestimmte Theorien als durch ihn erschöpfend oder unvollständig gedeckt betrachten wird. Kann man meine

³⁾ Berlin, Verlag der Socialistischen Monatshefte.

Bestimmung der Wissenschaftlichkeit als falsch erweisen, so würde damit auch das fallen oder jedenfalls entsprechend zu modificieren sein, was ich über die begrenzte Wissenschaftlichkeit des Socialismus ausführte.

Schon in der Debatte, die dem Vortrag folgte, hatte Professor Adolf Wagner bemerkt, es handle sich bei meinen Auseinandersetzungen im Grunde ja nur um einen Wortstreit über den Begriff Wissenschaft. Der Recensent des Vorwärts glaubte nun dies als „eine zu günstige, zu wohlwollende oder auch nur zu höfliche Auslegung“ bezeichnen zu dürfen. Ich habe dem gegenüber darauf verwiesen, dass in demselben Atemzuge, mit dem Wagner jenen Ausspruch that, er auch Rodbertus für einen Vertreter des wissenschaftlichen Socialismus reclamiert hat. Welch grundsätzliche Unterschiede zwischen der Marx'schen und der Rodbertus'schen Lehre bestehen, ist bekannt. Unter Hinweis darauf fuhr ich fort, dass, wenn Wagners Auffassung der Wissenschaftlichkeit Geltung haben sollte, wir damit zwei wissenschaftliche Socialismen bekämen, die einander in wesentlichen Punkten ausschlossen, und das sei eine logische Unmöglichkeit. Wenn aber nicht, so sei die Vorführung Wagners als noch „zu höflichen“ Kronzeugen gegen mich unzulässig.

Genosse Ke. hat denn auch in seiner Replik Wagner fallen lassen. Damit sollte ich als bescheidener Mensch zufrieden sein. Ich bin aber so unbescheiden, die Sache damit nicht als erledigt zu betrachten. Genosse Ke. wird mir vielmehr erlauben müssen, den Spiess umzudrehen und Wagner als Kronzeugen gegen ihn anzurufen. Ich habe allerdings in meiner Antwort im Vorwärts unterstellt, dass Ke. und Wagner die Wissenschaftlichkeit verschieden auffassen. Aber das geschah nur, um die Debatte dort möglichst zu vereinfachen. Thatsächlich braucht die Verschiedenheit nicht zu bestehen, kann Wagner, ohne sich dementieren zu müssen, Ke.'s Kriterium der Wissenschaftlichkeit ruhig acceptieren. Wagner hat Rodbertus für einen Vertreter des wissenschaftlichen Socialismus reclamiert. Wie nun, wenn die Definition, die Ke. von der Wissenschaftlichkeit des Socialismus giebt und wonach Wissenschaft „die Production allgemeiner Gesetzmässigkeit in *Natur* und *Gesellschaft*, in einheitlichem System gegliedert, methodisch erzeugt“, wissenschaftlicher Socialismus der Aufbau des Socialismus „auf einheitlicher Gesetzmässigkeit des Gesellschaftswillens“, welcher sich der notwendigen Bedingung und des einzig denkbaren Weges menschlicher Entwicklung bewusst ist, der sich klar ist über die Ursache, das Ziel und auch über die zweckmässig-unentbehrliche Technik der Erzielung — wenn diese Definition in der That mit Bezug auf Rodbertus zuträfe? Wenn sie sogar mit Bezug auf Rodbertus viel mehr zuträfe als mit Bezug auf Marx? Wenn sie, mehr noch, auf Rodbertus mit grösserer Berechtigung angewendet werden darf als mit Bezug auf Marx?

Ich stehe nicht an zu erklären, dass dies meine Ueberzeugung ist. Und ich will versuchen, in aller Kürze den Beweis für ihre Richtigkeit zu erbringen.

Der Socialismus von Rodbertus ist ein durchaus abgeschlossenes, abgerundetes System. Es hat zur theoretischen Grundlage die Idee, dass, wie Rodbertus es einmal ausdrückt, „der geschichtliche Verlauf in nichts als der Verallgemeinerung des Communismus besteht“. ⁴⁾

„In allen grossen weltgeschichtlichen Bewegungen“, sagt Rodbertus, „ist die tiefste und wesentlichste Frage noch immer die gewesen, wie weit sich der Communismus verallgemeinern lasse“. „Das Mass der Verallgemeinerung ist aber,“ fährt er fort, „ein bedingtes, bedingt durch den Grad der Wirksamkeit der Teilung der Arbeit, der inneren Stärke der ethischen Ordnung und der Höhe und Uebereinstimmung des Volksbewusstseins.“ ⁵⁾

⁴⁾ Rodbertus: Das Capital; pag. 94.

⁵⁾ Ebendasselbst.

Diese Geschichtstheorie, die beiläufig im Kern mit der von Lassalle im System der erworbenen Rechte entwickelten Theorie übereinstimmt, dass der „culturhistorische Gang aller Rechtsgeschichte im allgemeinen darin bestehe, immer mehr die Eigentumssphäre des Privateigentums zu beschränken, immer mehr Objecte ausserhalb des Privateigentums zu setzen“, anerkennt, wie man aus dem letzten der hier citirten Sätze ersieht, die Bestimmungskraft der drei Grundfactoren gesellschaftlichen Daseins: Productionsentwicklung, Stand der Ethik und Stand der Erkenntnis für den Grad der Verwirklichung des Communismus. Sie kennzeichnet sich damit als grundsätzlich evolutionistisch im Gegensatz zu utopistischer, die Gesetzmässigkeit dieser Beziehungen verkennender Auffassung. Sie ist unvollständig, weil sie wenig mehr als blossе Andeutungen über die Gegenseitigkeitsbeziehungen jener Factoren und die subjectiven Triebkräfte der Entwicklung giebt, aber sie ist durchaus einheitlich gehalten, frei von inhaltlichen Widersprüchen. Sie schliesst die Willkür, das heisst aus der Gesetzmässigkeit jener Beziehungen heraustretende Entwicklungen principiell aus. Damit steht der bekannte Rodbertussche Reformvorschlag der Einführung eines staatlich bestimmten, im Verhältnis zur Productivkraft der Arbeit gesetzten Normallohns nicht im Widerspruch. So irrtümlich er in verschiedenen seiner Voraussetzungen ist, so ist er doch der Idee nach von Rodbertus in organische Beziehung gesetzt zum Entwicklungsstand der Productionsbedingungen — er fehlt in seinen factischen Voraussetzungen, aber nicht gegen das aufgestellte Princip der Entwicklung, das bewusste regulierende Eingriffe in das Wirtschaftsleben selbstverständlich zulässt.⁶⁾ Wie stark Rodbertus an dem Princip der Ausschliessung alles dessen festhält, was nach seiner Auffassung der Entwicklung zum Communismus sich in den Weg stellen, entwicklungsfeindlich wirken musste, zeigt seine, von der Geschichte gerechtfertigte Verwerfung der Productivgenossenschaften und solcher Massregeln, die, wie die Gewinnbeteiligung, geeignet waren, bei den Arbeitern particularistische Tendenzen zu erzeugen. Seine Idee vom Werkarbeitsstag dagegen findet, wie mir bei einer Arbeit über neuere Lohnsysteme, die ich demnächst zu publicieren gedenke, klar geworden ist, zwar auf andern Wege, als er annahm, aber doch in der Sache selbst gerade in der Neuzeit immer stärkere Verwirklichung. Kurz, wir finden bei Rodbertus „die Production allgemeiner Gesetzmässigkeit in Natur und Gesellschaft, in einheitlichem System gegliedert, methodisch erzeugt“, wir finden gerade bei seinem Socialismus die Grundlage einer „einheitlichen Gesetzmässigkeit des Gesellschaftswillens, der sich der notwendigen Bedingung und des einzig denkbaren Weges menschlicher Entwicklung bewusst ist, der sich klar ist über die Ursache, das Ziel und auch über die zweckmässig unentbehrliche Technik der Erzielung“. Gerade

⁶⁾ Im Capital, das Anfang der fünfziger Jahre geschrieben wurde, entwickelt Rodbertus, dass, „wie die Geschichte von jeher nur in Compromissen vorgeschritten ist, auch nur ein Compromiss zwischen Arbeit und Grund- und Capitaleigentum die nächste Aufgabe unserer Wissenschaft“ (der Socialökonomie) sei. Es würde ihm leicht sein, die Grundzüge einer Volkswirtschaft ohne Grund und Capitaleigentum bis ins Detail zu entwickeln, schwerer und nützlicher aber erscheine es ihm, jenem Compromiss wissenschaftlich vorzuarbeiten. „Sicherlich“, schreibt er, „haben die socialen Wissenschaften erst dann eine vollendete Form, wenn sie nicht blos das erkennbare Ziel, sondern auch die Entwicklung dahin in ausführlichen und deutlichen Zügen beschreiben, und sicherlich wenden sie in solchem letztern Teile nicht der Wahrheit den Rücken, sondern verfolgen gerade deren Weg.“ (pag. 230.)

Die von Engels in den Vorworten zum Elend der Philosophie und zum zweiten Band des Capital an Rodbertus geübte Kritik ist meines Erachtens unter dem Einfluss provocirender Angriffe der Rodbertusianer und im Hinblick auf die Ausnutzung des Rodbertuscultus für allerhand politische Zweideutigkeiten absprechender ausgefallen, als sie unter anderen Verhältnissen gelaute hätte, und nicht frei von factischen Irrthümern.

bei Rodbertus trifft der Satz zu, mit dem Ke. seinen Gegensatz zu meinem, nach ihm „im kritischen Sinne unwissenschaftlichen Empirismus“ bezeichnet: „die Bewegung ist wissenschaftlich nichts, das Ziel ist wissenschaftlich alles“.

Kann man dasselbe von Marx behaupten? Es darf das mindestens bezweifelt werden, denn es stünde mit dem Fundamentalsatz des Marx'schen Geschichtsmaterialismus in Widerspruch. So stark das Ziel das Marx'sche Wollen beeinflusst hat, liegt für die Theorie bei ihm — und das begründet meines Erachtens gerade seine Ueberlegenheit über Rodbertus — das Schwergewicht auf der Bewegung. Das halte ich unbedingt aufrecht, in diesem Punkte bin ich noch heute mehr Marxist als irgend etwas andres, und gerade mit Bezug hierauf habe ich es acceptiert, als mich vor einiger Zeit ein Mann, der in unserer Partei nicht gerade zu den letzten gehört, für einen consequenteren Marxisten erklärte als alle meine Widersacher. Meines Erachtens trägt die Bewegung, wie ich sie seiner Zeit in dem Artikel über die Zusammenbruchstheorie charakterisiert habe,⁷⁾ das Ziel in sich, ruht in ihr seine Realität, ist es ausser ihr — wissenschaftlich nichts. Ich anerkenne den praktischen Wert selbstgesetzter Ziele und gebe selbstverständlich zu, das solche Ziele einer wissenschaftlichen Grundlage bedürfen, auf wissenschaftlicher Erforschung der Bedingungen und Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung beruhen, mit den erkannten Regeln dieser Entwicklung im Einklang stehen müssen, um sich als richtunggebend bewähren zu können. Was ich aber nicht zugeben kann, ist, dass solche Ziele dadurch, dass sie diese Bedingungen erfüllen, integrierende Teile derjenigen Wissenschaft werden, um die es sich hier handelt: der Socialwissenschaft.

Das Bestimmungsgebiet der Wissenschaften ist, je nach dem Gegenstand derselben, ein sehr verschiedenartiges. Darum können einheitliche Formeln, die wir für den Begriff Wissenschaft aufstellen und wie sie Ke. in dem ersten der oben citierten Sätze niederlegt, auch nur für das Formale, nicht aber für das Materielle oder Substantielle der verschiedenen Wissensgebiete gleiche Tragweite beanspruchen. „Wissenschaft“, sagt Ke., „ist die Production allgemeiner Gesetzmässigkeit in Natur und Gesellschaft.“ Aber er wird mir zugeben, dass die Gesetzmässigkeit in der Natur grundverschieden ist von den Gesetzmässigkeiten des gesellschaftlichen Lebens. Ueber die erstere, deren Object wir nicht gemacht haben, können wir mit viel grösserer Sicherheit sprechen, als über die letztere, deren Object — die Gesellschaft — Product unseres Eingreifens ist. Ke. glaubt mir den Satz entgegenhalten zu dürfen: „Dem Socialismus den reinen Wissenschaftscharakter absprechen, weil er auch aus dem Willen erwächst, heisst nichts anderes, als der Mathematik den wissenschaftlichen Charakter absprechen, weil sie blos ein Product des thatsachenlosen Denkens sei.“ Zunächst muss ich bestreiten, dass die Mathematik Product des thatsachenlosen Denkens ist, obwohl ich selbstverständlich zugebe, dass neue mathematische Sätze von zwingender Beweiskraft durch Denken ohne die Grundlage neuer Thatsachen zu stande kommen. Die Mathematik hat es eben mit reinen Formen, Mengen und Kraftbeziehungen zu thun, die sich mit blosser Hilfe der Logik weiter entwickeln lassen. Ihr sind die Inhalte der Formen, die Substanzen der Mengen, die Objecte der Kraftbeziehungen gleichgiltig. Sie ist deductiv, während die Socialwissenschaft im engeren Sinne heute wesentlich inductiv-empirischen Charakters sein muss, soll man sie überhaupt als Wissenschaft bezeichnen können.

Kann aber etwas, was wir wollen, jemals reine Wissenschaft sein? Was schon ist oder ausser allem Zweifel steht, brauche ich nicht zu wollen, kann ich vernünftiger-

⁷⁾ „Die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, das heisst der sociale Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Bewirkung dieses Fortschritts.“ (Zur Geschichte und Theorie des Socialismus; pag. 234.)

weise garnicht wollen, denn dadurch würde ich unterstellen, dass es nicht ist oder zweifelhaft ist. Ich kann nicht wollen, dass das Quadrat der Hypotenuse den beiden Kathetenquadraten gleich sei. Ich kann nicht wollen, dass das römische Weltreich am Missverhältnis seiner Ausdehnung und seiner inneren Zusammensetzung zu Grunde gegangen ist. Ich kann ferner nicht wollen, dass am 8. April 1902 eine partielle Sonnenfinsternis sein wird, nachdem die Astronomen das Eintreten einer solchen berechnet haben. Ich kann aber wollen, dass Ausbeutung, Unterdrückung und Not von der Erde verschwinden und der Collectivismus herrsche. Ich kann es wollen, weil es nicht ist und keine unbedingte Gewissheit vorliegt, dass es sein wird. Aber weil diese Gewissheit nicht nachweisbar ist, ist auch die Lehre, die es postuliert, keine reine Wissenschaft, selbst wenn sie seine Wünschbarkeit, Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit wissenschaftlich beweisen kann. Wo unser Wille in eine Lehre hineinspielt, hört sie auf, reine Wissenschaft zu sein.

Damit ist die Wissenschaft aber keineswegs auf die rohe Empirie eingeschränkt. Ausserhalb der Erfahrung giebt es für mich freilich keine Wissenschaft, aber zur Erfahrung gehören auch die abgeleiteten Gesetze und Regeln der Natur- und Geistesphänomene. Ich spreche deshalb ausdrücklich in meinem Vortrag von der Beschaffenheit und den Beziehungen der Dinge, wozu doch u. a. auch ihr Causalitätsverhältnis gehört, sowie auf Seite 35 von der „Wissenschaft von den Kräften und Zusammenhängen des Gesellschaftsorganismus, von Ursache und Wirkung im Gesellschaftsleben.“ Ferner habe ich auf Seite 22 jenen bornierten Positivismus von mir gewiesen, der die Vorauszeichnung der mutmasslichen künftigen Entwicklung verwirft. Aber angesichts der grossen Complexität der menschlichen Gesellschaft und insbesondere der modernen Gesellschaft, angesichts der ausserordentlichen Vielfältigkeit der sich kreuzenden Kräfte postuliere ich eine principielle Gebietsabgrenzung zwischen Wissenschaft und Vermutung, zwischen Erkenntnis und Tendenz, bzw. dem Wollen, zwischen immanenten und teleologischen Notwendigkeiten — alles Punkte, hinsichtlich deren unsere Litteratur von Verwechslungen wimmelt.

„Aber es ist nur zu wahr, dass im ganzen zeitgenössischen Socialismus immer wieder ein gewisser Neutopismus versteckt liegt. Dies ist z. B. der Fall bei denen, die unausgesetzt das Dogma von der notwendigen Entwicklung wiederholen und so sie schliesslich fast mit einem sicheren Recht auf einen besseren Zustand verwechseln; die von der zukünftigen Gesellschaft des Collectivismus der wirtschaftlichen Production mit allen sich aus dem Collectivismus ergebenden Folgerungen sagen, dass „sie sein werde, weil sie sein müsse“ — die fast vergessen, dass es die Menschen selbst sind, die sowohl durch Kampf um den Staat, in dem sie leben, wie durch Ausbildung ihrer Fähigkeiten diese Zukunft hervorbringen müssen. Selig diejenigen, welche die Zukunft der Geschichte und das Recht auf den Fortschritt im Lichte einer Lebensversicherungspolice betrachten! Diese Dogmatisierer mit billigen Ideen vergessen verschiedene Dinge. Erstens, dass die Zukunft, gerade weil sie die Zukunft ist, die die Gegenwart sein wird, wenn wir die Vergangenheit sein werden, nicht das praktische Kriterium dessen bilden kann, was wir in der Gegenwart thun sollen. Man wird zu ihr gelangen, aber sie ist nicht der Weg, auf dem wir dahin gelangen werden. Zweitens muss die Erfahrung der letzten fünfzig Jahre diejenigen, die des Nachdenkens und der Kritik fähig sind, zur folgenden Ueberzeugung führen; nämlich, dass in dem Masse, als im Proletariat und den kleineren Leuten die Fähigkeit wächst, sich als Partei der Classe zu organisieren, die blosse Probe dieser complicierten Bewegung uns dahin führt, die Entwicklung des neuen Zeitalters nach Massgabe eines Tempo zu begreifen, das gegenüber dem Rhythmus, wie ihn seiner Zeit die vom gestürzten Jacobinismus abgefärbten Socialisten annahmen, ein ziemlich langsames

ist. Nun kann aber angesichts der ungeheuren Compliciertheit der gegenwärtigen Welt und der grossen Ausbreitung des Capitalismus, d. h. der bürgerlichen Form, unsere Voraussetzung über eine so grosse Zeitdistanz nicht anders als unsicher sein.“

So der italienische Socialist Antonio Labriola im dritten Teil seiner Abhandlung über den Geschichtsmaterialismus, des *Discorrendo di Socialismo e di Filosofia*.⁸⁾ Vielleicht glaubt man dem mittlerweile auch in Deutschland gewürdigten Manne, was man mir bestreitet.

Es scheint mir sehr zweifelhaft, ob es wirklich im Sinne des Kantianismus gesprochen ist, wenn Ke. von dem, was ich als Utopismus im besseren Sinne, als speculativen Idealismus bezeichne, sagt, dass es für den Criticismus strengste Wissenschaft sei: die vernunftmässige Erkenntnis eines notwendigen Ziels, das unabweisbar ist, auf das alles Wollen als richtunggebend gelenkt sein muss. Handelte es sich beim Collectivismus bloss um das ethische Princip oder erschöpfte sich der Collectivismus in der Ethik, so könnte ich ihm, mit Abänderung des Wortes strengste in höchste, wohl zustimmen. Aber das ist eben nicht der Fall, und gerade im Socialismus, wie ihn die marxistische Lehre formuliert, nicht der Fall. Da ist vielmehr die Ethik als nebengeordnet, als Folge, nicht als entscheidendes Princip des Collectivismus hingestellt. Und insofern mit Recht, als sich aus der Ethik allein der Collectivismus nun und nimmer begründen lässt. Die Ethik als reine Wissenschaft bleibt im Formalen, sie formuliert Grundsätze, die allgemein gültig sein sollen und deshalb vom Zeitinhalt unberührt bleiben. Ich habe einmal in einem meiner Aufsätze darauf aufmerksam gemacht, dass in unserer ganzen socialistischen Litteratur, die doch alle Augenblicke von Ausbeutung spricht, nicht ein einziges Mal der Versuch gemacht worden ist, diesem Begriff eine genaue Definition zu geben. In meinem jetzigen Vortrag definiere ich ihn als sittlich verwerfliche Ausnutzung eines Menschen durch einen anderen. Aber das ist nur erst eine etwas genauere Begriffsbestimmung, die im concreten Fall noch keine Auskunft darüber giebt, ob eine bestimmte Ausnutzung Ausbeutung ist oder nicht. Engels wiederum liefert uns zwar einen solchen Anhaltspunct, wenn er sagt, dass, sobald die Masse eine ökonomische Thatsache — ich würde lieber sagen: eine ökonomische Beziehung — für unrecht erklärt, dies ein Beweis sei, dass sie infolge Eintretens anderer ökonomischer Thatsachen geschichtlich hinfällig geworden ist; aber er lässt die Frage eben

⁸⁾ Rom, 1898, E. Loescher & Co. An der angeführten Stelle (pag. 152) bemerkt Labriola zu dem Wort Neuutopismus in einer Note: „Neuerdings hat Bernstein in einigen geistreichen Artikeln in der Neuen Zeit sehr geschickt den in den Reihen der Marxisten sich bergenden Utopismus abgehandelt, und viele, denen die Kappe passte, werden sich gefragt haben: schlägt er uns?“

Ich citiere diese Stücke aus Labriola, weil sie dem Leser Gelegenheit geben, zu beurteilen, ob ich berechtigt war, in meinem Vortrage auf Labriola zu verweisen. Die Artikel, von denen Labriola spricht, waren die von mir unter dem Titel: Probleme des Socialismus veröffentlichten Abhandlungen.

Dass zwischen Labriola und mir Meinungsverschiedenheiten bestehen, habe ich ausdrücklich betont. Aber sie können die principielle Uebereinstimmung darüber, dass der Name wissenschaftlicher Socialismus zu falscher Interpretation verleitet, nicht ändern. Jedenfalls musste Labriola doch irgend einen vernünftigen Grund haben, warum er mit so grosser Entschiedenheit jenen anderen Namen — kritischer Communismus — als den „einzig richtigen“ betonte.

Will man K. Kautsky glauben, so wäre das freilich nicht der Fall. Er sucht jene Uebereinstimmung mit der Behauptung abzutrupfen, gerade Labriola habe in seiner Schrift den wissenschaftlichen Charakter des Marxismus aufs klarste und überzeugendste nachgewiesen. Wer Kautskys Methoden nicht kennt, den mag der Einwand verblüffen. Wer sie kennt und genauer zusieht, wird finden, dass Kautsky hier — eins, zwei, drei — die Substantive vertauscht hat und Marxismus sagt, wo Socialismus bezw. Communismus stand.

auch da liegen. Indes lässt sich auf Grund dieses Satzes, dessen relative Berechtigung kaum bestritten werden dürfte — das Rechtsgefühl der Massen ist kein unfehlbarer Richter, aber, wo es andauert, mindestens ein sehr beachtenswerter Zeuge —, das Problem seiner Lösung bedeutend näher führen. Die Ethik allein kann kein Urteil über die sittliche Berechtigung eines ökonomischen Verhältnisses abgeben, sie braucht dazu der Auskunft der Wissenschaft von den ökonomischen Beziehungen. Kann die Wirtschaft, die materielle Grundlage des socialen Lebens, ihrer Aufgabe — der Erzielung des höchstmöglichen Wohlstandes — ohne bestimmte Beziehungen, in unserem Falle also ohne private Unternehmer und Lohnarbeiter, nicht gerecht werden, so kann die Ethik diese Beziehungen nicht schlechthin verurteilen.

Der Beweis nun, dass alle Unternehmerschaft schon geschichtlich hinfällig geworden sei, lässt sich nicht erbringen, noch ist eine solche Behauptung von irgend einem zurechnungsfähigen Socialisten je aufgestellt worden. Darum kann ein socialistisches Ziel, das einen solchen Zustand annimmt, auch nicht als rein wissenschaftlich, geschweige denn als streng wissenschaftlich bezeichnet werden. Hier müssen wir der Geschichte das entscheidende Wort einräumen. Aber als wissenschaftlich festgestellt kann gelten, dass die Unternehmerschaft oder, um das populäre Schlagwort zu gebrauchen, der Capitalismus, in einer ganzen Reihe von Wirtschaftsbetrieben überflüssig, ja, dem wirtschaftlichen Fortschritt hinderlich geworden ist und dass er in anderen sich in steigendem Masse diesem Zustand nähert. Angesichts dieser nachweisbaren Thatsache dürfen wir den Collectivismus trotzdem als ein wissenschaftlich berechtigtes Ideal — und andere Ideale sind Utopieen im verwerflichen Sinne des Wortes — hinstellen und dem ihm zu Grunde liegenden Rechtsprincip richtunggebende Kraft zuerkennen. Angesichts ihrer ist sogar der Collectivismus als das einzig berechtigte Wirtschaftsideal zu bezeichnen.

Aber weil er als Wirtschaftssystem Ideal ist, kann er nicht zugleich auch Wissenschaft sein. Eine Identifizierung von Ideal mit Wissenschaft kann nur den formalen Wissenschaften zuerkannt werden. Auf die dem Socialismus zu Grunde liegende sociale Wissenschaft übertragen, hiesse sie nicht Kantianismus, sondern Hegelianismus, indem sie alsdann auf die Ableitung der Wirklichkeit aus der „Idee“ hinausliefe. Damit wäre der Marxismus umgekehrt. Mit der Socialökonomie aber hatte ich es in meinem Vortrage zu thun.

Kommen wir nun auf die Formel zurück, auf die Ke. seinen Nachweis von der Wissenschaftlichkeit des Socialismus stützt: Ursache — Ziel — Erzielung. Er füllt sie für den marxistischen Socialismus wie folgt aus: Ursache (Causalität des Capitalismus), Ziel (demokratischer Socialismus), Erzielung (Classenkampf). An dieser Formel ist nichts auszusetzen; soweit sie geht, wird sie wohl jeder Socialist unterschreiben, jedenfalls ist sie in meinem Vortrag als selbstverständlich behandelt. Aber wie weit geht sie? Das ist die Frage, um die sich die theoretischen Discussionen in der Socialdemokratie drehen. Die Formel würde auch Rodbertus unterschrieben haben, der in der citierten Schrift, zur Zeit der ärgsten Reaction der fünfziger Jahre, von den „beachtenswerten Schulen und den noch beachtenswerteren Parteien des Communismus“ spricht, mit denen der individualistische Staat „sehr bald sein Compromiss zu machen haben dürfte“⁹⁾, und die Demokratie postuliert. Es ist die weitere Ausfüllung, die in Frage steht, und zwar die weitere Ausfüllung des Mittelgliedes: der Erzielung. Und dies führt uns auf die Auseinandersetzungen über die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts zurück, mit denen wir diesen Aufsatz eröffnet haben.

⁹⁾ a. a. O.; pag. 225.

Wir haben gesehen, wie skeptisch nicht nur Rodbertus, sondern auch Marx seiner Zeit dem allgemeinen Wahlrecht gegenüberstanden. Das Gleiche gilt von Engels. Noch im Jahre 1884 schrieb Engels dem allgemeinen Wahlrecht als dessen einzige, für den Socialismus wesentliche Fähigkeit die zu, Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse zu sein. „Mehr kann es und wird es nicht sein im heutigen Staat.“¹⁰⁾ Engels hat sich überzeugt, dass es mehr sein kann, und hat dies zehn Jahre später, am Vorabend seines Todes, in der Vorrede zu den Classenkämpfen rückhaltlos eingestanden. Heute sind wir nun noch ein Stück weiter, immer deutlicher können wir die grosse sociale Fruchtbarkeit des allgemeinen Wahlrechts und anderer demokratischer Einrichtungen erkennen, eine Fruchtbarkeit, die in keinem principiellen Widerspruch zu den Grundgedanken des Marxismus steht, sondern im Gegenteil dem vielcitirten Satz entspricht, dass die Gewalt eine ökonomische Potenz sei. Nicht als Frucht einer in der Oekonomie liegenden immanenten Notwendigkeit, sondern als Folge des mächtig gestiegenen politischen Einflusses der Arbeiterklasse werden Unternehmerhoheiten verkürzt, Wirtschaftsobjecte der capitalistischen Ausbeutung entzogen. Wir sind da erst in den Anfängen, aber wir können doch erkennen, dass in dem Masse, als diese Entwicklung fortschreitet, die ökonomische Structur der Gesellschaft sich in anderer Weise ausgestalten muss, als das der socialistischen Theorie ursprünglich zu Grunde liegende Entwicklungsschema dies voraussah. Während in der Praxis dem volle Rechnung getragen wird und deshalb, wie ich in meinem Vortrag sage, „die Arbeiterbewegung Position über Position gewinnt und immer sicherer auf bestimmte, selbstgesetzte Ziele vorrückt, ihre Forderungen immer klarer formuliert“,¹¹⁾ bleibt die Theorie hier zurück — sie, der es doch zukäme, die neuen Tendenzen zu erkennen und die weiteren Folgerungen aus ihnen zu ziehen. Aber wo solcher Versuch gemacht wird, stellt sich ihm das Vorurteil entgegen, es gehe den Lebensprincipien der Bewegung an den Kragen. Und mit welchen Mitteln eine engherzige Orthodoxie dies Vorurteil aufzustacheln sucht, haben wir zur Genüge gesehen.¹²⁾ Darum ist es von so grosser Wichtigkeit, über das Verhältnis des Socialismus zur Wissenschaft sich klar zu werden, den übertriebenen Anschauungen von ihrer gegenseitigen Abhängigkeit entgegenzutreten. Wir haben gesehen, welche grosse Zeugungskraft dem allgemeinen Wahlrecht innewohnt, und wir dürfen dies offen aussprechen, denn bei der nunmehr erlangten Stärke der Arbeiterbewegung wäre die Alternative des allgemeinen Wahlrechts für die heutigen Machthaber keineswegs verführerisch. Mit dem Bären, der seine Stärke noch nicht erkannt hat, wird ein Knabe mit der Peitsche fertig; hat er sie erkannt, so bändigt ihn der stärkste Mann nicht. Aber konnte man die Potenz des allgemeinen Wahlrechts vorher wissenschaftlich beweisen? Bedarf die Forderung des Wahlrechts eines solchen wissenschaftlichen Beweises, wo eine zum Bewusstsein ihrer Classenlage gelangte moderne Lohnarbeiterschaft besteht?

Wo eine solche Arbeiterschaft besteht und in den Centren des Landes die grosse Mehrheit der Bevölkerung bildet, bedeutet das allgemeine Wahlrecht die schrittweise sich

¹⁰⁾ Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. 4. Aufl.; pag. 182.

¹¹⁾ Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich?; pag. 17.

¹²⁾ Wie schon im vorigen Heft der Socialistischen Monatshefte bemerkt, ist der Artikel K. Kautskys in Nr. 38 der Neuen Zeit, der scheinbar meinen Vortrag ad absurdum führt, nach demselben System gearbeitet, das ich dort zu kennzeichnen hatte. Gleich am Anfang werden die Sätze in meiner Schrift: „Wissenschaft ist, wenn wir den Begriff streng fassen, lediglich das systematisch geordnete Wissen. Wissen heisst Erkenntnis der wahren Beschaffenheit und Beziehungen der Dinge“ (pag. 32) durch *Unterdrückung* des bei mir nur durch ein Komma vom letzteren Satz getrennten Nebensatzes „und da es, je nach dem Stande der Erkenntnis, stets nur eine Wahrheit geben kann“ der darin gegebenen Qualifizierung beraubt, und dann wird keck behauptet, Wissen heisse nach mir „also die Erkenntnis“

vollziehende Unterwerfung der Staatsgewalt unter ihren Willen. Die öffentliche Gewalt, von der Marx, und genau in diesem Sinne, sagt, dass sie eine ökonomische Potenz sei, ist aber nur der Ausdruck der im Staat den Ausschlag gebenden Willenselemente, und es ist durchaus im Sinne jenes Marxschen Ausspruchs, zu sagen: Der Wille ist eine ökonomische Potenz. Je höher jedoch die Gesellschaft organisiert, d. h. je vielfältiger sie zusammengesetzt ist und je mehr sich das Empfinden ihrer Mitglieder verfeinert, um so weniger lässt sich auf weitere Epochen hinaus die Natur des Gesellschaftswillens, dieser Diagonale aus den verschiedenen, sich kreuzenden Einzel- und Gruppewillen, in allen Punkten wissenschaftlich vorher bestimmen.

Wer sich die Fähigkeit zutraut, sie wissenschaftlich voraus bestimmen zu wollen, dem will ich das Recht zuerkennen, den Socialismus den „rein constitutiven Wissenschaften“ (Ke.) gleichzusetzen. Kann er es aber nicht, und spricht er sich trotzdem das Recht zu, Wagners Bemerkung, es handle sich bei meiner Untersuchung über die Wissenschaftlichkeit des Socialismus um einen Wortstreit, als eine „zu höfliche“ Auslegung zu bezeichnen, so muss er es sich schon gefallen lassen, dass ich diese Bemerkung nicht nur als nicht höflich, sondern auch als unhaltbar höflich, aber entschieden zurückweise.

* * *

Zum Schluss mögen noch einige Bemerkungen über die Tendenz meines Vortrages folgen. Dass sie trotz der schon erwähnten Mängel dem sachkundigen Kritiker nicht verborgen bleiben konnte, zeigen mir die Besprechungen, die er in einer ganzen Reihe von Parteiblättern, so im Anhalter Volksblatt, in der Breslauer Volkswacht, in der Sächsischen Arbeiterzeitung u. a., sowie auch in einigen Fachzeitschriften gefunden hat. Ich suche die principielle Grenze festzustellen, die für den Socialismus zwischen Wissenschaft und Wille besteht, und damit sowohl der Wissenschaft wie dem Willen zu ihrem Recht zu verhelfen. Denn jede Verschiebung der Grenzsteine heisst hier Vergewaltigung, entweder der Wissenschaft oder des Willens, und ein Unrecht gegen beide. Der Socialismus als reine Wissenschaft gedacht ist eine metaphysische, aber keine realistische Vorstellung,

des Dinges an sich“. Hinterher wird dann auch der Satz: „Erkenntnis der wahren Beschaffenheit und Beziehungen der Dinge“ ignoriert, um mir die „primitive chinesische“ Auffassung von der Wissenschaft *unterschieben* zu können, es handle sich bei ihr lediglich um „systematische Zusammenfassung aller bekannten Thatsachen“ ohne Rücksicht auf Causalität. Als ob das Causalverhältnis keine Beziehung der Dinge wäre. So kann dann Kautsky diesen von ihm construierten Chinesen von oben herab über die Zugehörigkeit der Hypothese zur Wissenschaft belehren. Denn wer kennt meine Schrift so genau, um sich zu erinnern, dass ich dort ausdrücklich sage: „Selbst die strengste der exacten Wissenschaften kann für ihre Fortentwicklung der Hypothese nicht entbehren?“ (pag. 22.)

Die Stelle, wo ich dies sage, durfte ein gewissenhafter Kritiker um so weniger ignorieren, als ich dort das, was ich als den erlaubten Utopismus der socialistischen Theorie hinstelle, der wissenschaftlichen Hypothese gleichsetze. Aber was würde aus der Schlusspointe von Kautskys Artikel, dass ich vor dem Utopismus „die Waffen strecke“, wenn der Leser erführe, welcher Art der Utopismus ist, den ich für zulässig erkläre und in welchem Sinne ich ihn für zulässig erkläre? Die Pointe und der ganze Artikel kennzeichnen sich als Spiegelfechtereie, sobald man jene Stelle und das ihr unmittelbar Folgende nachliest. Womit dann allerdings die „immanente Notwendigkeit“ der Unterschlagung meiner Definition erwiesen ist.

Bei der Virtuosität, die Kautsky in diesen Proceduren sich angeeignet hat, wird er es immer wieder fertig bringen, den wirklichen Gedankengang einer Schrift, die er zu vernichten wünscht, in sein Gegenteil zu verkehren und so wenigstens bei dem Publicum, das den Gegner nicht liest oder Kautskys Kritik nicht nachprüft, Tageserfolge zu erzielen. Gönnen wir ihm daher den Triumph, zur Abwechslung einmal seinen ureigenen Boxer hunnenmässig totgeschlagen zu haben.

und der nicht wissenschaftlich begrenzte, nicht durch die wissenschaftliche Erkenntnis geleitete Wille ist ein trügerischer, in allerhand Sümpfe führender Geselle. Geben wir dem Willen ein zu grosses Recht — und das thun wir auch, wenn wir die Wissenschaft in irgend einer Weise unserm Willen unterwerfen, sie unserm Willen zu Liebe, statt kritisch als werdendes, dogmatisch als fertiges Wissen behandeln — so setzen wir uns der Gefahr aus, die Geprellten dieses guten Herrn zu werden. Geben wir aber der Wissenschaft grössere Rechte, als ihr zukommen, so entmannen wir im entsprechenden Grade unsern Willen und machen uns zu Slaven des Glaubens an eine Notwendigkeit, die thatsächlich nicht besteht. Ein Irrtum über das Grenzverhältnis kann also unter Umständen die Ursache von Fehlern und Unterlassungen aller Art werden. Ich brauche hier nur an die Folgerungen zu erinnern, die schon von uns für unsere Praxis aus Ansichten darüber gezogen worden sind, was hinsichtlich der Frage der Lohnbestimmung, hinsichtlich der Entwicklungsgesetze der Landwirtschaft u. s. w. „wissenschaftlich erwiesen“ sei. Ein Irrtum über das Grenzverhältnis hat ferner zur Folge, dass wir uns darauf versteifen, das theoretische Recht des Socialismus von dem Beweis seiner immanenten Notwendigkeit abhängig zu machen, der wissenschaftlich nicht geführt werden kann, statt es realistisch — und darin liegt mein socialistischer „Kantianismus“ — aus der Vernunft des socialistischen Willens, d. h. seiner geschichtlichen, sich aus den gegebenen Verhältnissen und Entwicklungstendenzen ergebenden Zwecknotwendigkeit abzuleiten.

Wie stellen wir uns zur Alkoholfrage?

Von

Rudolf Lebius.

(Dresden.)

Auf dem letzten internationalen Congress gegen den Alkoholismus, der Ostern d. J. in Wien stattfand, erklärte der Vertreter der alkoholgegnerrischen Arbeiter Berlins, dass der diesjährige socialdemokratische Parteitag in Lübeck die Alkoholfrage behandeln werde. Diese Behauptung trifft nicht zu. Der Mainzer Parteitag hat es abgelehnt, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Der Beschluss mag wohl die Alkoholgegner gewaltig verstimmt haben, er war aber vielleicht der vernünftigste, der gefasst werden konnte. Die Mainzer Delegierten mögen instinctiv herausgefühlt haben, dass die ganze Sache noch nicht spruchreif ist. Wie soll man denn debattieren, wenn das Für und Wider nicht in markanter Weise zum Ausdruck gebracht wird? Verhältnismässig am inhaltreichsten äusserte sich auf dem Mainzer Parteitag bei dieser Gelegenheit Genosse Wurm zu der Alkoholfrage. Er sprach gegen die Totalenthaltbarkeit. Von den Alkoholgegnern trat ihm niemand mit gleichwüchsigen Gedanken entgegen, und damit war eben das Schicksal des Antrages entschieden.

Der Verlauf der kurzen Debatte lehrt aber, dass es die Pflicht unserer Presse sein muss, die Entwicklung der Alkoholfrage etwas aufmerksamer als bisher zu verfolgen und unsere Parteigenossen auf dem laufenden zu erhalten, denn ein Teil der Anschauungen, die Genosse Wurm vorbrachte und die keine Widerlegung fanden, entspricht thatsächlich nicht mehr dem heutigen Stand der Kenntnisse über den Alkoholismus. Nach dem Parteitagsprotokoll sagte Genosse Wurm u. a.: „Die beste Bekämpfung des Alkoholismus ist, dass man das Volkselement mit der Wurzel ausschneidet, dass man dem Volke bessere Wohn- und Ernährungsverhältnisse schafft.“ Dieser Standpunct ist einfach unrichtig. Wäre er zutreffend, so müssten die Gesellschaftsclassen, die heute

bereits in besseren Wohn- und Ernährungsverhältnissen leben, gegen die Verheerungen des Alkoholismus gefeit sein. Wir brauchen aber bloss die Augen aufzumachen, dann finden wir, dass der Alkoholismus vor den Thüren der begüterten Classen nicht Halt macht. Viele Arbeiter verfallen erst dann dem Alkoholismus, wenn sie sich selbständig machen und Meister werden, also wenn sie damit gewöhnlich in bessere Wohn- und Ernährungsverhältnisse gelangen. Als Arbeiter pflegten sie sich nur dann und wann einen Rausch anzutrinken. Sie waren im grossen und ganzen schon deshalb mässig, weil zum öfteren Rausch das Geld nicht langte. Ihre Armut wurde ihr Schutz. Als Meister aber gewöhnen sie sich an den regelmässigen Alkoholgenuss. Sie trinken alkoholartige Getränke zu den Mahlzeiten, gehören bald diversen Stammtischen an und müssen auch sonst, wie sie überzeugt sind, des Geschäfts wegen des öfteren Wirtshäuser und Vergnügungsvereine aufsuchen. Der ehemals wohlgewachsene Arbeiter wird dann dick und fett, leber-, herz- und nierenleidend und bietet schliesslich das aus dem Simplicissimus wohlbekannte Bild des selbstbewusststen und wohlbelebten Handwerksmeisters und Hausbesitzers. In ähnlicher Weise verfallen auch die ziemlich sorgenfrei lebenden mittleren Beamten den schädlichen Folgen der Trinksitte.

Die besseren Wohn- und Ernährungsverhältnisse geben demnach für den Alkoholismus beinahe einen noch besseren Nährboden an, als die Armut. Freilich, beginnt der schlecht Genährte gewohnheitsmässig zu trinken, so ruiniert er sich rascher als der gut Genährte. Der letztere entgeht seinem Schicksal aber auch nicht. In besseren, ja, in sehr guten Wohn- und Ernährungsverhältnissen lebt der grössere Teil der akademisch Gebildeten, und doch stellt diese Gesellschaftsschicht einen unverhältnissmässig hohen Procentsatz von Gewohnheitstrinkern. Man behauptet wohl nicht zu viel, wenn man sagt, dass fast alle Akademiker, die die Trinkschule und den Saufdrill einer farbentragenden Studentenverbindung durchgemacht haben, als Alkoholiker im medicinischen Sinne gelten können. Auch im deutschen Heere grassiert der Alkoholismus, obgleich von einer Verelendung der Massen hier keine Rede sein kann. Viele junge Leute bilden sich erst beim Militair zu Schnapstrinkern aus, wie mir aus eigener Beobachtung bekannt ist. Wie die Mannschaft, so steht auch das Officiercorps im Banne der Trinksitte. In den Officiercasinos ist die Trinksitte vielfach zu einem militairischen Trinkzwang ausgeartet. Ein jüngerer Officier würde geradezu die gesellschaftliche Föhlung mit seinen Cameraden und Vorgesetzten verlieren, wenn er alkoholenthaltsam leben wollte. Die Liebesmähler mildern und versöhnen auch die Härten der militairischen Disciplin.

Wir sehen also, dass, entgegen der Ansicht des Genossen Wurm, nicht das Volkseleud die Ursache des Alkoholismus ist. Dem Alkoholismus unterliegen Reiche wie Arme. Wenn wir aber das erkannt haben, so müssen wir uns sagen, dass auch die socialistische Gesellschaft an sich keinen Schutz gegen die Trunksucht bieten wird. Auch im Zukunftsstaat ist die Fortdauer des Alkoholismus durchaus denkbar. Die Trunksucht hat deshalb mit der Lohnfrage sehr wenig zu thun, und die bequeme Meinung, man brauche sich mit dem Alkoholismus nicht zu befassen, weil er mit der Verwirklichung unserer wirtschaftlichen Ideale von selbst verschwinden werde, ist nicht stichhaltig. Schon heute müssen wir gegenüber der Trunksucht Farbe bekennen, zumal ja von den meisten Parteigenossen anerkannt wird, dass dort unsere Bewegung die langsamsten Fortschritte macht, wo wir auf eine schnapstrinkende Arbeiterschaft stossen. Das Nebeneinanderbestehen von Armut und Schnapspest soll nach der geltenden Ansicht in unseren Reihen ein Beweis dafür sein, dass die Armut die Schnapspest erzeugt. Liegt aber hier nicht eine Verwechslung

von Wirkung und Ursache vor? Ist es nicht wahrscheinlicher, dass der fortgesetzte Schnapsdusel die Arbeiterschaft unfähig gemacht hat, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erobern? Auch diese Erwägung muss uns dahin führen, der Alkoholfrage nicht länger mit verschränkten Armen gegenüber zu stehen. Wir müssen sie nicht zu den Acten legen, die sich durch Liegenlassen von selbst erledigen. Die Trunksucht hat ein Recht auf unsere Gegenwartsarbeit.

Wenn sich nun die Socialdemokratie mit der Lösung der Alkoholfrage abgiebt, so wird sie sich bei dieser Thätigkeit nicht von sogenannten ethischen, moralischen oder gar religiösen, sondern nur rein praktischen Gesichtspunkten leiten lassen. Nicht als Asketen, sondern eher schon als Epikuräer wollen wir die Alkoholfrage prüfen. Erkennen wir, dass die Nachteile die Vorteile der Trinksitte überwiegen, dann fort mit dem Alkohol. Wir müssen es machen wie die Kaufleute, die unter Soll und Haben Einnahmen und Ausgaben buchen und auf Grund dieser Statistik einen Ueberblick gewinnen, ob sie zu ihrem Vorteil arbeiten. Erkaufen wir uns das bisschen erhöhten Lebensgenusses, den uns der Alkoholgenuss bringt, zu teuer, so wäre es ja unrationell, so weiter zu wirtschaften.

Nachdem man sich auf dem beschwerlichen Pfadsuchen durch das Labyrinth der Alkoholfrage bis hierher durchgefunden hat, beginnen erst die eigentlichen Schwierigkeiten. Die einfachste Lösung der Frage, das gesetzliche Verbot von Alkoholproduction und Alkoholverbrauch, was die fanatischen Alkoholgegner fordern, ist undiscutabel. Der Alkoholismus haftet mit zahlreichen Wurzeln in unserem socialen Leben. Will man ihn entfernen, so muss man alle diese Wurzeln kennen und einzeln loslösen. Der Alkoholismus ist demnach nicht eine Frage, sondern eine Reihe von Fragen: ein Problem.

In erster Linie stellt sich die Meinungsverschiedenheit über den Nutzen oder Schaden des Alkoholgenusses als ein rein medicinischer Streit dar, der nur von der medicinischen Wissenschaft ausgetragen werden kann. Wir sehen, dass auf den Antialkoholcongressen namhafte medicinische Gelehrte und zahlreiche Irrenärzte den Alkohol als ein gefährliches Gift erklären und vor seinem Genuss warnen. Andererseits sehen wir, dass ein grosser Teil der practicierenden Aerzte fortfährt, Genesenden zur Stärkung alkoholhaltige Getränke zu verschreiben. Dieser Zwiespalt in den Reihen der Sachverständigen überträgt sich natürlich auch auf das Volk. Wären die Mediciner in der Beurteilung des Alkohols einig, so läge die Alkoholfrage bedeutend einfacher. Da sie es nicht sind, so müssen sich auch die Nichtfachleute mit ihr befassen. Soweit ihre eigene Person in Frage kommt, nehmen auch heute schon zahlreiche Nichtmediciner zum Alkohol Stellung. Wir finden, dass viele Leute, namentlich Kopfarbeiter, auf Grund von Selbstbeobachtung den Alkoholgenuss wenigstens vormittags meiden und erst abends nach gethener Arbeit ihrem Gotte Bacchus opfern. Sie haben eben die lähmende Eigenschaft des Alkohols erkannt und vermeiden es, sich durch ihn in ihrer Arbeitsleistung schädigen zu lassen.

Wie sich die Männer der Wissenschaft das Zustandekommen der Vergiftungserscheinungen durch Alkoholgenuss erklären, mag hier der Vollständigkeit wegen noch kurz angedeutet werden.¹⁾ Der Alkohol besitzt die chemische Eigenschaft, mit Begierde Wasser anzuziehen. Diese Eigenschaft bethätigt er auch an den Zellen, aus denen sich der menschliche Körper aufbaut. Dem in einer eigentümlichen Quellung mit Wasser befindlichen Zellprotoplasma entzieht der Alkohol, der sich nach dem Genuss auf den Blutbahnen überall im

¹⁾ Näheres im Protokoll über den 5. internationalen Congress zur Bekämpfung des Missbrauchs geistiger Getränke zu Basel 1895. Vortrag von Dr. Justus Gaule, Professor der Physiologie an der Universität Zürich; pag. 24.

Körper verteilt, das Wasser. Die Zellen schrumpfen und werden an der Entfaltung ihrer Lebensthätigkeit gehindert. Zuerst stellen die compliciertesten ihre Verrichtungen ein (Ganglienzellen des Gehirns), dann immer etwas später in der Reihenfolge alle bis zu den einfachsten. Aus diesem physiologischen Vorgang wird es klar, warum der Alkohol zuerst die Urteilkraft lähmt, dann die Coordination, d. h. das Zusammenwirken der Bewegungen, dann die Reflexe u. s. w.

Wegen der medicinischen Seite der Alkoholfrage haben manche Parteigenossen die Alkoholfrage der Impffrage oder der Naturheilbewegung gleichstellen wollen. Sie erklären, dass derlei Angelegenheiten unmöglich auf dem Parteitag einer politischen Partei erörtert werden könnten. Hierbei handelt es sich aber offenbar um eine Verkennung des Wesens der Politik. Jede Angelegenheit kann zu einer politischen werden, sobald der Wunsch besteht, auf sie mit Hilfe der Gesetzgebung einzuwirken und dieser Wunsch von einer politisch in Betracht kommenden Macht getragen wird. Der Wunsch, auf den Alkoholismus mittels der Gesetzgebung einzuwirken, besteht aber. Die Alkoholgegner wünschen Alkoholproduction und Alkoholverbrauch gesetzlich zu verbieten. Ausserdem ist die Alkoholfrage bereits überall dort eine politische Angelegenheit geworden, wo die Volksvertretungen Geld für Trinkerheilanstalten, Irrenhäuser und Gefängnisse zu bewilligen haben, da diese Ausgaben indirect durch den Alkoholismus ganz oder teilweise entstehen. Interessant sind in dieser Hinsicht eine Anzahl von Mitteilungen, die auf dem diesjährigen Antialkoholcongress gemacht wurden.²⁾

Privatdocent Dr. Löffler, Gerichtssecretair in Wien, theilte mit, dass 1897 allein in Wien 258 Personen wegen gewaltsamen Widerstandes gegen obrigkeitliche Personen verurteilt wurden; davon seien 198 zur Zeit der That erwiesenermassen betrunken gewesen. Wegen schwerer Körperverletzung wurden 130 verurteilt, wovon 75 betrunken waren. Die Alkoholisierten erhielten trotz Zubilligung mildernder Umstände 294 Jahre Kerker zugemessen. Von den Majestätsbeleidigern waren 55 %, von den Gotteslästerern 50 % betrunken. Durch die Internierung erwachsen dem Volke grosse Ausgaben, noch grösser aber sind die Schädigungen, die der Volkwohlstand durch den Fortfall der Arbeitskraft der der Freiheit Beraubten erleidet. Der Professor des Strafrechts an der Wiener Universität, Dr. Karl Stöckl, trat dafür ein, dass der Staat im criminalpolitischen Interesse den Alkoholismus bekämpfen müsse, und empfahl die Unterbringung und Cur der Alkoholiker in Heilanstalten auf Staatskosten. Dr. L. Frank, Director der Irrenanstalt in Münsterlingen (Schweiz), befürwortete staatliche Anstalten für unheilbare und Privatanstalten für heilbare Alkoholisten. Nach den Ausführungen des Regierungsrates Dr. Tilkowski, Directors der niederösterreichischen Landesirrenanstalt in Wien, erreichte in der Wiener Landesirrenanstalt in den Jahren 1894 und 1895 die Zahl der Alkoholiker die auffällige Höhe von 40,3 %. Diese Erscheinung ist nach dem Redner darauf zurückzuführen, dass der Reichsrat keine Zeit gefunden hatte, die vom niederösterreichischen Landtag bewilligte 100 000-Fl.-Forderung für den Bau einer niederösterreichischen Trinkerheilanstalt verfassungsmässig zu erledigen.

Man sieht, dass die amtlichen politischen Körperschaften bereits wider ihren Willen gezwungen sind, sich mit der angeblich unpolitischen Alkoholfrage zu befassen. Wenn aber die officiellen politischen Körperschaften in der Praxis genötigt sind, dem Alkoholismus näher zu treten, so erwächst den politischen

²⁾ Wir folgen hier dem Berichte der Neuen Freien Presse in Wien, da ein Protokoll noch nicht erschienen ist.

Parteien die Pflicht, ihre Stellung zu dieser Frage auch theoretisch zu klären. Welches Ergebnis die Klärung hat, kommt in zweiter Linie in Betracht. Sollte sie die Mehrheit geneigt machen, den Alkohol dem freien Verkehr zu entziehen, so wird erörtert werden müssen, wie das am besten zu bewerkstelligen wäre.

Vorerst müsste eine Abrechnung mit den Berufsschichten des Volkes erfolgen, die durch die Entwertung und Beseitigung des Alkohols einen Verlust in ihrem Einkommen erleiden. Hierher gehören die Weinbergbesitzer, Küfer, Weinhändler, Wirte, Gastwirtsgehilfen, Gersteproduzenten, Brauer, Brauereiarbeitgeber, Kartoffelproduzenten, Brenner, Destillateure und Colonialwarenhändler. Der Widerstand dieser Erwerbsklassen wird geradezu erbittert sein, weil sie durch das Verbot der Alkoholproduction und des Alkoholconsums brotlos werden.

Im Gegensatz zu der Mehrheit des Wiener Antialkoholcongresses bin ich der Ansicht, dass eine Loslösung dieser Eigentums- und Erwerbsverhältnisse am besten auf dem Umwege des Staatsmonopols zu erreichen ist. Gewiss ist auch nachher der Staat an dem Fortfliessen der Einnahmequelle aus dem Alkoholmonopol interessiert. Diese parlamentarische Opposition gegen die Alkoholbeseitigung ist aber als durchaus geringfügig zu veranschlagen im Vergleich mit der wahrscheinlich fanatischen Gegnerschaft der Winzer, Brauereibesitzer und Kartoffelbrenner.

Des weiteren wäre zu erwägen, wie die durch die Abschaffung des Trinkzwanges und der Trinksitte voraussichtlich eintretende Schädigung des öffentlichen Lebens abzuschwächen sei. Zur Zeit liegen die Verhältnisse so, dass es für die Socialdemokratie gar kein grösseres Unglück geben könnte, als wenn alle Parteigenossen Abstinenzler würden. Ihre Gegnerschaft gegen Wein, Bier, Schnaps würde sie veranlassen, die Wirtschaften zu meiden, wodurch sie die Fühlung mit ihren Freunden und den Einfluss auf ihre indifferenten Collegen verlieren würden. Die geselligkeitsfrohen Parteigenossen verwandelten sich in Einsiedler. Die Wirte, die Versammlungssäle besitzen, würden den mässigen Selterwasser- und Kaffeetrinkern bald ihre Gunst entziehen. Im Umsehen sässen wir auf der Strasse, und die sociale Frage wäre gelöst — im Sinne der Scharfmacher.

Derartige darf natürlich nie eintreten. Die Abstinenz darf nicht dazu führen, im geringsten das öffentliche Leben zu beeinträchtigen. Wir müssen uns freuen, dass der Arbeiter das Bedürfnis empfindet, nach der Arbeit in die Wirtshäuser zu gehen, wo er mit Berufsgenossen und Classengenossen seine Gedanken austauschen kann. Nicht nur der Communismus der Arbeit, auch der Communismus des Genusses weckt sociale Tugenden. Wir müssen uns freuen, dass der Arbeiter lieber in der comfortabel eingerichteten Wirtsstube als in seiner öden Dach- oder Hofwohnung zu sitzen das Bedürfnis hat. Nicht freuen dürfen wir uns aber darüber, dass der Arbeiter seinen social wertvollen Geselligkeitstrieb nur mittels einer Gesundheitsschädigung — durch Genuss alkoholhaltiger Getränke — befriedigen kann. Unser ganzes öffentliches Leben beruht leider auf der Trinksitte. Verzehrt muss etwas werden, wenn keine Alkoholica, so doch fades Selterwasser oder Nachtruhe raubender Kaffee, denn nur auf diesem Wege erkaufte man sich das Benutzungsrecht der Gasträume und der Zeitungen des Wirtes.

Es giebt nun zwei Wege, das öffentliche Leben auf eine gesündere Basis zu stellen: entweder errichten der Staat, die Gemeinden, die Gewerkschaften, Genossenschaften, Vereine u. s. w. trinkzwangfreie Erholungsstätten, Versammlungssäle, Lesehallen, Clubhäuser, Gewerkschaftshäuser — oder die Privatwirte müssen für die Benutzung ihres Locals und der Zeitungen direct entschädigt werden unter Ausschaltung des Umweges des Alkoholgenusses und überhaupt

des Verzehrungszwanges. Die Wirte müssen dazu übergehen, Eintrittsgeld oder Platzgebühr zu erheben. Das vielgestaltige praktische Leben weist Ansätze nach dieser Richtung in Fülle auf. Es giebt bereits vielfach Lesehallen, die keinen Wirtschaftsbetrieb haben und durch Erhebung von Eintrittsgeld ihren Verdienst finden. In den vegetarischen Speisehäusern ist der Trinkzwang abgeschafft; der Esszwang besteht dagegen. In vielen öffentlichen Anlagen befinden sich Stühle, für deren Benutzung Platzgebühr zu erlegen ist. Die Münchener Abstinenten haben eine Brauerei veranlasst, ihnen den Aufenthalt in dem Bierpalast der Brauerei gegen ein Stuhlgeld zu gestatten. Mit dem Stuhlgeld erwerben sie das Recht, den Bierconcerten anzuwohnen und die Zeitungen lesen zu dürfen. Auch in den Caféhäusern ist der Alkoholtrinkzwang beseitigt.

Wenn man den Wirten so praktisch die Möglichkeit giebt, auch ohne Alkoholconsum einen Verdienst herauszuschlagen, werden sie ihr Geschäft den veränderten Verhältnissen sicher anpassen.

Aus dieser Sachlage geht hervor, dass eine einseitig theoretisch aufklärende Agitation in der Alkoholfrage vor der Hand nicht im Parteiinteresse liegt. Man entfremdet dadurch die Parteigenossen dem Wirtshaus und damit der politischen Bewegung. Dagegen sollten die Parteigenossen dem Alkoholismus den Wind aus den Segeln nehmen, indem sie in den Parlamenten und Gemeindecolliegen für die Errichtung trinkzwangsfreier Erholungsstätten, Versammlungssäle, Stadtsäle u. s. w. eintreten. Bei dem Bau von Gewerkschaftshäusern müsste ebenfalls auf die Umgehung des Trinkzwanges Bedacht genommen werden. So lange freilich Gewerkschaftshäuser vorzugsweise mit dem Geld der Grossbrauereien aufgeführt werden, ist wenig Hoffnung dazu vorhanden. Einen Beweis hierfür liefert das Berliner Gewerkschaftshaus, das dem Berliner abstinenten Arbeiterverein seine Pforten verschloss. Bei dem Abschluss von Verträgen mit den Brauereien muss deshalb einige Vorsicht beobachtet werden. Unser Kampf gegen den Alkoholismus wird in erster Linie vorläufig ein Kampf gegen den Trinkzwang sein. Aus Angst vor der Ungnade der Wirte in der Alkoholfrage indifferent wie bisher zu bleiben, wäre Feigheit. Die Socialdemokratie stellt hohe Anforderungen an die einzelnen Parteigenossen und darf nicht dulden, dass sich diese zu ihrem hohen Missionswerk durch das Gehirngift Alkohol untüchtig machen, denn von der Qualität unseres Gehirns hängt unser Sieg ab. Krüppel — sagte sehr richtig ein Redner auf dem Wiener Antialkoholcongress — können nicht siegen. Der Enthaltbarkeit gehört die Zukunft. Die Socialdemokratie sollte also die geborene Vorkämpferin gegen den Alkoholismus sein.

Die Schritte.

Von

Camille Lemonnier.

(Brüssel.)

In der schlaftrunkenen Morgendämmerung des Winters wälzt der Elende, den statt der Uhren der harte Schrei der Hähne erweckt, mit der Klage: Ach, schon, schon die Schritte, und der Tag hat noch nicht einmal an die Scheiben gepocht! sein müdes Haupt auf den Kissen hin und her. Mit Schauern hört er sie auf dem tönenden Pflaster der Stadt und in den stummen Feldern schallen, wie das Läuten des Totenglockleins, hört er sie gleichsam mit dumpfen Schlägen einen Trauerwirbel schlagen und während einer ganzen langen Zeit — auch dann läuten die Glocken.

auf den Kirchtürmen — hämmernd das nächtliche Schweigen in den Sarg nageln.

Ich, der ich seit Anbruch der Dämmerung schon durch die Gewissheit ihres fatalen Herannahens gequält werde, ich füge mich dem Zwang, auf sie hören zu müssen — seit Jahren schon, seit meiner ersten Kindheit, — auf sie, die immer zu der nämlichen Stunde an meinem Fenster vorüberkommen. Mir scheint es, als hätten sie seit Jahrhunderten nicht aufgehört, so zu gehen, als hätte der Sonnenaufgang längst vergangener Tage sie gesehen, wie der Sonnenaufgang unserer Tage, wie sie sich in langen Reihen durch den Staub der Strassen fortbewegen, durch den Staub zermalmtcr Knochen, wie Wanderungen aller Rassen nach fernen Hoffnungen. Zuerst — wer könnte wohl daran zweifeln, dass es der Schritt eines sehr alten Mannes ist, der früher aufgestanden, als die anderen, da er weiss, dass sein Tag kürzer sein wird? — erkenne ich die schwerfälligen, müden Holzschuhe des ersten, der vorüberkommt, — die Holzschuhe, die allen anderen vorangehen, gleich einem Patriarchen, der umherirrenden Stämmen den Weg bahnt. Wer niemals diesen Schritt vernommen hat, wie er leise aus der Ferne daherkommt und immer lauter wird und sich endlich wieder in die Ferne verliert, — kann die tiefe Trauer menschlicher Knechtschaft nicht ermessen. Geheimnisvoll und flüchtig ist er, als käme er aus dem Schoss der Zeiten, der Unstäte, der ruhelos seinen Weg verfolgt in der düsteren Morgendämmerung. Und ach! es ist wohl ewig derselbe müde, lässige Schritt, derselbe Schritt, der gleichsam in einer Lethargie wandelt und dann fraglos, wie unvermeidlich, sich in Schweigen auflöst. Sagt mir, ihr mit dem schlechten Gewissen, ist es so nicht zuweilen in euch, und ist nicht die Reue dieser schwere, wuchtige Schritt, der erbarmungslos in den schwarzen Falten eurer Seele unselige Erinnerungen wachruft? Oder irgend ein Totengräber, der geht, um einem noch frischen Verbrechen in einem Winkel des Kirchhofs ein Grab zu graben? Oder sollte es nicht gar der Tod selber sein, der die Massen zu dem Sühnopfer, zu den Hekatomben führt? Jetzt sind sie vorüber; aber andere erwachen, sie klingen wie Schlägen und Hämmern, in Wahrheit gerade diejenigen, — zweifelt nicht daran, — die zu eurem verhärteten Stolz und eurem bis zum Ekel gesättigten Hunger beim Morgengrauen des Socialismus die Trommeln schlagen werden, ihr, meine Brüder, die ihr das Morgen verachtet! So führt jeder dieser Schritte wie an ein fernes, aber doch bestimmtes Ziel, zum Tode, und jeder von ihnen verkürzt die Zeit, die zwischen dem Tode und dem Menschen nur gerade so viel Raum lässt, wie der, in dem sich das Tier bewegt, wenn der Schlächter schon das Beil schwingt, — und vielleicht scheinen sie dir gerade deshalb wie verhängte Trommeln zu klingen, du mein trauriger Gedanke an die Morgendämmerung des Winters! Die Zeit wird mit unerbittlichen Sensen in der Menge mähen Und Weinlese halten in ihrem armen Weinberg des Elends Und wird sie grausam qualvoll betten, damit die Leichenhäuser nicht Feierstunde halten und die roten Hospitäler überfüllt seien. Denn ist sie nicht die notwendige Beute der Beinhäuser, denn nährt sie nicht lebend die gewaltige Gefrässigkeit der Würmer — diese geschäftige Plebs, die seit Anbeginn der Morgendämmerung mit ihren schweren Holzschuhen unseren Schlaf schreckt und geht, um dem Entsetzen der Sündflut zu trotzen?

Die Schlote der Fabriken und ihre gefesselten Elemente — aber sie reissen sich los, — der schlafende Vulcan der Bergwerke, die Walzen und die Schraubstöcke der tückischen Maschinen, sie alle bringen dir Schmerzen und wieder Schmerzen, du elender Haufe, nur damit unser Mitleid — aber wiegt es wohl das deine auf, der du uns die Illusion lässt, Vergehen ohne Zahl wieder gut zu machen? — deinen staubgewordenen Wirbelknochen, deinem zerfetzten Fleisch und deiner blutigen Verwesung ein festliches und öffentliches Leichenbegängnis bereite.

. . . . Zwischen den schweren und schwerfälligen Schritten von heute morgen waren auch einige kleine, rasche und leichte (wisst ihr, fast freudige, als ginge es zu einem Fest!), ja, es waren auch Schritte von Kindern und jungen Mädchen darunter. Denn wisst, man muss sie jung nehmen, da auch ihr Leben kein Morgen hat. Und . . . und (jetzt ist es Zeit, zu weinen, ihr Augen!) hat der Tod nicht, wie zu einem Feste, mit ihren Knochen ein herrliches Feuerwerk entzündet?

Durch die schlaflose Morgendämmerung schleichen die Holzschuhe wie die Schritte eines Nachtwandlers dem Abgrund entgegen. Wie weiche Schritte auf der Erde des Kirchhofs, wie hallende Schritte über der verdeckten Leere eines Brunnens.

Socialistisches aus der Natur.

Von
Curt Grottewitz.
(Berlin.)

Es ist ganz unmöglich, es leugnen zu wollen. Aber es wird selten von uns, die wir der Volksherrschaft das Wort reden, direct ausgesprochen: die heutige Naturauffassung ist ganz und gar unsocialistisch, sogar antisocialistisch. Es besteht allgemein die Anschauung, dass in der Natur ein crasser Egoismus herrscht, und dass es darum ein naturwidriges Unterfangen sei, die Selbstsucht des Menschen einschränken zu wollen. Darwins Lehre wird von vielen als der schlagendste Beweis für die Verkehrtheit socialistischer Ideen angesehen.

Nach meiner Ansicht ist Darwins Lehre im wesentlichen unrichtig und im ganzen übertrieben. Es fragt sich aber, ob man überhaupt aus der Naturwissenschaft Folgerungen für die Ethik und Politik ziehen kann. Kann das Verhalten der Tiere, die Biologie anderer Lebewesen für den Menschen massgebend sein? Das Tier ist in ziemlich stabile Verhältnisse gebannt, es kann aus ihnen nicht heraus. Der Mensch dagegen hat durch die gewaltige Ausbildung seines Geistes die Möglichkeit bekommen, seine Lage zu ändern. Seine Wünsche werden zu Zielen, und die Ziele lassen sich durch zweckentsprechendes Handeln in vielen Fällen erreichen. Sehen wir, dass Selbstsucht die Menschheit zerfleischt, der Arbeit den Lohn entzieht, die Jugendkraft lähmt, das Genie in Ketten zwingt, nun, so werden wir diese Selbstsucht, das System, das diese so frei schalten lässt, zu beseitigen suchen. Warum denn die Natur sich zum Beispiel nehmen? Mag sie doch thun, was ihr beliebt. Aber uns lasse man, zu bestimmen, was der Menschheit gut ist. Ob andere Lebewesen anders verfahren oder nicht, das kann uns ganz gleichgiltig sein.

Aber es ist auch ein Unterschied zwischen dem, was die gerade herrschende Naturauffassung darstellt, und dem, was in der Natur wirklich vorhanden ist. Naturauffassungen wechseln, mindestens alle halben Jahrhunderte folgt eine neue der alten. Bald stecken in der lebenden Natur Götter, die jedem

irgend etwas Gutes oder Böses anhängen, bald verkriechen sie sich in die Seelen der Abgeschiedenen, bald ist die Natur der vollkommene, von Menschenqual unberührte Friedengarten, bald ist sie ein Teil der überall ihr Wesen treibenden, in Ideen arbeitenden Weltenseele, nun ist sie der Raubtierstaat, in dem Mord und Totschlag zur Entwicklung des „Besseren“ führen. Wer Ethik und Sociologie sich nach der gerade herrschenden Naturauffassung einrichten will, dem kann es passieren, dass er für das Wehe und nicht für das Wohl der Menschheit eintreten muss. Warum aber sollen wir für unser Handeln und unsere socialen Ziele die Entwicklung anderer Wesen massgebend sein lassen? Brauchen wir uns hierin um etwas anderes zu bekümmern als um die Zukunft des Menschengeschlechts? Selbst die Urgeschichte des Menschen muss für unsere heutige Ethik und Gesellschaftseinrichtung belanglos sein. Es bereitet manchem ein Vergnügen, auf einen „communistischen“ Zustand des Urmenschen hinzuweisen. Möglicherweise hat es einigen „taktischen“ Wert, den Gegnern zu erzählen, der Socialismus ist nichts Neues, nichts Unerhörtes, es hat ihn schon früher gegeben. Taktik, was doch wohl dasselbe wie Diplomatie ist (ich meine, einer wird immer dabei hinters Licht geführt), verstehe ich in ihrem Werte nicht zu beurteilen. Von factischem Werte aber ist der urgeschichtliche Communismus gewiss für niemanden. Wenn diese Höhlenbewohner, die doch an Borniertheit kaum viel zu wünschen übrig liessen, den Communismus hatten, der dann wieder aufgegeben wurde, so könnte das vielleicht ein Beweis sein, dass er nichts getaugt hat. Kurzum, für unser ethisches Handeln und sociales Wollen kann nicht die Natur, nicht die Vergangenheit, sondern nur die Zukunft des Menschen, das zukünftige Wohl des Menschen bestimmend sein.

Es muss hier eingeschaltet werden, dass damit nichts gegen eine Lebensführung „nach der Natur“ gesagt sein soll. Hier ist Natur in einem ganz anderen Sinne gebraucht als oben, wo sie etwa Naturauffassung bedeutet. Niemand kann mehr als der Verfasser dieses Essays eine Uebercultur, ein Maschinentum und naturfremde Grossstädtereiei verdammen und für eine Annäherung des Menschen an die Natur, einen gesunden Gebrauch der Glieder, eine ästhetische Liebe zur Natur, ein Freiluftleben u. s. w. eintreten.

Um es recht würdigen zu können, dass die heutige Naturauffassung eben eine Auffassung ist, denke man nur daran, wie Darwin zur Aufstellung seiner Theorien kam. Die Lehre, dass eine Art sich aus der anderen entwickelt, war vorhanden. Lamarck hatte sie deutlich und unzweifelhaft ausgesprochen. Nur seine Begründung sagte nicht zu. Und da kamen Darwin die englischen Verhältnisse seiner Zeit zu Hilfe. Malthus hatte mit seinem Bevölkerungsgesetz den Anstoss gegeben. Die Fabrikarbeiterbevölkerung Englands, die auf schreckliche Weise im Kampf ums Dasein zu Grunde ging, die Passenden, die in Besitz vortrefflicher Eigenschaften (nämlich eines grossen Geldsacks) überlebten, die Urbevölkerung der australischen Inseln, des australischen Continents, Südafricas, die den besser (das heisst, mit Pulver, das sie nicht erfunden hatten) ausgestatteten Engländern erlagen und von der Syphilis, auch so einer höheren Culturmacht, im Nu ausgerottet wurden — solch drastische Beispiele vom Kampf ums Dasein, vom Ueberleben des besser Ausgestatteten konnten schon jemanden verleiten, diese Principien auch für die Entwicklung in der Natur anzunehmen. Oder nicht: jemanden, sondern: einen Engländer. Solche Dinge konnte man zu Darwins Zeit nur in England sehen. Nach 1870 würde auch ein Deutscher oder ein Bewohner irgend welchen anderen Landes auf den Darwinismus gekommen sein. So ist der Ursprung der Lehre von der allherrschenden Selbstsucht in der Natur. Im damaligen England herrschte sie. Ist das aber Grund genug, dass sie auch in der „Natur“ herrscht?

Es ist im Grunde genommen eine recht schwierige Sache, für die Richtigkeit irgend einer menschlichen Handlung auf Vorgänge bei Tieren oder Pflanzen zu verweisen. In dem ungeheuer grossen Reiche der lebenden Natur kommt so ziemlich alles Denkbare vor. Man wird Beispiele für krumm und gerade, für hoch und niedrig, für Fortschritt und Stillstand finden. Eben deshalb ist auch kein Beispiel recht beweisend. Da nun aber gegenwärtig alle Anschauung darin gipfelt, in der Natur ein System von Raubtieren, von ewigem, man möchte fast sagen: capitalistischem Kampf ums Dasein und ewigem Unterdrücken nichtpassender Arten und Individuen zu sehen, so mag vielleicht eine andere Anschauung dafür zeugen, dass die Natur verschiedene Gesichter besitzt—eine Anschauung, die der herrschenden in gewisser Weise direct entgegen steht. Sie soll, um Schlagworte zu vermeiden, nicht weiter benannt werden. Aber es kann kein Zweifel darüber obwalten, dass sie dem Socialismus näher steht. Die Zukunft des arbeitenden Volkes hängt nicht davon ab, ob in der Natur capitalistische oder socialistische Principien gelten. Aber es stützen sich doch viele auf den Darwinismus, um mit ihm den Socialismus zu bekämpfen.

Nach Darwin sind alle Tier- und Pflanzenarten, die es heute auf der Erde giebt, die Ueberlebenden aus einem unendlich grossen Heer von Concurrenten, die auf der Strecke geblieben sind. Gegen diese Theorie lassen sich indes eine Menge Gründe anführen. Sie setzt zur Bildung einer Art aus einer anderen Art eine Unzahl von Zwischenformen voraus, welche den Uebergang von einer Species zur anderen darstellen. Solche Zwischenformen aber fehlen fast allgemein, sie fehlen nicht nur unter den heutigen Arten, sondern auch unter den fossilen. Darwin konnte noch auf die Lückenhaftigkeit der geologischen Urkunden hindeuten. Heute muss jeder Paläontologe gestehen, dass in vielen Tiergruppen die fossilen Funde sehr reichhaltig sind, aber die gesuchten Zwischenglieder nicht gefunden werden. Da ist es nur möglich, dass es solche nicht giebt. Von dem grossen Heer von Concurrenten, das Darwin voraussetzt, ist nichts vorhanden. Es kommt aber als frappante Thatsache hinzu, dass, wie die Beobachtung gezeigt hat, eine Art sich auch spontan aus einer anderen entwickeln kann. Neue Arten sind schon durch Bastardierung von zwei alten entstanden. Nicht der geringste Concurrentenkampf war dazu nötig, kein Aussterben unzähliger Zwischenformen, kein Unterliegen des Untauglichen. Die alten Arten leben fort, und die neue ist durch eine sehr friedliche Vereinigung der beiden alten entstanden. Aber es sind auch schon neue Arten direct aus einer alten entstanden, wenn sie in neue Verhältnisse kamen. Diese scheinen überhaupt das massgebende bei der Entstehung neuer Arten zu sein. Pflanzen der Ebene nehmen, in kalter Gebirgsluft cultiviert, Formen alpiner Gewächse an; Hunde, die der Vorderglieder beraubt waren und deshalb auf den Hinterbeinen sitzen und mit ihnen springen mussten, bildeten in letzteren kanguruhartige Formen aus. Kurzum, das Milieu verändert Wesen sofort, und zwar in Person, ohne dass erst Generationen nichtpassender Nachkommen oder Verwandter aussterben mussten. Nach meiner Ansicht übt das Milieu einen direct mechanischen Einfluss auf das Lebewesen aus: dunkle Grotten lassen die Augen verkümmern, weil sie ihm aus Mangel an Licht keine Gelegenheit geben, diese zu üben, zu bewegen. Die Kraft, die den Augen zuströmte (z. B. das nährende Blut), bleibt aus, weil die Sehorgane ja keine Kraft verausgaben. So macht die Höhle die Tiere blind, und zwar wahrscheinlich sehr bald. Nach jahrelangem Aufenthalt kann wahrscheinlich ein Individuum, das in eine Höhle gelangt ist, nicht mehr sehen, wenn auch der vollständige Schwund der Sehorgane vielleicht erst bei der Nachkommenschaft eintritt. Die finstere Höhle macht die Tiere blind, sie passt diese sich also gewissermassen an. Denn blinde Tiere können die durch die Schlosigkeit

ersparte Kraft in anderer Weise, vielleicht für das Gefühl, das im finsternen Raume viel wichtiger ist, verwenden. So ist es also das Milieu, das die Tiere so umwandelt, dass sie ihm angepasst sind. Der Socialismus hofft, dass die neuen Verhältnisse auch neue, sittlich höhere und gesündere Menschen schaffen werden. Jedenfalls schaffen in der Natur die Verhältnisse die Wesen, die ihnen entsprechen.

Mehrere Tiere derselben Art, die in ein gleiches Milieu geraten, werden von diesem in gleicher Weise umgewandelt. Das ist an den Culturpflanzen und den Haustieren zu sehen, die, in gleiche Gegenden eingeführt und dort gleich behandelt, auch dieselbe Formenänderung durchmachen. In der Natur ist also durchaus nicht der mörderische Kampf ums Dasein erforderlich, um neue Arten hervorzubringen. Eine Art gerät in ein neues Milieu, und dieses wandelt sie — rein mechanisch — in eine den neuen Verhältnissen angepasste Abart um. Mag ein Individuum dabei etwas schwächer oder etwas stärker sein, das spielt hier keine Rolle. Es droht keine natürliche Zuchtwahl, die wie ein beutegieriger Tyrann der ältesten Zeit den grössten Teil der Soldaten ins Wasser treibt, damit ihre Leichen eine Brücke bilden, auf der der Rest über die Meerenge setzen kann. Viel einfacher: Die Untauglichen werden tauglich gemacht. So bildungsfähig ist der Organismus, dass er überall dem Fingerdruck des Milieus nachgibt wie der plastische Thon der formenden Hand des Bildhauers. Es giebt gerade heute genug Menschen, die die blöde Masse nur als Folie für die „auserlesenen Geister“ betrachten, nur als den Nährboden, auf dem der Aristokratenbacillus üppig wuchern kann. Aber gebt dieser blöden Masse bessere Daseinsbedingungen, und aus ihr werden gerade so gut Talente, Autoritäten, Genies hervorgehen, wie aus den Bourgeois oder, als diese noch eine blöde Masse waren, aus den Adelligen.

Gewiss giebt es auch für Tiere und Pflanzen harte Zeiten, in denen viele untergehen. Aber ob durch solche Katastrophen neue Arten gezüchtet werden, ist doch sehr zweifelhaft. Entweder werden die Verhältnisse so ungünstig, dass alle Wesen einer Art aussterben. Dann kann von einer natürlichen Zuchtwahl wohl nicht die Rede sein. Denn alles Zuchtmaterial geht zu Grunde. Oder die Ungunst des Milieus ist weniger hart, dann können alle Individuen einer Species infolge ihrer im ganzen gleichartigen Constitution sich retten, sich den neuen Verhältnissen anpassen oder vielmehr von diesen passend gemacht werden. Dann hat die natürliche Zuchtwahl oder der Concurrenzkampf ebensowenig Bedeutung. Kleine Unterschiede in der Form aber können gewiss nur in sehr seltenen Fällen ein Individuum retten, während alle seine Artgenossen untergehen. Wenn sich eine Tierart nur durch Fliegen würde am Leben erhalten können, so wäre es wahrhaftig gleichgiltig, ob ein Individuum ein paar Federn an einem Vorderbein hätte, während die übrigen Individuen der Art nur behaarte Extremitäten besäßen. Kurzum, Darwins Theorie einer allmählichen Entwicklung, bei der zufällig entstandene kleine Abänderungen von der natürlichen Zuchtwahl erhalten bleiben, ist höchst unwahrscheinlich. Darwin war durch die Volksentwicklung seiner Zeit so beeinflusst, dass er deren Gesetze auf die Natur übertrug. Lamarcks Lehre muss eine andere, als die darwinistische Begründung bekommen. Mag diejenige, die oben entwickelt wurde, in dem Umfange richtig sein, wie ich glaube, oder nicht, — die darwinistische gilt sicher für so wenig Fälle wie möglich. Die Concurrenz, der Kampf aller gegen alle, der massenhafte Untergang von weniger geeigneten Individuen, das Aussterben ungezählter Abarten, alles das giebt es in der Natur gar nicht oder doch nur in so beschränkter Masse; dass man von einem darwinistischen Princip der Naturentwicklung gar nicht reden kann.

Nach den Anschauungen einiger moderner Philosophen und Essayisten

ist die Selbstsucht der einzige, der Grundtrieb des Menschen, aus dem alle anderen sich herleiten lassen. Die Herdeninstincte sind erst angelernt. Sie sind das Hindernis für die Entwicklung des einzelnen, während Selbstsucht Grösse züchtet. Nun ist aber kein Zweifel, dass der Mensch von der Zeit an, wo er Mensch wurde, bereits ein Herdentier war. Dafür zeugen die prähistorischen Niederlassungen von Menschen, dafür sind auch die Affen als nächste lebende Verwandte des Menschen mit ihren Geselligkeit liebenden Eigenschaften ein Zeugnis. Der Mensch als solcher hat stets neben seinen egoistischen Trieben auch sociale Triebe gehabt. Aber die socialen Triebe sind auch im Tierreich, das ist ja bekannt, ausserordentlich verbreitet. Ja, selbst bei den Pflanzen giebt es eine Menge von Einrichtungen, die die Geselligkeit begünstigen. Dieselbe ist zweifellos in sehr vielen Fällen äusserst nützlich. Sie erleichtert den Pflanzen, deren Samen wegen ungünstiger Verhältnisse schwer reift oder schwer einen geeigneten Boden findet, die Existenz, sie erleichtert in anderen Fällen die Befruchtung, in anderen giebt Geselligkeit jedem einzelnen Individuum Stärke; dasselbe gilt für die Tiere. Der einzelne muss sich der Gesellschaft freilich unterordnen, er muss ihr Dienste leisten, seine Selbstsucht überwinden und dem socialen Triebe folgen. Ja, es ist ganz sicher, dass das communistische Princip bei der Entstehung aller Lebewesen thätig war, deren Leib aus mehr als einer Zelle zusammengesetzt ist. Schon viele Protisten bilden Colonieen. Aber damit aus Protisten die mehrzelligen Lebewesen hervorgehen konnten, musste in jedem Falle der Individualismus dem Communismus weichen. Und durch alle Classen des Tierreichs zieht sich das altruistische Princip. In den unteren Classen ist es als ein starrer, automatisch wirkender Mechanismus vorhanden, in den höheren äussert es sich in den Staaten, Herden, Familienverbänden, Gesellschaften oder in periodischen Vereinigungen. In den meisten Fällen wirkt hier der sociale Trieb unbewusst. Aber auch die Selbstsucht wirkt in denselben Fällen unbewusst. Es besteht keine Ueber- und Unterordnung zwischen beiden. Ein Trieb wirkt so selbstverständlich wie der andere. Der Altruismus ist den Tieren genau so angehoren, wie der Egoismus. Bei manchen Tieren beschränkt sich allerdings die Aufopferung für die Allgemeinheit nur auf die Fürsorge für die Jungen. Aber Mutterliebe in irgend welcher Form ist auch ein altruistisches Princip. Ob dasselbe Freude macht oder nicht, das ist bei Trieben ganz gleichgiltig. Es ist ganz verkehrt, eine Handlung, die dem Handelnden Freude bereitet, als egoistisch anzusehen, eben so wie ein Act, der Schmerz verursacht, darum noch kein altruistischer ist. Es kommt lediglich darauf an, ob mit einer Handlung das eigene Wohl oder das der Artgenossen gefördert wird. Im Tierreich aber giebt es in allen Classen, ja fast bei allen Arten, Beispiele solcher altruistischen Handlungen. Und zweifelsohne ist der altruistische Trieb dem Menschen ebenso uranfänglich eigen wie sein Egoismus.

Dass altruistische Handlungen von grossem Nutzen für eine Art sind, braucht gar nicht erst bewiesen zu werden. Auch die strengsten Individualisten wollen, dass man für die Kinder sorgt, so lange sie schwach sind, es wollen wohl auch alle, dass man seine Selbstsucht so weit einschränkt, dass man nicht fremdes Eigentum entwendet, einen Mord begeht und ähnliches. Sie wollen aber, dass der Mensch sonst sich möglichst raubtierartig zeigt, sich in Kriegen und wirtschaftlichem Anarchismus zerfleischt, auf dass dadurch die Schwachen ausgerottet und die Menschheit höher gezüchtet werde. Wir haben schon gesehen, dass in der Natur der Kampf ums Dasein keine höheren, überhaupt keine neuen Arten hervorbringen kann. Aber frappant ist besonders, dass diejenigen Wesen, die ausgesprochene Herdentiere mit Herdeninstincten sind, zugleich die höchstentwickelten sind: unter den Insecten die Ameisen, unter

den Vögeln die Papageien, unter den Säugern die Affen. Wir sind so sehr durch Darwin und Nietzsche verschult, dass wir in jeder Vereinigung Philistrosität, Geistesarmut, Schwachheit sehen wollen. Aber es ist doch ganz klar, dass gerade die Verstandeskräfte, die geistige Elasticität sich im Zusammensein mit gleichartigen Wesen üben müssen. Es stellt sich die Notwendigkeit der Verständigung ein, Beziehungen des einen zum anderen, Sympathie, Antipathie, Unterscheidungsvermögen, kurzum ein neues Reich von geistigen Eindrücken, die der Isolierte nicht haben kann. Bei Herden denken wir an unsere Schafe, Gänse, Kühe. Aber diese Tiere sind von dem Menschen in Zucht genommen, direct zu dem einseitigen Zwecke, gewisse Producte in Masse zu liefern. Aller Verstand der Kühe hat sich unter der züchtenden Hand des Menschen in Fleisch und Milch umgesetzt. Denn der Mensch hat keinen Vorteil davon, intelligente Kühe zu besitzen. Aber die wilden Rinderherden, die Herden der Ziegen, Antilopen, die Völker der Wildgänse sind mit den zahmen gar nicht zu vergleichen. Sie sind mindestens so klug wie die isoliert lebenden verwandten Arten, eher klüger, und die Fähigkeit, sich mit ihresgleichen auf die verschiedenste Art zu verständigen, kommt bei allen Herdentieren noch hinzu.

Man kann wohl so weit gehen, zu behaupten, dass ohne Herdentum keine Sprache, keine Cultur, keine Geistesbildung, keine Kunst entstehen kann. Der Mensch konnte nur als Herdentier Mensch werden. Als er noch Tier war, bot die Herde dem einzelnen Sicherheit gegen die grossen Raubtiere, sie ermöglichte dem einzelnen die Existenz. Nur in dem Stadium einer gewissen Sicherheit nach aussen gedeiht offenbar die geistige Entwicklung, nicht in dem Kampfe aller gegen alle. Gewiss musste der einzelne unter Umständen ein schönes Beutestück mit den Genossen teilen, aber dieses Opfer an die Gemeinschaftlichkeit ermöglichte es dem einzelnen überhaupt, zu existieren. Also war das Opfer nicht zu gross. Unzählige Vorteile flossen ausserdem aus der Vereinigung. Die ersten Stufen des Luxus setzen hier ein, und dass ein Artgenosse dem anderen die Parasiten absuchte, ihn kraute und auch ihn putzte, erscheint uns zwar geringwertig oder lächerlich, aber in dieser „Nächstenliebe“ liegt vielleicht der Keim zu all den Sympathiegefühlen, der Zärtlichkeit, der Freundschaft, dem Idealismus, die, heute zwar verlästert, dennoch nicht gestorben sind und nur der Zeit harren, wo sie in erneutem Glanze hervorbrechen können aus den Tiefen der Volksseele.

Diejenigen, die einen schrankenlosen Individualismus wollen, können sich jedenfalls nicht auf die Natur berufen. Hier führen im Gegenteil communistische Principien zur höchsten Entwicklung der Tiere. Keine Tierspecies ist zwar so weit gelangt, einen Communismus, der die ganze Art verbindet, hervorzubringen, der Gesichtskreis reicht bei allen nicht weit über die Herde hinaus. Erst der Mensch hat es seit Beginn des Christentums zu einer allgemeinen Menschenliebe, wenigstens der Theorie nach, gebracht. Aber die ganze Menschenentwicklung geht von Anfang an dahin, immer neue Bande zwischen den Gliedern der ganzen Art zu schmieden. Wir stehen zwar jetzt in einer Art Faustrechtsperiode. Aber bei allen Scheusäligkeiten haben die Raubtiernaturen das Bedürfnis, sich zu rechtfertigen — dem communistischen Princip des Menschheitsgefühls wenigstens äusserlich zu huldigen. Das ist praktisch verteuelt wenig. Aber das Princip besteht. Es muss siegen, weil nicht viel dazu gehört, einzusehen, dass sich die Menschheit dabei am besten befindet. Der Krieg, der nur ganz wenigen nützt und der überwiegenden Menschheit schadet, der fast noch verhängnisvollere wirtschaftliche Kampf, der ein paar Glückliche zu Herren über andere viel Fähigere und viel Gescheiterte macht, der angeblich die Cultur fördert, das Beste erhält, in Wirklichkeit aber den Schwindel züchtet, das

Unsolide, äusserlich Glänzende erhält und das Haltbare, Unverfälschte, Reelle vernichtet oder wenigstens ungebührlich verteuert — doch wozu soll man davon reden, was doch jeder weiss oder in Kürze einsehen wird? Es bleibt nur der Schluss, dass auf diesen Gebieten, in Völkerrechtsfragen und in Wirtschaftsfragen, ein communistisches System Platz greifen muss, wie es deren auf anderen Gebieten genug in der Menschheit giebt. Die individualistischen Neigungen werden vermutlich in dem Masse schwinden, als die Culturmenschheit wieder durch neue Verhältnisse gesundet. Individualisieren ist immer ein Lösen aus alten Banden, ein Zerfallen der Körperschaft. Sich ausleben ist ein fatales Wort. Es soll bedeuten: jeder Neigung folgen, es ist aber mit dem Aussein des Lebens eng verknüpft. Junge, kräftige Menschen vereinen sich zu gemeinsamer Arbeit, nehmen Pflichten auf sich, stehen für einander ein, kranke zerfallen mit anderen und mit sich selbst, sind unlustig, unthätig, drücken sich um ihre Pflichten und werden immer egoistischer. Auch alte, dem Untergang verfallene Gesellschaftsschichten verlieren jegliches Zusammengehörigkeitsgefühl, einer bekämpft den anderen und sucht den anderen zu unterdrücken. Das nennt man Konkurrenz. In Wirklichkeit greift kein Rad mehr in das andere, jedes dreht sich, wie es will. Die Maschine ist ausgeleiert.

Rundschau.

Oeffentliches Leben.

Politik.

Die Nichtbestätigung des Stadtrats Kauffmann zum zweiten Bürgermeister von Berlin ist durch die liberale Presse zu einem hochwichtigen Ereignis aufgebauscht worden. Das ist sie nun sicherlich nicht. Wohl aber ist der Fall wieder symptomatisch für die Schwäche des deutschen Bürgertums. Wenn eine social mächtige Classe ihre politischen Kräfte nicht concentriren und mit Erfolg auf die Erringung politischer Macht hinarbeiten kann, so nützen ihr selbst die günstigen Voraussetzungen nicht, die sie zur ausschlaggebenden Teilnahme an der Regierung befähigen würden. Schon in ganz äusserlichen Dingen tritt die Schwächlichkeit des Liberalismus zu Tage. Die Berliner Stadtverwaltung hat während der letzten Jahre von seiten der Krone mancherlei erfahren, was sie zum mindesten recht reserviert machen müsste. Ich erinnere nur an die Bestätigungsgeschichte des Oberbürgermeisters, an die Rede des Kaisers an das Alexanderregiment in Anwesenheit des ersten Beamten der Stadt Berlin. Was machten diese Vorgänge aber für einen Eindruck auf die Vertreter der Berliner Stadtverwaltung? Sobald die Herren ersucht oder gar „befohlen“ wurden, bei irgend einer höfischen Veranstaltung, z. B. bei Empfängen von Monarchen, zugegen zu sein, Mittel zur Ausschmückung von Strassen zu bewilligen,

da empfand man es in diesen Kreisen noch als Auszeichnung, diesen Befehlen nachkommen zu dürfen. Kann man sich wundern, wenn angesichts eines solchen Verhaltens die Achtung vor dem Bürgertum in den allerhöchsten Kreisen nicht gerade im Zunehmen begriffen ist? Das Bürgertum erntet, was es gesät hat. Es hat die Fiction passieren lassen, dass der König von Gottes Gnaden sei, es ist in dem Kampfe um eine wirklich constitutionelle Monarchie erlahmt, sobald es ein Parlament — und was für eines! — erreicht hatte. In dem Fall Kauffmann zeigt sich nur einmal wieder, wie falsch es ist, Preussen einen constitutionellen Staat zu nennen. Es ist ganz verkehrt, den Fall gegen die Krone und die Minister auszuspielen zu wollen. Nach der Städteordnung hat der König von Preussen nun einmal das Recht der Bestätigung: wie er es ausübt, ist schliesslich seine Sache. Was hätte denn das Recht der Bestätigung überhaupt für einen Sinn, wenn es nicht nach Belieben in Anwendung gebracht werden könnte? Da redet man immer soviel von dem Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden, aber in Wirklichkeit besteht eben ein solches nicht. Nun aber freilich: the King can do no wrong; wir werden uns an den Minister halten, der diesen Regierungsact gegenzeichnen musste. Wozu haben wir denn verantwortliche Minister? Mit Verlaub: in Preussen giebt es keine verantwortlichen Minister. Das ist auch so eine Fiction, mit der man sich in

liberalen Kreisen begnügt. Was kann denn die Volksvertretung gegen die Minister anders unternehmen, als sie mit Worten bekämpfen? Die Minister stehen schon lange auf dem Standpunkte, dass sie factisch nur dem Monarchen, der sie beruft und entlässt, verantwortlich sind, nicht aber dem Parlamente. Also wozu der Sturm gegen die Minister? Weil sie die Bestätigung dem Monarchen empfohlen haben und weil vielleicht das Militaircabinet, auch so eingewaltiger Rest aus der absolutistischen Aera, mehr Einfluss auf den Monarchen hatte, als der Ressortminister? Glaubt man denn am Ende, dass daraus bei den betreffenden Ministern ein Gewissensconflict entstehen könnte? Das wäre ja gegen alle Tradition. Der Minister hat sich einfach dem Willen des Monarchen unterzuordnen und ihn auszuführen. Wenn heutzutage ein Minister berufen wird, so hat er sich in dem Moment, wo er annimmt, mit diesem Subordinationsprincip schon einverstanden erklärt. Es ist ja auch gar nicht anders möglich, weil in einem so rudimentär constitutionellen Staate wie Preussen ein Minister mit einem offenen, kräftigen Willen am Parlament gar keinen Rückhalt hat. Wenn also der Fall Kauffmann für das Bürgertum ein trauriges Geschehnis ist, so möge doch die liberale Presse die Schuld nicht extra, sondern intra muros suchen.

*

In der Annahme der **Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz** durch den Bundesrat erblickt ein Teil der Presse einen Sieg des socialpolitischen Fortschritts über das Scharfmachertum. Wie bescheiden man doch geworden ist! Beim Centrum kann man es noch verstehen, wenn es für diese mit so sparsamen Verbesserungen durchsetzte Novelle so begeistert ins Zeug ging: es nahen die Wahlen heran, die Entscheidungen über die Getreidezölle stehen bevor, da muss doch irgend ein Separatgesetzchen geschaffen werden, das für die Arbeiter eine besondere Bedeutung hat. Je billiger man dazu kommt, desto besser. Der Widerstand des Scharfmachertums gegen die Novelle und die darauf trotzdem erfolgende Annahme des Gesetzes wird vom Centrum in einer die Bedeutung der paar Verbesserungen weit übertreibenden Weise ausgenützt. Merkwürdig aber, dass nach Annahme des Gesetzes den Arbeitgebern auseinandergesetzt wird, dass die sogenannten Verbesserungen im Sinne der Arbeiter, namentlich der sogenannte Erscheinungszwang, gar nicht ernst zu nehmen seien. Ein Blatt, das auch im Sinne der Berlepschschen Gesellschaft für sociale Reform in Socialpolitik macht und

deswegen für die Annahme der Novelle durch den Bundesrat sich nachdrücklich aussprach, schrieb kurz nach der Bekanntgabe der Entscheidung durch den Bundesrat: „Können also gegen die Zusammensetzung des Einigungsamtes beachtenswerte Bedenken nicht erhoben werden, so schweben auch die Angriffe auf den Erscheinungszwang in der Luft. Der Vorsitzende eines Einigungsamtes hat das Recht, beide Parteien vorzuladen, und kann eine Partei, die der Vorladung nicht Folge leistet, in Geldstrafe bis zu 100 Mk. nehmen. Nun braucht aber keine Partei vor dem Einigungsamt sich auf eine materielle Verhandlung einzulassen; sie kann, wenn sie will, erklären, dass sie nicht verhandeln wolle, und der Einigungsversuch bleibt erfolglos. Der Erscheinungszwang ist also bei weitem nicht so gefährlich, wie die Gegner des Gesetzes es hinstellen möchten.“ Man sieht, wie ängstlich man für das Herrenrecht der Arbeitgeber ihren Arbeitern gegenüber besorgt ist. Angesichts solcher socialpolitischen Fortschritte, wie sie durch das Gewerbegerichtsgesetz constatirt werden, steigen einem schwere Bedenken darüber auf, ob nicht nur das Centrum, sondern auch andere Parteien vor lauter Bäumen den Wald noch sehen.

*

Die **Vereinsgesetzgebung in Frankreich** ist nunmehr abgeschlossen; damit werden die geistlichen Congregationen der Staatsaufsicht unterstellt. Mit diesem Sieg der französischen Regierung über den Klericalismus hat das Cabinet Waldeck-Rousseau wiederum einen neuen und erfolgreichen Beweis für den Ernst seiner Politik, mit Entschiedenheit die republikanischen Einrichtungen zu verteidigen und die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, abgelegt. Es ist gar keine Frage, dass die innere Politik Frankreichs im Gegensatz zu der Stagnation in Deutschland geradezu erfrischend wirkt und zwar besonders auch auf dem Gebiete der Socialpolitik. Das Cabinet Waldeck-Rousseau verdankt sein langes Leben nicht zum wenigsten der energischen Vertretung der bei seinem Regierungsantritt aufgestellten Grundsätze. Noch ein paar Monate, und es wird das langlebigste Ministerium der dritten Republik sein. Wenn von radicaler Seite dem Ministerium mit baldigem Sturze gedroht wird, weil es die „Reaction“ begünstige, so kann man sich nur freuen, dass die grosse Mehrheit der die Arbeiterinteressen vertretenden Deputierten diesen Standpunkt nicht teilt.

*

Kurze Chronik. Am 6. Juli starb der dritte Reichskanzler des deutschen Reichs, Fürst Chlodwig Hohenlohe im Alter von 82 Jahren. Durch und durch eine vornehme Natur, hat er seine politische Begabung, in jüngeren Jahren durch frische Initiative wirkend, in seinem hohen Alter als Reichskanzler dagegen mehr ein Fabius Cunctator, in den Dienst des öffentlichen Lebens gestellt. — Am 14. resp. 27. Juni fanden in Holland die Wahlen zur zweiten Kammer statt, bei der die Liberalen eine Niederlage erlitten, die Socialisten drei Sitze gewannen. Die neue Kammer zählt: 30 Antirevolutionäre, 27 Liberale, 25 Katholiken, 8 Demokraten, 7 Socialisten und 3 Christlich-Historische.

Richard Calwer.

Wirtschaft.

Unsere vorige Rundschau war bereits am 12. Juni abgeschlossen. Wir haben daher einige weiter zurückliegende That-sachen nachzuholen.

Zunächst ein paar für die Geschäftswelt erfreuliche: die englische Bank nahm am 13. Juni eine abermalige Herabsetzung des Discounts vor, so dass er seitdem 3% beträgt; und die Deutsche Reichsbank gab nunmehr auch ihre geflissentliche Zurückhaltung auf und folgte am 18. Juni mit einer Ermässigung auf 3½%. Beide Massnahmen hätten wohl die gedrückte allgemeine Stimmung etwas heben können.

*

Um so niederschmetternder wirkte am 25. Juni die **Katastrophe in Sachsen**, die völlig überraschende Insolvenzerklärung der Leipziger Bank, und so eigenartig auch diese Katastrophe war und so wenig sie eigentlich aus einer allgemeinen Depression hervorgegangen ist, so tief ging doch der Eindruck infolge der ganzen Bedeutung der Bank, besonders für die sächsische Industrie, und des dramatischen Verlaufs des Zusammenbruchs. Director Exner war bereits am 27. Juni verhaftet; an diesem Tage notierten an der Berliner Börse Leipziger Bankactien 10½, das heisst 129½% weniger wie nach der letzten Notiz. Am 28. Juni nahm man auch den Director Gentzsch in Verwahrung; das Vermögen der Directoren und einiger Aufsichtsräte wurde beschlagnahmt. Am 29. Juni nahm sich der Leipziger Bankier Krohmann das Leben; einige Tage später erschoss sich Kaufmann Schäffer, ein Mitglied des Aufsichtsrates der Leipziger Bank, in seiner Wohnung; Leipziger Notable schieden, um einem Zwange zuvorzukommen, aus ihren öffentlichen Ehrenämtern. Unterdes war dann auch der eigentliche Krankheitsherd

dieser Finanzepidemie von seinem Schicksale ereilt worden: am 4. Juli brach die Casseler Trebergesellschaft zusammen; ihr Director Schmidt war flüchtig, ihr Aufsichtsrat Sumpf wurde verhaftet, auch sein Vermögen verfiel dem Conkurs.

Wie gewöhnlich, war das erschreckte Publicum so leicht nicht mehr zu beruhigen. Die wildesten Gerüchte über die Erschütterung grosser angesehener Bankinstitute fanden Glauben, so dass die Börsenpresse umsonst sich mühte, die Leipzig-Casseler Affaire als einen ganz ausnahmsweisen Einzelfall ohne allgemeinere Bedeutung hinzustellen. Im Augenblick empfiehlt diese Presse als wirksames Beruhigungsmittel, dass alle Banken sofort und vor der Zeit ihre Halbjahresabschlüsse in detaillirtester Weise bekannt geben, um ihre Geschäftsbeziehungen nach allen Seiten vor der Oeffentlichkeit klarzulegen.

Die Casseler Gesellschaft betrieb ursprünglich in bescheidenem Umfange eine an sich ganz nützliche Production. Biertreber, Rübenschnittel, Brennereschlempe, die in ihrer ursprünglichen Form rasch zersetzlich und vergänglich sind und darum nur in der nächsten Umgebung der Brauereien, Brennereien und Zuckerfabriken einen beschränkten Absatz hatten, sollten durch Trocknung conservirt und so für den denkbar weitesten Markt erschlossen werden — ein Verfahren, das sowohl für die ländlichen Nebenindustrien wie für die Viehwirtschaft Deutschlands und anderer Länder sicherlich grösste Bedeutung beanspruchen könnte. An sich ist es auch ohne weiteres einleuchtend, dass ein solches Verfahren nicht in einer einzigen deutschen Centralfabrik ausgeübt werden kann, sondern möglichst im engen localen Anschluss an die die Abfälle liefernden Betriebe angewendet werden muss. An Brauereien lieferte die Gesellschaft auch die Trebertrockenapparate, die sie fabricierte; dafür lieferten diese Abnehmer die getrocknete Ware zu einem gewissen Preise an die Casseler Gesellschaft. Seit 1895 gründete man aber an allen Ecken Deutschlands und schliesslich Europas Tochterunternehmungen, die immer neue Verfahren „fructificierten“, in Bosnien z. B. die Holzdestillierung; für die gewonnenen Erzeugnisse bildete die Casseler Centrale gewöhnlich die Verkaufsorganisation; auch für die angewandten Verfahren war sie die Pateninhaberin; sonst war die Art ihrer finanziellen Beteiligung sehr verschieden. In einigen Jahren war, nachdem der Gründungs- und Agiotageschwindel einmal begonnen war, das Actien-capital von ½ auf 20 Millionen Mark erhöht. Um das Publicum anzulocken wurde unter gewaltigem Tamtam der Curs

zu schwindelnder Höhe emporgetrieben und zeitweilig eine Dividende von 50% verteilt. Aus dem Rattenkönig von Tochtergesellschaften, die in den verschiedensten Ländern gegründet und mit der Actiengesellschaft für Trebertrocknung verkettert waren, heben wir hervor: Etablissements in Schweinfurt (Vereinigte Chemische Fabriken), Weisswasser (Schlesische Actiengesellschaft für chemische Industrie), Hamburg (Vereinigte Norddeutsche Chemische Fabriken Glückstadt), Wien (Bosnische Holzverwertungsactiengesellschaft), Lemberg (Erste Galizische Actiengesellschaft für Holzdestillation), Helsingfors (Finnische Holzverwertungsactiengesellschaft), Illawa in Ungarn (Actiengesellschaft für Holzdestillation Kassza), Russland (Actiengesellschaft für Holzdestillation und chemische Industrie), Nantes (Société chimique du bois), Genua (Società per le industrie chimie). Alle diese Unternehmungen wurden von vornherein im grossartigsten Massstabe angelegt.

Indes weckte diese Phaëthon-Himmelfahrt sehr bald das Misstrauen der Kundigen. In der Leipziger Bank und deren Director Exner erschloss sich jedoch eine kräftige Geldquelle; beim Hereinbruch der Leipziger Katastrophe waren 85 Millionen in Cassel und Casseler Werten sicher angelegt; den Leipziger Aufsichtsrat soll man, soweit er nicht wissentlich Mitschuldiger war, dadurch getäuscht haben, dass man die Engagements, die allesamt das eine Cassel betrafen, unter mehr als 20 Conten unterbrachte. Als der unvermeidliche Kladderadatsch vor der Thür stand, sollte die Berliner Finanz helfen. Am 24. Juni beriet eine Konferenz der Haute Banque, ob auch hier wie bei der Dresdener Creditanstalt im Interesse der Gläubiger des Instituts eine Hilfsaction unternommen werden sollte. Man kam schon nach kurzer Beratung zu dem Ergebniss, dass hier nichts mehr zu sanieren sei, sondern nur noch der Staatsanwalt seines Amtes zu walten habe.

Die Berliner Hochfinanz hat jedoch den Moment benutzt, um sich in dem gegen „Fremde“ bisher sehr unzugänglichen Sachsen festzusetzen. Die Deutsche Bank hat in Leipzig und Dresden Filialen eröffnet und wird von dort aus ihre Netze weiter über Sachsen spinnen. Die Reichsbank unterstützt diese „Hilfsaction“, die allerdings anderer Art ist, als die Leipziger Bank noch im letzten Augenblick sie wünschte und anregte. Das grosse Reichsinstitut kann dies um so leichter, als es über einen ausnahmsweise hohen Metallbestand und 186 Millionen steuerfreie Noten verfügt und daher ausserordentlichen Ansprüchen gewachsen ist.

*

Ueber die Entwicklung der beiden verkrachten Institute seien einige Zeitungsmitteilungen hier wiedergegeben.

Die **Leipziger Bank** — schreibt die Leipziger Volkszeitung — wurde 1885 mit dem Sitz in Leipzig und einer Filiale in Dresden gegründet. Die Bank begann mit einem Actiencapital von 4½ Millionen Mark. Dieses wurde 1885 auf 9, 1873 auf 18 und 1890 auf 24 Millionen Mark erhöht. Im Jahre 1896, als der letzte Aufschwung einsetzte, stürzte sich die Bank in alle möglichen Unternehmungen, was zur Folge hatte, dass das Capital in rascherem Tempo als je zuvor erhöht werden musste. Schon 1896 stieg es auf 32, 1898 gar auf 48 Millionen Mark. An Reserven verfügte die Bank zuletzt (1900) über rund 15 Millionen Mark, so dass das Betriebscapital circa 63 Millionen betrug. Dass in den fetten Jahren die Umsätze und Gewinne nichts zu wünschen übrig liessen, zeigten die Curse und Dividenden der Bank.

Curs am 31. Dec. Dividende

1894	138,25	6
1895	143,90	7½
1896	180,79	9
1897	193,25	10
1898	186,50	10
1899	175,75	10

Die Bankthätigkeit machte sich vornehmlich zur Aufgabe, der sächsischen Industrie nützlich zu sein, und errichtete daher in den letzten Jahren eine Reihe neuer Filialen in Hauptindustriestädten, so in Chemnitz, Plauen i. V., Markneukirchen und in Aue. Noch in einem ihrer letzten Jahresberichte pocht die Bank auf ihre „enge Anlehnung an Handel und Industrie“. Die Consortialbeteiligungen nahmen erheblich zu und bevorzugten namentlich Industrieunternehmungen. Von 6,8 Millionen Mark Engagements im Jahre 1899 entfiel fast die Hälfte auf industrielle Unternehmungen, der grössere Teil der anderen Hälfte auf Beteiligungen an Banken, Bahnen und Leipziger Arealgeschäften. Die Verluste der Bank sind insgesamt so gross, dass Actiencapital und Reserve ganz verloren sind, die Gläubiger aber nur ca. 75 % — nach den neuesten Nachrichten sogar nur 54 % — ihrer Guthaben erhalten werden.

*

Ueber die **Actiengesellschaft für Trebertrocknung in Cassel** berichteten Börsenblätter: Das Actiencapital der Trebertrocknungsgesellschaft beträgt 20 400 000 Mk., wovon 8,4 Millionen auf die letzte im Februar d. J. erfolgte Erhöhung entfallen. An der Berliner Börse waren nur 6 000 000 Mk. zum Handel zugelassen. Die Zulassung weiterer 6 000 000

Mark war von der Berliner Zahlungsstelle wiederholt abgelehnt worden. Die Berliner Zulassungsstelle hatte im besonderen an der Unklarheit des Verhältnisses der Trebergesellschaft zu deren Tochtergesellschaften Anstoss genommen. Diesem Einwand glaubte die Gesellschaft dadurch die Unterlage zu entziehen, dass sie seiner Zeit die sämtlichen Actien von Tochterunternehmen veräusserte, aber in der Hauptsache an Mitglieder des eigenen Aufsichtsrates (Leipziger Bank) und des Vorstandes. Die Gesellschaft resp. die Leipziger Bank suchten sich später dadurch zu helfen, dass sie die Zulassung der gesamten alten wie neuen Actien zur Brüsseler Börse erwirkten, wo sich denn auch ein einigermaßen regelmässiger Verkehr in dem Papier entwickelte — indes zu in der Regel um etwa 90 % niedrigerem Curse, als dem in Berlin notierten. Laut Beschluss der letzten Generalversammlung wurde dann der Umtausch der Actien der Tochtergesellschaften u. s. w. in Treberactien beschlossen.

*

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-syndikat hat seinen ersten Halbjahresbericht 1901 veröffentlicht. Danach wäre der Gesamtabsatz gegen das Vorjahr fast gar nicht zurückgegangen. Während nämlich der Gesamtabsatz der Mitgliedszechen im ersten Halbjahr 1900 bei 147 $\frac{7}{8}$ Arbeitstagen 25 239 747 Tonnen betrug (also durchschnittlich arbeitstäglich 170 683 Tonnen), erreichte er 1901 bei nur 146 $\frac{7}{8}$ Arbeitstagen eine Höhe von rund 25 Millionen Tonnen (also durchschnittlich täglich 170 213 Tonnen). Das ist insgesamt ein Rückgang von 0,95 % oder pro Tag von 0,28 %. Indes selbst vom Syndikatsstandpunct aus hat die Sache doch auch ihren Haken: die festen Abschlüsse von früher her waren für viele Abnehmer unter keinen Umständen rückgängig zu machen, die Aufnahme der Lieferungen sagt also nichts über die wirklichen gegenwärtigen Bedürfnisse des Consums. Ferner ist die Productionsfähigkeit (die Beteiligungsziffer) der syndicierten Gruben stark gestiegen, eine constante Production ist daher gleichbedeutend mit einer stärkeren Zurückhaltung in der Erzeugung. Doch nehmen wir davon Notiz, dass das Syndikat mit der (nunmehr 15 procentigen) Förderungs-einschränkung länger auszukommen glaubt.

*

Das Coakssyndikat hat dagegen am 9. Juli eine Erhöhung der Einschränkung von 25 auf 33 % für das dritte Quartal beschlossen. Diese Einschränkung ist wohl weitergehend, als nötig, bemessen, um die abnorme Preishöhe der Aufschwungszeit

möglichst festhalten zu können. Es wäre darum ein Zeichen der Zeit und ein Beweis für die wachsende Unentraglichkeit dieser Syndikatspolitik, wenn sich die eben verbreitete Nachricht bestätigte: dass die preussische Staatsbahnverwaltung ihren Coaksbedarf für das nächste Jahr bei Nichtsyndikatszechen deckte, und zwar zu einem Preise, der wesentlich unter den Preisen des Coakssyndikats bleibt.

*

Kurze Chronik. Die langwierigen Verhandlungen über das Kalisyndikat haben schliesslich Ende Juni doch zu einer Verlängerung desselben auf drei Jahre geführt.
Max Schippel.

Socialistische Bewegung.

Einen Protest gegen die Erhöhung der Getreidezölle hat auch der Gemeinderat von Strassburg im Elsass erlassen. Er nahm mit grosser Mehrheit den von socialistischer Seite veranlassten Antrag des Professors Mayer an, an die Landesverwaltung die Bitte zu richten, sie solle ihr möglichstes thun, um die geplante Erhöhung der Getreidezölle abzuwehren. — Die Kundgebung des Strassburger Gemeinderates gewinnt eine besondere Bedeutung als Demonstration gegen den Versuch des Ministeriums, den Stadtvertretungen des Landes das Recht der Meinungsäusserung in dieser Frage streitig zu machen.

*

Die Einigung der französischen Socialisten, freilich jetzt nur noch der antiministeriellen allein, wird fortgesetzt angestrebt. In Paris hat vor wenigen Wochen ein von den Blanquisten, Guesdisten, der Alliance communiste und den autonomen Föderationen der Departements Doubs, Haut-Rhin, Haute-Saône, Deux-Sèvres, Vendée, Seine-et-Oise besetzte Conferenz stattgefunden, auf der über die Bedingungen discutirt wurde, unter denen eine Einigung aller socialistisch-revolutionären, das heisst antiministeriellen Elemente möglich wäre. Eine aus den Delegierten Bracke, Cheradame, Dubreuilh, Favrais, Jouandanne, Lafargue, Lallemand, Lesenfants, Marchand, Pillot, de la Porte und Canger bestehende Commission wurde mit der Abfassung einer gemeinsamen Principienerklärung betraut. Die neue Organisation soll „alle revolutionären Socialisten umfassen, die, nicht geneigt, sich auf Compromisse mit irgend einer Schicht der Bourgeoisie einzulassen, dem Regime des Capitalismus und der Reaction

ein Ende machen wollen“. Alle Socialisten werden zum Beitritt in die Union aufgefordert, die „an der Ueberzeugung festhalten, dass die socialistische Partei als revolutionäre und oppositionelle Partei, wenn sie auch alle Reformen anstreben muss, die geeignet sind, die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern, unter keiner Bedingung durch Teilnahme an der Regierung, Bewilligung des Budgets die Mittel zur Verlängerung der Herrschaft der feindlichen Classen liefern darf.“ Die Union wird von einem aus Delegierten der ihr angehörenden Organisationen gebildeten Centralrat geleitet werden. Gemeinsame Actionen müssen von diesem Centralrat mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen werden. Seine Aufgabe soll es sein, durch geeignete Massnahmen die organische Verschmelzung aller in der Union vereinigten Organisationen vorzubereiten. — Genosse Vaillant erklärte die internationale Scheidung der im Socialismus sich manifestierenden beiden Strömungen, der „radical-revolutionären“ und der „opportunistisch-reformatorischen“, als eine absolute Notwendigkeit im eigenen Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der demokratisch-proletarischen Weltanschauung. Die Einigkeit der deutschen Socialdemokratie bleibe für ihn ein Rätsel, sie werde sie später noch einmal schwer bereuen; denn die Controversen der „Bernsteinianer“ und der Anhänger Kautskys involvieren eine Kräftevergeudung. Frankreich werde durch die Stabilität der Spaltung die Macbethflecken des Opportunismus aus dem Gewande des Socialismus entfernen. Vaillant ist von der Ueberzeugung durchdrungen, dass das Vorgehen des revolutionären Frankreich in den übrigen Ländern Nachahmung finden wird. Nur auf diese Weise könnten die Gifte des Mauerungsprocesses neutralisiert werden. — Wie genau die Guesdisten es übrigens mit dem Classenkampfprincip und der Enthaltenspolitik nehmen, mag man an folgendem ermesen. Bei den Nachwahlen zur Städteverwaltung in Romans figurierte die guesdistische Arbeiterpartei gemeinsam mit einem mélinistischen Grossindustriellen auf einer Wahlliste. Der Reactionär siegte, während die „ministeriellen“ Socialisten und die bürgerlichen Radical-socialisten unterlagen! — Gegenüber der von der französischen Regierung ausgearbeiteten Gesetzesvorlage über die Altersversicherung nahm die socialistisch-revolutionäre Kammergruppe eine meiner Ansicht nach sehr tadelnswerte Stellung ein. Bekanntlich konnte das Gesetz nicht fertig gestellt werden; nachdem der Artikel 1 an-

genommen war, wurde die Weiterberatung von der Tagesordnung abgesetzt. Kurz vor Thoresschluss brachten nun die anti-semitischen Klerikalen Lasies und Gailhard-Bancel einen Antrag ein, der die Regierung aufforderte, die Arbeiterorganisationen sowie die industriellen, commerciellen und landwirtschaftlichen Verbände der Unternehmer über das Gesetz zu consultieren. Der Antrag wurde angenommen. Guesdisten und Blanquisten stimmten mit rührender Einigkeit demselben zu. Bancel ist der Organisator der reactionären landwirtschaftlichen Syndikate, die unaufhörlich an der Erdrosselung der bäuerlichen Demokratie arbeiten, und einem jeden springt es in die Augen, dass die Nationalisten mit ihrem Manöver nur die endgiltige Abstimmung über das Gesetz hinausschieben wollten. Diese Umfrage bei den heterogensten Wirtschaftsgruppen mit den verschiedensten Interessen bedeutet schon von vornherein einen Schlag ins Wasser und kann nur Verwirrung herbeiführen. Dem Wesen nach genau dasselbe würde es sein, wollte man bei der Discussion des Cultusbudgets die Ratschläge der Bischöfe einerseits und die der Freimaurer andererseits einholen. Daher mutet es einen allerdings etwas eigentümlich an, die Würdenträger des Classenkampfes im Bunde mit den Unternehmerverbänden und Handelskammern zu sehen. Schlossherren und Junker werden von revolutionären Socialisten officiell mit der Aufgabe betraut, im Namen der Kleinbauern, der landwirtschaftlichen Tagelöhner und Proletarier zu antworten! Oder sollte es den Genossen Vaillant und Zévaës wirklich unbekannt sein, dass die Kleinbauern fast gar nicht, die Landarbeiter überhaupt nicht organisiert sind und dass nur die Grossgrundbesitzer einen mächtigen Bund aufzuweisen haben? Und wenn nun diese Herren sich weigern, für ihre Lohnarbeiter die im Gesetze vorgesehenen Abgaben zu entrichten, was wird Vaillant dazu sagen können?

*

Bei den Stichwahlen zur zweiten holländischen Kammer sind 7 Socialdemokraten gewählt worden, und zwar siegten: in Leeuwarden Genosse Melchers mit 2371 Stimmen, in Schoterland Genosse van der Zwaag mit 2168, in Hoogezand Genosse Ter Laan mit 2331, in Appingedam Genosse Schaper mit 3108, in Veendam Genosse Schaper mit 2110, in Enschede Genosse van Kol mit 5165 Stimmen, in Weststellingwerf Genosse van der Zwaag mit noch unbekannter Stimmzahl. Wie man sieht, sind Schaper und van der Zwaag

doppelt gewählt, so dass Gelegenheit geboten ist, Genossen Troelstra, der leider in Tietjerksteradeel unterlag, wieder hineinzu bringen. — Neu gewonnene Sitze sind: Leeuwarden, Weststellingwerf, Appingedam und Hoogezand. Dagegen verloren unsere dortigen Genossen Tietjerksteradeel im ersten Wahlgang. Im allgemeinen ist also die Wahlschlacht für die Socialdemokratie glänzend verlaufen. Die gesamte Stimmenzahl, die für socialistische Candidaten aufgebracht wurde, beträgt 38 279 gegen 13 035 im Jahre 1897, also eine Verdreifachung! In einem Lande mit einem beschränkten Wahlrecht, das gerade die städtische Arbeiterschaft ausschliesst, ist dies ein Resultat, auf welches wir stolz sein können. Holland wird jetzt nach dem Sturze der liberalen Regierung unbedingt einer Zeit noch ärgerer Reaction entgegengehen, und die Socialdemokratie wird den Kampf gegen Muckertum und Volksverdummung mit grösserem Enthusiasmus und grösserer Kraft zu führen wissen, als die Liberalen es je vermocht haben.

Bei den Gemeinderatswahlen in Holland erhielten unsere Genossen in Amsterdam 5690 Stimmen gegen 3660 bei der vorigen Wahl. Henri Polak und P. L. Tak stehen in Stichwahl. In Groningen bringen wir in zwei Kreisen je einen Genossen in die Stichwahl; beide stehen obenan in der Liste, 40 % aller abgegebenen Stimmen entfielen dort auf uns. In Zuidhorn brachten wir den Genossen Donia in die Stichwahl. In Wormerveen wurde Genosse Groot gewählt. In Arnheim kommen 3 Socialisten in Stichwahl, in Enschede einer. In Haarlem bringen wir in einem Kreise den Genossen Hugenholz in die Stichwahl; in einem anderen hat es der Zufall gewollt, dass Genosse Troelstra mit Genossen Hugenholz gegen einander in die Stichwahl kommen. Das Mandat ist jedenfalls erobert. Im Haarlemer Rat sitzen schon 4 Socialdemokraten. In Leeuwarden bringen wir in allen 3 Kreisen je einen Genossen in die Stichwahl. In Zaandem, Delft, Hilversum und anderen Orten unterlagen wir, überall aber mit gesteigerter Stimmenzahl. In den meisten Gemeinden muss der Wahlgang noch stattfinden.

Der polnischen socialistischen Partei in Preussen ist Gelegenheit geboten, sich auf einem neuen Fiede zu bethätigen. In Duisburg - Mulheim - Ruhrort machen die polnischen Arbeiter ein Drittel der Wähler aus. Um ihre Stimmen bewerben sich so-

wohl die deutschen Ultramontanen als auch der gleichfalls clerical schillernde Polnische Verband. Trotz der in letzter Zeit eingetretenen mancherlei Vermittlungen zwischen einigen Gruppen der deutschen Socialdemokratie und der polnischen socialistischen Partei, nimmt die letztere, wie sich dies von selbst versteht, die ihr zukommende Haltung ein. Sie empfiehlt nachdrücklichst den polnischen Arbeitern die Wahl des Candidaten der deutschen Socialdemokratie. Besonders energisch tritt die Gazeta Robotnicza vom 13. Juli, unter scharfer Kritik des Centrums und des Polnischen Verbandes und unter entschiedener Ablehnung jedweder bürgerlichen Candidatur, für die Wahl des Genossen Hengsbach ein.

Kurze Chronik. Zu gunsten des Stimmrechts für die Frauen nahm der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei einstimmig eine Resolution an, in der auf die Forderung der Gleichheit beider Geschlechter verwiesen wird und die Parteigenossen aufgefordert werden, mit vollem Eifer unter den Frauen zu agitieren. — Laut Bericht der schwedischen Delegierten am internationalen Secretariat sind in den Gemeinderäten der Städte Helsingborg, Halmstadt und Gelle je 3 Socialdemokraten vertreten. Das Wahlrecht zu den Gemeinderatswahlen ist an eine Einkommensteuer gebunden. Ende 1910 beziffert sich die Zahl der politisch Organisierten auf 44 100. Organisationen giebt es 521. Unsere dortigen Parteigenossen besitzen 3 grosse Tagesblätter: Socialdemokraten (Stockholm), Arbeit (Malmö), Ny Tid (Göteborg); fünf wöchentlich erscheinende Zeitungen: Folkbladet (Stockholm), Nya Sambottet (Sundsvall), Landskronakuriren (Landskrona), Aurora (Ynod) und Lysekilskuriren (Lysekil). Im Riksdag sitzt 1 Socialdemokrat. Genosse Hjalmar Branting, Vertreter des 5. Stockholmer Wahlkreises. — In Tokio (Japan) wurde die Nummer vom 20. Mai unseres Bruderorganes The Labor World beschlagnahmt, weil darin die definitive Gründung einer socialdemokratischen Partei verkündet wurde. Gleichzeitig schritt die Regierung zur Auflösung der politischen Organisation. Unsere Genossen haben beschlossen, die Labor World täglich erscheinen zu lassen, sobald 3000 Unterschriften gesammelt sind. Die Genossen Katayama und Mitsujiro Nishikawa veröffentlichten am 1. Juni in japanischer Sprache ein sehr interessantes Werk: Die Arbeiterbewegung in Japan; eine englische Ausgabe wird auf dem Fusse folgen. — Vor 6 Monaten hat sich in der

Hauptstadt von Hawaii, Honolulu, eine Section der socialdemokratischen Partei Americas gebildet.

Oskar Petersson.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Aufschwung trotz Krise ist überall in der Gewerkschaftsbewegung zu constatieren. In den meisten der deutschen Gewerkschaften macht sich zur Zeit eine äusserst rege Thätigkeit bemerkbar. Vielfach gilt es, die auf den letzten Verbandstagen beschlossenen Reorganisationspläne, Unterstützungseinrichtungen und sonstigen Neuerungen durchzuführen. Hier werden Gaue organisiert, dort werden Zweigvereine ausgebaut und zusammengelegt, um grössere und kräftigere Verbandsstellen zu gewinnen. Wo die geographische Lage und die wirtschaftliche Interessengemeinschaft, wie solche in den Tarifsätzen zum Ausdruck kommt, die Vereinheitlichung und Vereinfachung begünstigen, wird rege daran gearbeitet.

Allerdings giebt es hier und da mehr oder minder lauten Widerspruch seitens der Mitglieder gegen derartige Neuerungen, doch schliesslich wird in den meisten Fällen die bessere Einsicht siegen.

Eine höchst wichtige Nachricht kam Mitte Juni aus Dresden. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Vorstände des Metallarbeiter- und des Formerverbandes wurde eine Vereinbarung zwecks Verschmelzung dieser beiden Verbände getroffen. Am 11. August d. J. soll diese Frage durch Urabstimmung der Mitglieder im Formerverbande entschieden werden. Die Uebertrittsbedingungen sind den Formern leicht gemacht und so gestaltet, dass die speciellen Berufsinteressen der Former in jeder Weise gewahrt werden. Allem Anscheine nach dürfte diese schon seit 10 Jahren schwebende Verschmelzungsfrage zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst werden.

Der Lagerhalterverband hat sein eigenes Verbandsorgan: Monatsblätter des Lagerhalterverbandes ab 1. Juli, wie in Jena beschlossen, erscheinen lassen. Erscheinungsort ist Leipzig.

Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hat wieder eine Agitationsschrift, betitelt: Auf der Walze herausgegeben. Das Schriftchen wird seine gute Wirkung nicht verfehlen.

Der deutsche Buchbinderverband hat ebenfalls eine 66seitige Broschüre herausgegeben, welche neben einem Rückblick auf das Jahr 1900 auch noch eine kurz gedrängte Geschichte des Gesamtverbandes und seiner Vorläufer seit 1869 enthält.

Der Unterstützungsverein der Kupferschmiede feierte am 1. Juli sein fünfzehn-

jähriges und der Maurerverband sein zehnjähriges Jubiläum. In den Zeitungen der beiden Verbände wird aus diesem Anlass eine kurze zahlenmässige Darstellung der Verbandsentwicklung gegeben, und es dürfte sich verlohnen, die Hauptdaten auch hier folgen zu lassen: Im Kupferschmiedeverband stieg seit 1886 die Zahl der Mitglieder von 760 auf 3432 im Jahre 1900, die Zahl der Filialen von 31 auf 70. In diesem Zeitraum wurden verausgabt für:

Reiseunterstützung . . .	172 689,58	Mark,
Ortsunterstützung . . .	83 660,05	"
Strikeunterstützung . . .	22 380,95	"
sonstige Unterstützung	5 220,50	"
in Sterbefällen	35 805,81	"

Geradezu imposant nimmt sich die Entwicklung des Maurerverbandes aus:

	1891	1900
Mitglieder . . .	12 523	82 964!
Zahlstellen . . .	129	886!
Einnahme . . .	50 000 Mark	1 264 062 Mark
Ausgabe . . .	25 000	868 854

Die Verbandsleitung hatte in diesen 10 Jahren zu 2500 Lohnbewegungen, Strikes etc. Stellung zu nehmen. Der Grundstein bemerkt hierzu: „Freilich umfasst unsere Organisation immer noch nur erst kaum den dritten Teil aller derjenigen, die für diese Organisation in Betracht zu ziehen sind. Und doch ist das erzielte Resultat in Anbetracht der gewaltigen Schwierigkeiten, mit denen wir zu rechnen haben, als ein verhältnismässig hoch befriedigendes zu bezeichnen.“

Der deutsche Metallarbeiterverband hat in Stuttgart ein eigenes Grundstück mit Gebäuden für seinen Geschäftsbetrieb, die Druckerei der Metallarbeiterzeitung u. s. w. erworben. Neue Arbeitersecretariate werden errichtet in Kiel und Dortmund. In fast allen Gewerkschaften wird eine intensive Organisations- und Werbearbeit entfaltet. Gilt es doch, noch über fünf Millionen organisationsfähiger Arbeiter im Deutschen Reiche für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Alles in allem genommen, pulsiert in der deutschen Gewerkschaftsbewegung frisches Leben!

Die Haltung christlicher Unternehmer gegen christliche Arbeiter wird zusehends eine schärfere. An der Wiege der christlichen Gewerkschaften stand der katholische Klerus. Ihr Daseinszweck war die Bekämpfung des Strebens nach wirtschaftlicher und sozialer Bewegungsfreiheit in Arbeiterkreisen oder, um im Scharfmacherjargon zu reden: der Socialdemokratie. Nur mit friedlichen Mitteln sollte die Förderung wirtschaftlicher Interessen erstrebt werden.

und Kampf bis aufs Messer den „socialdemokratischen Gewerkschaften“ und deren socialen Friedensbruchstendenzen! — so lautete die Parole in den ersten Jahren. Mit dem Piesberger Kohlenarbeiterstrike leitete sich der Umschwung ein. Im Grunde genommen handelte es sich damals für die Arbeiter um Erhaltung der gefährdeten Sonntags- und Feiertagsruhe. Der Strike ging verloren. Die Actionäre wandten ein brutales Radicalmittel an, indem sie beschlossen, den Betrieb überhaupt einzustellen und die Gruben versaufen zu lassen, obschon sie noch zuletzt 8% Dividende einheimen konnten. Das war im ersten Halbjahr 1898. Die christlichen Arbeitertage in Frankfurt a. M. und zuletzt in Crefeld und Speyer liessen erkennen, dass das Vertrauen in die „friedliche Taktik“ weiter sank. Die Strikebewegung im christlichen Lager verstärkte sich, bis vor kurzem der Kampf der Tabakarbeiter in Kaldenkirchen den christlichen Organisationen zu den schärfsten Massnahmen Veranlassung gab. Immer häufiger werden die Beispiele, welche beweisen, dass auch die christlichen Arbeiter, sofern sie mit Ernst ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten, die Rücksichtslosigkeit und den Herrdünkel der Unternehmer zu fühlen bekommen. In Fürstenheim im bayerischen Walde sind die Vorstandsmitglieder der christlichen Steinarbeiterorganisation gemassregelt worden. Infolgedessen haben die Fürstenberger Steinarbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Secretair des christlichen Glasarbeiterverbandes in der Oberpfalz klagt darüber, dass ihn die Meister wegen seiner Stellung in der Organisation auf das Gröblichste schmähen und verdächtigen. Derartige Vorkommnisse werden natürlich mehr, als irgend welche agitatorische Thätigkeit es je vermag, die Arbeiter über die schädlichen Wirkungen der Kräftezersplitterung in Sonderorganisationen aufklären. — Amüsant ist es, bei dieser Gelegenheit das Verhalten des ultramontanen bayerischen Eisenbahnerverbandes zu beobachten. Ob zwar dieser Verband mit den anderen christlichen Organisationen aus einem Holz geschnitten, hält er es doch für besser, mit ihnen keine gemeinschaftliche Sache zu machen. Die Herrschaften in der Verbandsleitung fürchten offenbar, sich zu compromittieren, wozu in München doch gewiss kein Grund vorliegt. Diese Reserve legt man sich angeblich aus Gründen der Neutralität auf. Die Neutralität ist hier aber nichts weiter als ein Deckmantel schwächlicher Nachgiebigkeit gegenüber der Eisenbahnverwaltung.

*

Aus der deutschen Strikebewegung haben wir zunächst die bereits längere Zeit andauernden Kämpfe mit Angabe ihrer Dauer hervor: Glasarbeiter Schauenstein (seit dem 1. August 1900), Nienburg (seit dem 28. Januar 1901), Kupferschmiede Hamburg (10 Wochen), Weber Cunewalde (18 Wochen), Feilenhauer Hamburg-Altona-Harburg (13 Wochen), Aussperrung in Cöslin (14 Wochen), Steinbrucharbeiter Gommern (22 Wochen); letzterer ist inzwischen als resultatlos beendet.

Der Maurerstrike in Halle wird nur noch partiell fortgesetzt. Die Glasarbeiter haben zu gunsten der Ausständigen auf den Heyeschen Werken den Generalstrike beschlossen. Es kommen dabei ca. 6000 Flaschenbläser in Frage. Eine thatkräftige Unterstützung der Strikenden erscheint im allgemeinen gewerkschaftlichen Interesse sehr geboten. Etwas Erfolg haben die Cunewalder Weber und die Tabakarbeiter Nordhausens zu verzeichnen. In beiden Fällen ist der Fabricantenring gesprengt. Der Boycott muss gegen die das Coalitionsrecht verletzenden Tabakfabricanten mit aller Entschiedenheit weitergeführt werden, um vollen Erfolg zu erzielen.

Der Maurerverband führte in der Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli nach den im Grundstein zusammengestellten Berichten 27 Strikes und in 18 Orten Bausperren durch. In 8 bis 10 Fällen war der Verband durch Strikes der Zimmerer und Bauarbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Der Holzarbeiterverband war bei 33 verschiedenen Strikes und Lohnbewegungen engagiert.

*

Kurze Chronik. Der Strike der Harburger Gummiarbeiter ging verloren. Die Ursache liegt in dem starken Zuzug ausländischer Strikebrecher. — Die Schlächter Berlins reichten den Meistern ihre Forderungen ein. — Die Breslauer Bäcker führten einen kurzen siegreichen Strike und erzielten Lohnerhöhung und Innehaltung der Maximalarbeitszeit, sowie Anerkennung der Gewerkschaft seitens der Innungen. Den innungsmässig organisierten und dem Germania-Verbande angehörenden Bäckermeistern ist inzwischen mit ihrem bekanntlich auf 25000 Mark angesammelten Strikefonds ein kleines Malheur zugestossen. Der Fonds wurde von der preussischen Regierung gesperrt, weil mehrere Innungsmeister gegen die Art und Weise der Ansammlung protestierten und dieselbe als ungesetzlich bezeichneten. — Sonstige Bewegungen sind zu verzeichnen unter den Barbieren in Altenburg, Hafenarbeitern in Brake an der Weser, Bauarbeitern in Hamburg, Dachdeckern in Aachen, Malern in Bremen, Töpfern in Wittenberge (gewonnen).

Zimmerern (Aussperrung) in Wiesbaden, Steinsetzern und Rammern in Wandsbek. — Die Hutmacher hielten in der Zeit vom 17.—22. Juni in Luckenwalde ihren VII. Verbandstag ab. 27 Delegierte vertraten 2700 Mitglieder. — In Danemark (Kopenhagen) fand ein Congress der Seeleute und Hafendarbeiter statt, welcher eine Verschmelzung der Verbände der einzelnen Transportbranchen bezweckte. Ferner sollen auch Verbindungen mit den Transportarbeitern aller Nationen angeknüpft werden. Ausserdem tagte in Kopenhagen der VII. Verbandstag der Schmiede und Maschinenarbeiter. 84 Delegierte vertraten 6000 Mitglieder. — Die ausländische Strikebewegung hat erhebliche Dimensionen angenommen; besonders war dies in America der Fall.

Heinrich Bürger.

Genossenschaftsbewegung.

Ueber vier **Verbandscongresse** haben wir heute zu berichten. Der englische Genossenschaftscongress in Middleborough trug wieder dasselbe imposante Gepräge, das die jährliche Heerschau der fortgeschrittensten Genossenschaftsbewegung der Welt zu tragen pflegt. Die statistischen Daten sind bereits im vorigen Heft gegeben worden. Der Congress war besucht von 1234 Delegierten der Genossenschaften aller Richtungen, ausserdem von einer grossen Anzahl von Gästen, darunter Herr Scherling von der deutschen Grosseinkaufsgesellschaft.

Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige. Bezüglich der Neuorganisation des internationalen Genossenschaftsbundes (vgl. April-Heft, pag. 304) wurde nach lebhafter Debatte beschlossen, den von den Vertretern des englischen Genossenschaftsbundes in Paris gemachten Vorschlägen zuzustimmen, wonach die Mitgliedschaft in der Regel auf Vereine beschränkt, die individuelle Mitgliedschaft nur ausnahmsweise, an Orten, wo noch keine Corporationen bestehen, zugelassen werden soll. Ferner gelangten zur Annahme Anträge: betr. die internationale Förderung der Grosseinkaufsgesellschaften und ihre Geschäftsbeziehungen; betr. Gewährung von Universitätsstipendien an Genossenschaftler; ein Antrag, der die Verwendung von Ueberschüssen der Genossenschaften zur Förderung des Hausbaues ihrer Mitglieder empfiehlt und zwei Resolutionen, die politischen Charakter trugen. Es waren dies ein scharfer Protest gegen die neue Zuckersteuer und alle Zölle auf Lebensmittel, sowie eine von Holyoake vom Standpunkte der Selbsthilfe aus bekämpfte Resolution, die eine Altersversicherung

für das ganze Volk — ob Mann, ob Weib — für eine dringende Aufgabe der parlamentarischen Thätigkeit erklärt.

Für das Owenedenkmal wurden 300 Lstr., für die Owenbibliothek und das Oweninstitut in Newton 500 Lstr. bewilligt. Als Ort für den nächsten Congress ist Exeter bestimmt worden. Bemerkenswert sei noch, dass die elektrische Beleuchtung der wie gewöhnlich mit dem Congress verbundenen Ausstellung genossenschaftlicher Producte ebenfalls genossenschaftliche Arbeit war: sie wurde von der Newcastleer Filiale der C. W. S. geliefert.

Kurze Zeit darauf tagte in Blackpool der Congress der englischen Frauengilde (vgl. Januar-Heft, pag. 61 und 62), die zur Zeit 13278 weibliche Mitglieder zählt. Er war von 165 Filialen mit 348 Delegierten besetzt; die Gesamtpräsenzstärke belief sich mit den verschiedenen Beamten und Mitgliedern der Gilde und den Deputationen auf etwa 1000 Personen. Die Mannigfaltigkeit der zur Verhandlung kommenden Gegenstände bewies, ein wie weites Thätigkeitsgebiet sich die Gilde gesteckt hat. Es wurden Referate gehalten über genossenschaftliche Lebensversicherung und über die Bekämpfung der Trunksucht durch die Communalisierung des Getränkehandels. Ferner demonstrierte der Congress für die Einführung eines früheren Ladenschlusses, eine moderne Schulgesetzgebung und einen einschneidenden Arbeiterschutz. Eine besonders scharfe Kritik erfuhr auch hier der neue Zuckerzoll, die dadurch noch wirkungsvoller gemacht werden soll, dass die Ortsvereine der Gilde Protestresolutionen gegen die Massregel beschliessen sollen, um damit direct auf die Abgeordneten ihrer Wahlkreise zu drücken.

Am 22. und 23. Juni fand in Glarus die 12. Delegiertenversammlung des Verbandes schweizerischer Consumvereine statt. Dieser Verband umfasst 116, das ist nahezu die Hälfte aller schweizerischen Consumvereine, deren 83 559 Mitglieder aber drei Viertel der organisierten Consumenten repräsentieren. Der Verband dient zugleich als Centralstelle für den gemeinsamen Einkauf und vermittelt als solche Colonialwaren, Tabakfabricate, Weine, Eier, Käse etc. Er hatte in diesen Waren im vergangenen Jahre einen Umsatz von 3657366 Frs., von denen 3286058 Frs. auf die angeschlossenen, 182051 Frs. auf die nicht angeschlossenen Vereine und 189255 Frs. auf diverse Engrosverbände (darunter die Deutsche Grosseinkaufsgesellschaft mit 10385 Frs.) entfielen. Der Umsatz hat gegen das Vorjahr um 10%

zugenommen. Mit dem Congress war diesmal nach deutschem und englischem Muster eine Ausstellung verbunden, auf der neben denen der Privatindustrie auch eine, wenn auch noch kleine, Anzahl genossenschaftlicher Erzeugnisse prangten. Es waren dies die Fleischereiprodukte und die „Leckerli“ des Baseler Consumvereins, die Limonaden und Selterswasser des Luzerner Vereins und die Seifen der Birseckschen Consum- und Productionsgenossenschaft. Aus den Verhandlungen des Congresses sei erwähnt der Beschluss, dem Verbandsvorstand 23000 Frs. zur Errichtung eines Petroleumreservoirs, einer Kaffeerösterei und einer Gewürzmühle zu bewilligen; ferner der Beschluss, einen Reisenden anzustellen, der als geschäftlicher Vermittler zwischen Centralstelle und Consumvereinen, sowie als Berater der letzteren dienen soll.

Endlich ist noch über die am 8. Juni abgehaltene Generalversammlung der dänischen Grosseinkaufsgesellschaft zu berichten. Die Gesellschaft, die den nächsten Platz nach den englischen und schottischen C. W. S. einnimmt, hatte mit ihren 300 angeschlossenen Vereinen im verfloffenen Geschäftsjahre einen Umsatz von 11 Mill. Kronen (12375000 Mk.) und erzielt dabei einen Reingewinn von 355656 Kronen = $4\frac{1}{8}\%$ auf die dividendenberechtigten Waren. Ihr Geschäftscapital beläuft sich auf 539600 Kronen. Zu den Immobilienbesitzstücken der Gesellschaft ist im Jahre 1900 ein neues Centrallager in Aarhus getreten. Des weiteren hat das letzte Jahr auch den ersten Schritt zur Eigenproduction gebracht durch die Errichtung einer eigenen Kaffeerösterei und einer Bonbon- und Choccoladenfabrik. Das Resultat dieses Versuches ist ein über alles Erwartungen günstiges gewesen; man hofft bestimmt, dass das erste Jahr mit einem Reingewinn von 100000 Kr. abschliessen wird. Durch diesen Erfolg ermutigt hat die Generalversammlung der Leitung Vollmacht zur Errichtung einer Tabakfabrik gegeben. Ein weiterer Beschluss fasst die Einführung von Hochschulcursen für Geschäftsführer und Lagerhalter ins Auge.

2 Millionen Mark sind aus Reichsmitteln für die **Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften** bewilligt worden. In kürzlich stattgefundenen vorbereitenden Verhandlungen in Kiel sind dem Arbeiterbauverein Gaarden-Kiel und Umgebung, (31800 Mitglieder) bereits 500000 Mk. zum Bau von 100 neuen Einfamilienhäusern, dem Spar- und Bauverein Kiel (ca. 300 Mitglieder) 150000 Mk. für den Bau eines

Häusercomplexes mit 64 zweistubigen Wohnungen in Aussicht gestellt. Den Bau und Sparvereinen zu Holtenu und zu Brunsbüttel sollen vom Reiche Grundstücke im Erbbaurecht gegeben werden, und voraussichtlich werden jedem Verein 250000 Mk. dargeliehen. Es entfallen demnach von den aus Reichsmitteln bewilligten zwei Millionen Mark auf die Provinz Holstein 1150000 Mark, die in erster Linie zur Herstellung von Wohnungen für die Arbeiter der Kaiserlichen Werft und der Canalverwaltung dienen werden.

„Voraussichtlich handelt es sich aber“ — so bemerkt der Wochenbericht zu dieser Nachricht — „nur um den Anfang einer grossangelegten Thätigkeit der Reichsverwaltung, welche beabsichtigt, damit planmässig den genossenschaftlichen Wohnungsbau für ihre Arbeiter und die Angestellten aus Reichsmitteln zu fördern.“

Wir haben gewiss nichts dagegen, wenn das Reich die Wohnungsverhältnisse seiner Arbeiter durch Unterstützung genossenschaftlicher Bestrebungen zu heben sucht — um so sonderbarer berührt dagegen das feindselige Verhalten derselben Behörden gegen die „socialdemokratischen“ Arbeiterconsumvereine.

Die **Birsecksche Productions- und Consumgenossenschaft** hat in ihrer jüngsten Generalversammlung Jahresrechnung und Bericht über 1900 genehmigt. Der Umsatz betrug im verfloffenen Jahre 848648 Frs., der Reingewinn 36987 Frs., wovon 9670 Frs., dem Vermögen zugeschrieben wurden und 26894 Frs. als 6 procentige Rückvergütung auf die Warenbezüge den Mitgliedern zuflössen. In diesen Zahlen prägt sich aber der Nutzen und die Leistungsfähigkeit dieser interessanten Arbeiter- und Bauerngenossenschaft nur zum kleinsten Teil aus. „Bauer und Arbeiter, die stets gegen einander ausgespielt werden, ja, die sich in ihrer Verblendung bekämpfen, sie müssen zusammengeführt werden auf dem gemeinsamen Boden des wirtschaftlichen Interesses, und dieser Boden ist die Genossenschaft“ — das war die leitende Idee, die den Landrat Stephan Gschwind in Oberwil (Baselland) veranlasste, im Jahre 1891 das Unternehmen ins Leben zu rufen. Männer aus dem landwirtschaftlichen Verein und aus dem Grütliverein reichten sich die Hand zu gemeinsamem Werk. Neben der Versorgung ihrer Mitglieder mit Lebensmitteln fasste die Genossenschaft sofort den Absatz und die Verarbeitung der Produkte ihrer bäuerlichen Mitglieder ins Auge. Man übernahm die Function eines schon älteren Milchverkaufs-

vereins, kaufte Roggen, Weizen, Hafer und Kartoffeln an, ebenso die gesamte Kirschen-ernte, die man zur Alkoholproduction in eigener Regie verwertete. Bereits 1893 konnte man zum Bau eigener Localitäten schreiten. Eine Sparcasse wurde errichtet und verschaffte der Genossenschaft reichlich Capital zur Ausdehnung ihrer Geschäfte. Der Bezug von Brauereirückständen zu Futterzwecken wurde organisiert. Eine Dreschmaschine zur gemeinschaftlichen Benutzung wurde angeschafft, andere landwirtschaftliche Maschinen folgten. Immer neue Verkaufsstellen wurden errichtet, und die Genossenschaft breitete sich rasch über die anderen Orte des Birs- und Birsighals aus. 1895 wurde ein eigenes Organ, der Bauern- und Arbeiterbund Baselland, gegründet. 1896 kaufte man den Gasthof Zur Krone in Oberwil und schuf sich eine hübsche Versammlungs-, Erholungs- und Erziehungsstätte. Die Einrichtung einer Badeanstalt und Wäscherei folgte. Des weiteren beteiligte man sich an einer Seidenweberei, einer Elektrizitätsgesellschaft, die einer Reihe von Gemeinden Kraft und Licht liefert, einer grossen Ziegelei und errichtete eine Lebensversicherung für die Mitglieder. Neuerdings übernahm die Genossenschaft eine Seifeniederei und eröffnete eine eigene Bäckerei. Das Liegenschaftsconto beläuft sich heute auf 584316 Frs.; man hat fast in allen Orten eigene Häuser, und die 21 Verkaufsstellen umspannen das ganze Birseck. — Fürwahr eine glänzende Entwicklung, und eine Entwicklung aus dem Nichts!

Kurze Chronik. Die erste Nummer der Monatsblätter des Lagerhalterverbandes ist erschienen. In einem programmatischen Artikel wird hervorgehoben, dass das Blatt kein reines Kampfgorgan sein will, sondern sich neben der Vertretung der Interessen der Lagerhalter auch die allgemeine Förderung der Genossenschaftsbewegung zur Aufgabe gemacht habe. — Auf dem 35. Verbandstag der süd-deutschen Consumvereine zu Freiburg i. B. wurde beschlossen, den Verband auch auf das Grossherzogtum Hessen und die angrenzenden Bezirke auszudehnen. — Der 33. Verbandstag der sächsischen Consumvereine nahm eine gegen den Beschluss des Engeren Ausschusses des Allgemeinen Verbandes (vgl. Juli-Heft, pag. 553) protestierende Resolution an, in der die bestimmte Erwartung ausgesprochen wird, dass der weitere Beitritt der Vorwärtsvereine anstandslos erfolgen könne. — Nach den Listen des Allgemeinen deutschen

Genossenschaftsverbandes bestanden am 31. März 1901 in Deutschland 1527 Consumvereine, gegen 1403 im Vorjahre, demnach ist eine Vermehrung um 124 Vereine stattgefunden. — Das mit dem 30. Juni beendete Geschäftsjahr des Leipzig-Plagwitz-Consumvereins brachte einen gesamten Verkaufserlös von 9729042,59 Mk., gegen das Vorjahr ein Mehr von 1501919,06 Mark. Die im Mai 1900 statutarisch eingerichtete Sparcasse wurde mit Einzahlungen von 303389,09 Mk. bedacht; Rückzahlungen erfolgten in Höhe von 55265,75 Mk., wodurch sich am Schlusse des Geschäftsjahres ein Guthaben der Einleger von ungefähr $\frac{1}{4}$ Million Mark ergibt. — Der Entwurf einer Umsatz- bzw. Warenhaussteuer soll dem sächsischen Landtage alsbald nach seinem Wiederzusammentritt zugehen. — Neugründungen von Consumvereinen: Mülheim a. Rh., Lauf, Schwiebus, Neumünster, Nienburg a. S., Blankenburg, Cottbus, Mühlberg a. E., Neunkirchen, Potsdam, Sangershausen, Culmbach, München-Gladbach, Soltau, Bischofswerda, Landstuhl und verschiedene kleinere Orte. Consumvereinsgründungen stehen bevor in Glückstadt, Speyer, Itzehoe und Dortmund. — Im Jahre 1900 wurden den Coöperatives Belges zufolge in Belgien nicht weniger als 5023 Genossenschaften der verschiedensten Richtungen (gegen 2928 im Vorjahre) gegründet. — Ein Genossenschaftsbergwerk beabsichtigen die französischen Bergarbeiter in Gemeinschaft mit den französischen Consumvereinen zu gründen. Sie haben ein Bergwerk in der Gemeinde Saint Eugène in Aussicht genommen, zu dessen Erwerb und Betrieb ein Capital von 200000 Frs. nötig ist. Die Hälfte desselben soll von dem Verbands der Bergarbeiter, die andere Hälfte in Form von verzinsbaren Anteilen durch die Consumvereine aufgebracht werden, von denen man erwartet, dass sie die Abnehmer der Kohlen werden.

Gertrud David.

Sociale Communalpolitik.

Die Zeit der Städtetage ist gekommen. Im Juni und Juli haben der westfälische und nassauische Städtetag ihre Sitzungen abgehalten, aus deren Verhandlungen wir einige interessante Punkte herausgreifen. Beide Städtetage beschäftigten sich mit der Frage der Schulärzte. Die Referenten des nassauischen Städtetages forderten mit grosser Entschiedenheit die Anstellung von Schulärzten und bezeichneten als ihre Aufgabe die Ueberwachung der Gesundheit der Schulkinder und die Ueberwachung der Schulräume. Es sollten

Gesundheitsscheine eingeführt werden, in die alle Fehler, krankhaften Erscheinungen und Erkrankungen der Kinder während der Schulzeit eingetragen werden. Diese Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Kinder ist dringend notwendig, will man einer Verkrüppelung der Jugend in zahlreichen Fällen vorbeugen. Die meisten Kinder unseres Proletariats und der wenig bemittelten Classen überhaupt kommen mit dem Arzte erst dann in Berührung, wenn sie acut erkranken oder ihr chronisches Leiden so schwer geworden, dass eine Heilung nur selten noch möglich ist. Gleichgiltigkeit und Unwissenheit der Eltern gehen hier Hand in Hand, und selbst wenn das Verständnis der Eltern vorhanden ist, fehlt es häufig an den erforderlichen Geldmitteln, einen Arzt zu Rate zu ziehen. Staat und Gemeinde haben aber das grösste Interesse daran, dass die Schuljugend gesund und kräftig sich entwickelt und etwa sich bildender Verkrüppelung in den frühesten Anfängen vorgebeugt wird. Denn die Krüppel sind es natürlich, die zuerst im Kampfe ums Dasein zurückbleiben und unterliegen und dann früher oder später der Gemeinschaft in unbrauchbarem Zustande zur Last fallen. Und dass diese Verkrüppelungsgefahr eine sehr grosse ist, das zeigen alle Aufnahmen, die in den verschiedenen Städten von den Schulärzten vorgenommen sind. So hat vor kurzem der Lehrer G. Schanze im Dresdener Lehrerverein über die Gesundheitsverhältnisse der Elementarschüler auf Grund des Actenmaterials Aufschlüsse gegeben, die geradezu erschreckende Zustände enthüllten. Der Vortragende hatte die Krankheiten der Kinder in 15 Rubriken gebracht: Blutarmut, Zahnkrankheiten, körperliche, geistige Schwäche, chronische Krankheiten, vergrösserte Mandeln, vergrösserte Halslymphdrüsen, Scrophulose, Nervosität, Rachitis, Augenkrankheiten, Ohrenleiden, Stammeln, Stottern und sonstige Leiden. Es stellte sich nun bei der Untersuchung heraus, dass nicht nur ein grosser Teil der Kinder mit 3—4 Krankheiten behaftet war, sondern auch, dass gut die Hälfte der Kinder als anormal bezeichnet werden musste. Die Lage der Schulen nach den Stadtteilen machte keinen Unterschied. Und wie in Dresden, so auch in anderen Städten. Man braucht nur aufs Geratewohl die Schularztberichte irgend einer Stadt herauszugreifen, um sich den gleichen, geradezu erschreckenden Gesundheitszuständen unserer Volksschulkinder gegenüber zu sehen. Jedem Schwärmer für unsere capitalistische Gesellschaftsordnung muss sich dabei die entsetzliche Verwüstung des Menschenmaterials aufdrängen, die Unterernährung, mangelhafte

Wohnung, frühzeitige Ueberarbeit u. s. w. in den Classen des Proletariats anrichten. Dieser Verkrüppelung und Verkümmern der Jugend vorzubeugen, ist aber eine Hauptpflicht des Staates nicht minder, wie der Gemeinde. Der westfälische Städtetag sprach sich daher in sehr richtiger Weise für eine Beitragspflicht des Staates zu den Kosten der Schulärzte aus. Er beauftragte seinen Vorstand, bei der Staatsregierung dahin zu wirken, dass diese den Gemeinden, Schulverbänden u. s. w., die nach bestimmten, von der Aufsichtsbehörde festzusetzenden Normalanforderungen Schulärzte bei den Volksschulen ihres Bezirkes anstellen, die Hälfte der Kosten vergütet.

Mit dem Steuerprivileg der Beamten, Geistlichen und Lehrer, die trotz § 41 des Communalabgabengesetzes noch immer von der Gemeindeinkommensteuer befreit sind, beschäftigte sich der westfälische Städtetag zu Oeynhausen. Der Referent wies darauf hin, dass einerseits seit der Einführung der Selbsteinschätzung das Bekanntsein der Beamteneinkommen und die dadurch bewirkte Unmöglichkeit einer Steuerhinterziehung diese Sonderstellung nicht mehr rechtfertigen könne, dass andererseits alle Einrichtungen der Gemeinden den Beamten ebenso, wenn nicht in höherem Masse, zu gute kommen. Gerade die Aufwendungen der Gemeinden für das höhere Schulwesen würden in grosser Ausdehnung im Interesse der Beamten gemacht. Das städtische Realgymnasium in Münster werde z. B. von 450 Schülern jährlich besucht. Die nicht durch Schulgeld und andere Einnahmen gedeckten Kosten betragen für das Jahr 1900 70572 Mark, also auf den Kopf der Schüler rund 156,5 Mark. Unter den 450 Schülern befanden sich 187 Söhne von Beamten und Lehrern. Für diese 187 Schüler habe die Stadt aus Kämmerereinnahmen 29266,5 Mark zuschiessen müssen. Dagegen zahlten die Eltern dieser Schüler nur 4380 Mark Gemeindeinkommensteuer. Die Stadt hatte also für die höhere Schulbildung der Beamtenöhne jährlich rund 25000 Mark mehr aufzuwenden, als sie von den Eltern an Steuern erhielt. Das ist auch ein sehr interessanter Beitrag zu der Subventionierung kleiner Bevölkerungsteile aus den Mitteln der Allgemeinheit. Der Städtetag sprach sich nach den Anträgen des Referenten für die Aufhebung dieses Steuerprivilegs der Beamten, Geistlichen und Lehrer aus.

*

Am 7. Juli fand in Offenbach die erste Konferenz der socialdemokratischen Gemeindevertreter Hessens statt, deren Aufgabe die Beratung eines Programm-

entwurfes war. Dieser Entwurf muss als ein ausserordentlich mangelhaftes Machwerk bezeichnet werden und verdient in der That die allerschärfste Kritik. Wären die hessischen Vertreter die ersten gewesen, die sich vor die Aufgabe, einen solchen Programm-entwurf abzufassen, gestellt sahen, so hätte man noch ein Wort der Entschuldigung gehabt. Aber jetzt, nachdem im Kreise unserer Partei eine ganze Reihe von Programmen bereits fertig vorliegt und die meisten ihrer Punkte auch in der Presse und auf Gemeindevertreterconferenzen discutirt worden sind, mit einem derartig oberflächlichen und lückenhaften Entwurf hervorzutreten, das verdient mit den schärfsten Worten getadelt zu werden. Nach den Worten des Referenten soll das Programm in allen grossen und wichtigen Fragen eine Richtschnur sein, um sich zu orientieren, wie man in der Partei darüber denkt. Leider lässt das Programm den Gemeindevertreter, der sich in den wichtigsten Fragen vertrauensvoll an dasselbe wendet, vollständig im Stich. Wir sind der Ansicht, dass es wohl auch in Hessen eine Wohnungsfrage giebt und dass die Hausungsverhältnisse der arbeitenden Classen dort noch keine idealen sind. Was weiss nun der Entwurf dem Rat suchenden Gemeindevertreter über den ganzen Complex der so wichtigen und schwierigen Fragen des Grund und Bodens, sowie des Wohnungsproblems zu sagen? Nichts weiter als: „Aufnahme einer Wohnungsstatistik von fünf zu fünf Jahren, die den Zustand der Wohnungen, die Art des Zusammenwohnens und die Mietpreise berücksichtigt und die Beseitigung gesundheitswidriger Wohnungen und sonstiger Missstände bewirkt.“ Das ist alles! Es ist wirklich aufs tiefste zu bedauern, dass die Wohnungsfrage nicht so einfach liegt, wie sie sich in dem Kopfe des Entwurfsreformers malt. Eine Wohnungsstatistik von fünf zu fünf Jahren, die die Beseitigung gesundheitswidriger Wohnungen bewirkt — was muss das für eine eigentümliche Statistik sein! Die städtische Wohnungsstatistik von fünf zu fünf Jahren ist in vielen deutschen Grosstädten schon recht alt, hat aber bis heutigen Tages noch nicht die im Entwurf ihr zugeschriebenen Wirkungen gehabt. Im Interesse der grosstädtischen Arbeiterbevölkerung möchten wir den Verfasser des Entwurfs dringend bitten, sein Recept dieser wunderwirkenden Wohnungsstatistik der staunenden Mitwelt mitzuteilen. Er wird sich um Mit- und Nachwelt mehr verdient machen, als irgend ein anderer Zeitgenosse. So lückenhaft der Entwurf, so mangelhaft ist er geordnet. Alles geht wie Kraut und

Rüben durcheinander. Der 11. Abschnitt heisst: Arbeiterfürsorge; trotzdem liest man im 3. Abschnitt, der die interessante Aufschrift: Weise Sparsamkeit in der Gemeindeverwaltung trägt: Gewährung eines jährlichen Urlaubs an die Gemeindegewerksarbeiter, völlige Coalitionsfreiheit der Arbeiter. Was hat der jährliche Urlaub der Gemeindegewerksarbeiter, was ihre Coalitionsfreiheit mit „weiser Sparsamkeit“ zu thun? Man hätte die Punkte mit dem gleichen Recht unter das Beerdigungswesen stellen können. Der 4. Abschnitt heisst: Bekämpfung des Bureaukratismus in der Gemeindeverwaltung. Ein wichtiges und interessantes Problem. Voll Spannung suchen wir, was der Verfasser uns darüber zu sagen hat, — und wir finden: „Die Gemeindeverwaltungen müssen ganz energisch Stellung nehmen gegen den reactionären Versuch, die Subalternbeamtenstellen im Gemeindedienste zwangsweise mit Militairanwärtern zu besetzen“. Eine etwas eigentümliche Art, den Bureaukratismus zu bekämpfen! Ohne Zweifel gehört die freie Beamtewahl zum 1. Abschnitt, der sich mit dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden beschäftigt. Diese Beispiele werden genügen. Und last not least: verschiedene Programmpunkte sind theoretisch sehr anfechtbar. So heisst es im 12. Abschnitt: „Beseitigung des Submissionswesens durch turnusmässige Vergebung der Lieferungen für die Gemeinde und Vergebung aller Gemeindegewerksarbeiten zu Normalpreisen, die zwischen den Bauämtern und den Handwerksmeistern unter Zuziehung von unbetheiligten Sachverständigen festgesetzt werden, an alle diejenigen einheimischen Handwerksmeister, welche die mit den Arbeiterorganisationen vereinbarten Lohnsätze und Arbeitszeit hochhalten.“ Wenn wir von der Festsetzung der Lohnsätze absehen, so könnte jede Innung diese Regelung des Submissionswesens gefordert haben. Alle Gemeindegewerksarbeiten sollen einheimischen Handwerksmeistern übertragen werden, die Lieferungen turnusmässig vergeben werden. An wen? Doch auch nur wieder an einheimische Geschäftsleute, falls das Wort turnusmässig irgend einen Sinn haben soll. Was bedeutet also denn diese ganze Tendenz des Submissionswesens anders, als die Auslieferung der Gemeinde an die in ihr ansässigen Geschäftsleute auf Gnade und Ungnade? Denn dass die Normalpreise dagegen keinen Schutz gewähren, ist zu bekannt, als dass wir darauf einzugehen brauchten. So kommen wir also von allen Seiten zu einem wenig günstigen Urtheil über den Programm-entwurf. Eine Neubearbeitung desselben vor der endgiltigen Annahme würde sich dringend em-

pfählen. Die Debatte über den Entwurf drehte sich in der Hauptsache um die Beteiligung der Partei an den Bürgermeister- und Beigeordnetenwahlen. Das Resultat derselben war eine Resolution, welche sich für dieselbe aussprach. Man sah keine Ursache mehr zu einer Wahlenthaltung. Die heutige Regierung, die sich den Anschein gebe, loyal allen Parteien gegenüber zu stehen, müsse einmal ernstlich vor die Frage der Bestätigung eines socialdemokratischen Bürgermeisters oder Beigeordneten gestellt werden.

*

In Charlottenburg ist zwischen der Stadtverwaltung und der Berliner Baugenossenschaft ein Vertrag vereinbart worden, der dem Stadtverordnetencollegium nach den Ferien vorgelegt werden soll. Seine Aufgabe ist die Bekämpfung der hochgestiegenen **Wohnungsnot**. Auf einem von der Stadt zu erwerbenden Grundstück sollen ca. 1000 Wohnungen erstellt werden. Die Stadt verkauft das Grundstück an die Genossenschaft ohne jede Anzahlung. Der Kaufpreis, der hypothekarisch sicher gestellt wird, ist mit 3 $\frac{1}{2}$ % zu verzinsen. Zum gleichen Zinsfusse werden die Baugelder von der Stadt zur Verfügung gestellt. Die Genossenschaft verpflichtet sich dagegen, nur Wohnungen für Minderbegüterte zu errichten. Die Stadt sichert sich ein Rückkaufsrecht, dass nach Ablauf von 30 Jahren ausgeübt werden kann. Das Terrain fällt dann zum gleichen Kaufpreis an die Stadt zurück, während der Wert der Gebäude durch Sachverständige festgesetzt wird. Wir haben hier einen Vorgang, der weiteste Nachahmung verdient. Die private Unternehmung und Speculation ist ausgeschaltet. Auf der einen Seite stehen die in der Baugenossenschaft organisierten Mieter, deren ganzes Interesse dahin geht, in den Häusern der Genossenschaft gut und billig zu wohnen; auf der anderen Seite steht die Stadt, welche auf den Grundstücks- wie den Hypothekenzwucher verzichten kann und soll und sich in dem Rückkaufsrechte die wertvolle Ausnutzung der gestiegenen Grundwerte — selbstverständlich nicht auf dem Wege der Mietssteigerung — gewahrt hat. Unseres Erachtens hätte sich der ganze Modus noch vereinfachen und verbilligen lassen, wenn die Stadt die Wohnungen unter Berücksichtigung der Wünsche der Baugenossenschaften selbst gebaut hätte.

*

Kurze Chronik. Der zum zweiten Bürgermeister von Berlin gewählte Stadtrat Kauffmann wurde nicht bestätigt, da er vor zwanzig Jahren wegen seiner politischen Haltung als Landwehroffizier den Abschied

erhielt. — Die Offenbacher Stadtverwaltung erhielt die Erlaubnis zur Errichtung einer städtischen Apotheke. — Der Berliner Magistrat hat den Stadtverordneten einen Antrag auf Einführung von Automatgasmessern unterbreitet. — Die Düsseldorf städtischen Strassenbahnen schlossen das Etatsjahr 1900/1901 mit einem Deficit von 135 000 Mark ab, trotzdem seit 1. Juli 1900 der Zehnpfennigtarif eingeführt war. Die Hauptursache desselben sieht man in dem Missbrauch, der mit den Umsteigebillets getrieben worden war.
C. Hugo.

Wissenschaft.

Naturwissenschaften.

Die sehr eigenartige Tierwelt Süd-americas hatte schon längst zu der Annahme geführt, dass dieser Halbcontinent in der jüngeren Tertiärzeit keinen Zusammenhang mit den Festländern der nördlicher Halbkugel besass. Diese Annahme ist aber zur Gewissheit geworden seit der Auffindung überraschend reicher Säugerreste aus den Santa-Cruz-Schichten Patagoniens. Soweit das Material bis jetzt untersucht ist, hat W. B. Scott darüber einen Bericht in der Science geliefert. Die Santa-Cruz-Schichten gehören der tertiären Stufe des Miocän an. Sie zeigen eine sehr überraschende Verschiedenheit von den Formen Nordamericas, sowie des europäisch-asiatisch-africanischen Festlandcomplexes. Von neun Säugerordnungen sind nur vier mit solchen des nichtsüdamerikanischen Gebietes identisch. Aber auch diese gemeinsamen Ordnungen enthalten in Patagonien ganz andere Unterordnungen und Familien als in jenem Gebiet. In den Santa-Cruz-Schichten fehlen die Raubtiere, die Fledermäuse, die Paarhufer und Unpaarhufer und die Rüsseltiere vollständig. Beuteltiere giebt es in reicher Anzahl. Unter ihnen sind die pflanzenfressenden von den australischen gänzlich verschieden, während die fleischfressenden denen Australiens zwar ähneln, aber doch soviel Eigentümlichkeiten besitzen, dass sie lange von diesen getrennt gelebt haben müssen. Reich ist die Ordnung der Zahnarmen ausgebildet, die ja auch heute noch in Südamerica ihre fast einzigen Vertreter hat. Von den Nagetieren, die in Nordamerica und der alten Welt sich in so viele verschiedene Gruppen gespalten haben, sind in Patagonien nur die Meerschweinchenartigen zur Ausbildung gelangt. Dagegen haben sich die Huftiere in viele und weit auseinandergehende Aeste getrennt, während dabei aber die verbreitetsten Huferordnungen der alten Welt fehlen. Auch Affen sind in

den Santa-Cruz-Schichten aufgefunden worden, die, soweit ihre schlecht erhaltenen Ueberreste bis jetzt erforscht sind, ebenfalls streng südamericanische Eigentümlichkeiten aufweisen. Um diese eigenartige Zusammensetzung und Entwicklung der patagonischen Säuger zu verstehen, sind wir also gezwungen, anzunehmen, dass Patagonien sich vor dem Miocän, also bald nach Beginn der Tertiärperiode (samt dem übrigen Südamerica) von Nordamerica trennte, zu einer Zeit, als es mit letzterem noch Beuteltiere und einige andere niedere Stufen der Säugetierwelt gemeinsam hatte. Während sich aber diese Säuger in Nordamerica, das damals noch im Norden mit der alten Welt in Verbindung stand, in sehr reicher Weise entwickelten war die formbildende Kraft Südamericas weniger stark. Allein sie war doch nicht so schwach, wie die Australiens. Vielmehr haben sich hier nicht nur neue Familien, sondern auch viele Unterordnungen und gar Ordnungen von Säugetieren neu gebildet.

*

Ueber ausgestorbene Riesenvögel spricht W. Wolterstorff in einer kleinen Schrift (Stuttgart, Erwin Nägele). Die ungeheuerlichen flügellosen Vögel Neuseelands, die Dinornithiden, die früher in zahlreichen Arten das Inselnd bewohnten, scheinen am nächsten mit dem Emu Neu-Guineas verwandt zu sein. Sie haben gewisse Berührungspunkte mit der Straussengruppe überhaupt, mehr mit den Emus und Kasuaren Australiens und den Nandus Südamericas als mit den Straussen Africas. Auch der riesenhafteste aller Vögel, der Aepyornis maximus, der auf Madagaskar lebte, wird verwandtschaftlich zu den Riesenvögeln Neuseelands gestellt. Diese verwandtschaftlichen Verhältnisse sind eins der Hauptargumente für die Annahme eines ehemaligen grossen südpolaren Festlandes, von dem Neuseeland und Australien, Madagaskar und Südafrica wie Südamerica ihre strausenähnlichen Tiere hezogen haben sollten. Allein die Entdeckung eines grossen Tiefenmeeres südlich vom atlantischen und indischen Ocean durch die Chunsche Tiefseeexpedition hat diese Hypothese vollkommen hinfällig gemacht. Denn wäre im Süden ein grosses Festland versunken, so würde der Ocean an diesen Stellen nicht so ungeheuer tief, sondern im Gegenteil sehr flach sein. Aber schon vorher fand diese gewagte Annahme nicht überall Anklang. Die Entdeckung von fossilen Straussvögeln in Europa, Indien und Nordamerica hat die Ansicht derer gestützt, die in den grossen continentalen Massen der nördlichen Halbkugel die hauptsächlichsten

Entstehungsherde der Tierwelt sehen. Neuseeland und Australien, Madagaskar und Patagonien erscheinen vielmehr als frühzeitig von den grossen Continenten abgesperrte Landgebiete. Sie erhielten ihre Tiere von den grossen Festländern, als sie noch mit ihnen zusammenhängen. Während aber die festländischen Lebewesen sich rasch veränderten und zu neuen Formen umwandelten, blieben die Tiere jener isolierten Gebiete im wesentlichen auf der Stufe stehen, welche Europa zur Jurazeit oder höchstens noch bis zu Beginn des Tertiärs besass. Auf Neuseeland, das von keinem einzigen Säugetier bewohnt wird, und in Australien, das nur Cloakentiere und Beuteltiere besitzt, fanden Riesenvögel einen günstigen Boden und Platz genug, um sich in grosser Artenzahl zu entwickeln. Auch auf Madagaskar, dessen Säugetierwelt noch sehr altertümliche Merkmale aufweist und es zu keinem grossen und starken Vertreter gebracht hat, waren die Lebensbedingungen für Riesenvögel günstig. Dasselbe gilt für Patagonien. Denn dieses war früher von dem übrigen America getrennt.

Curt Grottewitz.

Kunst.

Allgemeines zur Kunst.

Den Fragen der künstlerischen Erziehung sind zwei vor kurzem erschienene Bücher gewidmet: Neue Wege zur künstlerischen Erziehung der Jugend, von J. Liberty Tadd (Leipzig, R. Voigtländer) und Versuche und Ergebnisse der Lehrervereinigung für die Pflege der künstlerischen Bildung in Hamburg (Hamburg, Alfred Janssen). Beide Bücher sind einer allgemeineren Beachtung wert. Wollen wir unser Volk kunstempfänglicher, kunstfähiger machen, als es heute ist, so werden wir mit der künstlerischen Erziehung der Jugend beginnen müssen. Dabei setzen wir von vornherein voraus, dass eine solche Erziehung überhaupt psychisch möglich ist. Mag die griechische Cultur, die feinste, die die Menschheit bisher gezeitigt hat, der eigentlichen Erziehung immerhin sehr wenig, den Rassenqualitäten, den ökonomischen Bedingungen, dem Milieu das meiste verdanken, wir brauchen eine solche Erziehung. Denn unsere ökonomischen Verhältnisse sind kunstfeindlich, unser Milieu ist kunstfremd, und selbst wenn wir gleiche Anlagen wie jene Griechen besässen, so müssten sie doch verkümmern. Und Anlagen, die nicht entwickelt werden, sei es künstlich oder durch die Gunst der Verhältnisse, verdorren. Künstlerische Anlagen aber schlummern

genug in unserem Volke, das Schönheitsempfinden müsste nur geweckt und gepflegt werden, und zwar um so intensiver, je ungünstiger die Umstände des Lebens sind. „Schönheit ist nicht, wie viele glauben, Luxus,“ heisst es bei Tadd. „Sie ist kein Vorrecht weniger, sondern das gemeine Erbe der Menge. In jeder Menschenbrust wohnt die Empfänglichkeit für das Schöne in der Aussenwelt, nur in ihrer Entwicklung und Bildung bestehen Gradunterschiede. . . Und doch hat man diesen Sinn für das Schöne so oft unterdrückt und vernichtet. . . Viel Glück ist dadurch dem Leben verloren gegangen; denn der Sinn für das Schöne ist eine Quelle des Lebensgenusses. Er ist mehr noch, ein Brunnen des Lebens selbst. Er verleiht ihm Fülle und Thatkraft, Verfeinerung und Anmut, Milde und Reinheit.“ Diesen Sinn für das Schöne gilt es zu bilden durch Berührung mit dem Schönen und durch das Schaffen des Schönen. Das ist ein hohes und alle Mühen verlohrendes Ziel, das Tadd erreichen will — durch zweckmässige Reform des Zeichenunterrichts und verwandte Bestrebungen. Tadd, der Director einer Kunstgewerbeschule in Philadelphia ist, hat auf Grundlage langjähriger Experimente und Erfahrungen ein ganzes System der künstlerischen Erziehung in seinem Buche aufgestellt. Seine Methode ist ein Protest gegen den üblichen Buchunterricht, er wendet sich an Natur und Erfahrung, um das Ziel jeder Pädagogik, die Entwicklung aller Fähigkeiten im Menschen, zu erreichen. Heute werden die Schüler zu Maschinen. Man muss vor allem Geist, Auge und Hand bilden. Deshalb sollte von den untersten Stufen der Schule an im Wechsel Zeichnen, Entwerfen, Modellieren und Holzschnitzen geübt werden. An Stelle des Gedächtnisses muss die Erfahrung treten. Zuerst sind die Vorstellungen den Kindern zu übermitteln und erst dann die Worte, und beide zusammen müssen mit den zugehörigen Handlungen verknüpft werden. Zeichnen muss zum Gedankenausdruck ebenso tauglich gemacht werden, wie Sprechen und Schreiben, und dabei die Lust am eigenen Thun gefördert werden. Die Hand muss durch langes Ueben dahin gebracht werden, dass sie dem Geiste automatisch gehorcht, damit er seine Vorstellungen mittels ihrer zum Ausdruck bringen kann. Und diese wichtigen Organe, die Hand und Auge sind, müssen gerade in der Periode des Wachstums gebildet und ihrer Kräfte bewusst gemacht werden. Zeichnen ist eine Weltsprache und zwar eine, die den Geist in hohem Masse bildet. Die Wissenschaft beruht auf dem Wissen,

die Kunst aber auf dem Thun, darum heisst künstlerisch erziehen: zum Thun erziehen. Beide Hände sind dabei gleichmässig heranzubilden. Der Zeichenunterricht muss, um fruchtbar zu werden, mit den anderen Unterrichtsfächern in Verbindung gebracht und durch Naturbeobachtung und den Einfluss guter Bilder unterstützt werden. Das sind die Grundzüge des Taddschen Systems.

In der Praxis geht er so vor. Um der Hand eine gewisse Geschicklichkeit zu gewähren und ihr zur automatischen Leichtigkeit zu verhelfen, lässt er eine Reihe elementarer Übungsformen mit beiden Händen so lange üben, bis die Kinder die Kreise, Rosetten, Spiralen völlig beherrschen. Dann werden einfache Muster, wie Blattformen und Schnörkel, gelehrt. Und gleichzeitig wird die eigene Productivität des Schülers geweckt. Sobald er einen gewissen Formenvorrat inne hat, beginnt er zu entwerfen, und zwar sofort für bestimmte Zwecke. Dann wird er in die Stilformen eingeweiht, und durch die Combination all dieser Elemente ist er fähig geworden, eine reiche formale Anschauungswelt zum Ausdruck zu bringen. Erst dann wird nach dem Leben gezeichnet. Tiere, lebendige und präparierte, Pflanzenformen aus der umgebenden Natur, Gegenstände des täglichen Lebens und Architekturformen dienen als Modelle so lange, bis auch sie frei aus dem Gedächtnis reproducirt werden können. Da es nach Tadd nur einen Weg giebt, Formen gründlich kennen zu lernen, nämlich sie nicht nur zu zeichnen, sondern sie nachzumachen, so lässt er all die bereits gezeichneten Formen auch modellieren. So werden Gesichtssinn und Tastsinn combinirt. Auch hier wird zunächst die Geschicklichkeit der Hand angestrebt und schematische Formenbeherrschung, ehe zur Beobachtung der Natur und ihrer gedächtnismässigen Nachbildung geschritten wird. Die älteren Schüler bringen es bei dieser Methode dahin, die wunderbaren Tierfiguren eines Barye sicher nachzumodellieren. An das Modellieren schliesst sich das Holzschnitzen, das feste und dauernde Eindrücke von den Formen übermittelt und die Geschicklichkeit der Hand in hohem Masse zu entwickeln gestattet. Immer wird auch hier die eigene Schaffensfreude des Schülers geweckt, er lernt entwerfen und seine Formenkenntnis in den Dienst nützlicher Arbeiter stellen. Da dieser ganze Unterricht darauf ausgeht, nicht von vornherein zu bestimmten Berufen zu erziehen, sondern alle Kräfte zu entfalten, so wird erst spät das technische Zeichnen und Handfertigkeit (Tischerei etc.) gelehrt. Und auch hier sollen nur die

allgemeinen Grundzüge und nicht etwa technische Specifica übermittelt werden. Maschinenverwendung bleibt ausgeschlossen. Denn der Schüler muss alles mit der Hand zu machen lernen, wie der vormalige Handwerker, und gleich ihm seine ganze Seele und sein ganzes Empfinden in das Werk seiner Hand legen. So bildet die Kunst als Erziehungsmittel die Anlagen und den Trieb zur Arbeit und macht für das Schöne genussfähig. Da nun aber das Bild eine stärkere Anschauung von einer Sache giebt, als Worte und nur durch Thun die Dinge dem Geiste und der Hand zu eigen werden, so gilt es, Zeichnen und Handfertigkeit mit den übrigen Unterrichtsfächern zu vereinen. Der Nutzen solcher organischen Verbindung wird für den Sprachunterricht, Botanik, Zoologie etc. dargethan. Die Vorzüge der Tadschen Methode erweisen sich weiter fruchtbar beim Kunstunterricht in Abend-schulen, in denen arme und verwahrloste Kinder Freude an der Arbeit lernen, desgleichen in Anstalten für Schwachsinnige. — Was aber mit dieser Methode geleistet werden kann, darüber belehren uns die vielen dem Buche beigegebenen Illustrationen.

Die Schüler, die einen solchen Unterricht genossen haben, werden die Welt der Sichtbarkeit mit ganz andern Augen anschauen, als andere Menschen; sie werden in viel höherem Masse das Schöne in Natur und Kunst zu geniessen wissen und ihren unveräusserlichen Fonds an Kunstempfinden auch im Leben irgendwie zu bethätigen wissen. Auch werden sie die Freude am eigenen Schaffen und Bilden stets rege erhalten. Wollen sie aber sich ganz der Kunst widmen, so haben sie eine Vorschule genossen, die alle ihre Fähigkeiten schon geweckt und sie schaffensfähig und -freudig gemacht hat.

In Deutschland ist es zuerst in Hamburg versucht worden, die Schule systematisch für die künstlerische Erziehung nutzbar zu machen. Seit dem Jahre 1896 wirkt hier in diesem Sinne eine Lehrervereinigung für die Pflege der künstlerischen Bildung. Lichtwark, der Director der Kunsthalle, und Brinckmann, der Director des Museums für Kunst und Gewerbe, gaben den Anstoss, indem sie die Lehrer zur Betrachtung von Kunstwerken anleiteten. Man hat dann alle Gebiete und Seiten des Unterrichts für die Weckung und Bethätigung künstlerischen Sinnes herangezogen: das Zeichnen, die Litteraturgeschichte, das Turnen, das Singen. Man hat die Kinder in die Natur und in die Museen geführt und sie sehen gelehrt, man hat die Schul-

zimmer mit Reproductionen und Original-kunstwerken (Lithographien aus der Heimat etc.) ausgestattet, um das Auge zu bilden, man ist daran gegangen, für die Jugend eine wertvolle künstlerische Lectüre, und zwar auch aus den modernen Schriftstellern, auszuwählen und die Jugendschriften einer Reform zu unterziehen. Theater und Concerte sind für die Schuljugend veranstaltet worden, und, um diese Bestrebungen auch in die Familie zu tragen und sie über die Schuljahre hinaus wach zu erhalten, sind Schulunterhaltungsabende mit Hinzuziehung der Eltern eingerichtet und Schulgemeinden gegründet worden. Endlich ist das Kind nach der Seite seiner künstlerischen Anlagen und deren Entwicklung hin studiert und die künstlerische Erziehung der Lehrer in den Seminarien begonnen worden. Ueber alle diese Bestrebungen und ihre Resultate berichtet das zweite oben genannte Buch. Die dabei beobachteten Grundsätze fasst Lichtwark in der Einleitung kurz zusammen. Das Ziel des Unterrichts soll nicht bloss in der Mittheilung des Stoffes bestehen, sondern vor allem in der Gewöhnung an eine zwingende Methode, zu beobachten und nachzudenken. Der Schüler muss lernen, der Welt unabhängig und selbständig gegenüberzutreten und in jedem Augenblick alles Wissen zur Verfügung zu haben. Das aber wird erreicht, wenn es einem Können dient. Auf allen Gebieten ist Ausdrucksfähigkeit anzustreben. Dabei ist auszugehen von dem Vorstellungskreise des Kindes und den ihm geläufigen Anschauungen aus seiner nächsten Umgebung. Paul Ernst beleuchtet die Ziele der künstlerischen Erziehung, die nichts anderes sind als die Ausbildung der ästhetischen Anlagen, die mit den intellectuellen und moralischen gleichwertig sind und ohne die kein Mensch einer harmonischen Entwicklung fähig ist. Auch der socialen und ökonomischen Seite der Frage wird Beachtung geschenkt. Die Forderung der Massen, zum Genuss der Culturschätze zugelassen zu werden, wird für erfüllbar erklärt, wenn die künstlerische Empfänglichkeit, das ästhetische Bedürfnis lebendig gemacht ist. Das wird Aufgabe der Lehrer sein. Wie nun auf allen Gebieten mit gutem Erfolge auf dieses Ziel hingearbeitet worden ist, kann hier nicht im einzelnen verfolgt werden. An Stelle des früheren, praktischen Zwecken dienenden Zeichnens, das das historische Ornament und die geometrische Raumform nachbildete, ist eine der Tadschen ähnliche Methode getreten, die die empfindenden und schaffenden Kräfte wecken und durch Erfassen des Typischen an Lebens-

und Naturformen das Auge bilden will. Auch hier wird mit allem Nachdruck die Eigenthätigkeit angespornt, die sich ja in den Zeichenversuchen der jüngsten Kinder bereits offenbart. Besonders wird das Skizzieren gepflegt. Da die Lehrkräfte, nach den alten Methoden unterrichtet, nicht ohne weiteres befähigt sind, etwas zu lehren, was sie selbst nicht können, ist man folgerichtig daran gegangen, für sie Curse im Zeichnen, Malen und Modellieren einzurichten, um sie für ihre neuen Aufgaben geeignet zu machen. Dem gleichen Zwecke dienen die Uebungen in der Betrachtung von Kunstwerken, die zuerst für die Lehrer und dann auch für die Schüler eingerichtet wurden. Der Erziehung des Auges dienen weiter künstlerische Bilder, die zum dauernden Wandschmuck der Schulen bestimmt und dem jeweiligen Anschauungskreise der Kinder angepasst sind. So kann man früh die Liebe und das Verständnis für die alten Meister (Dürer z. B.) und die Freude an den Schönheiten der Heimat (vgl. Rivière) wecken. Die Hamburger Lehrer sind gründliche und systematische Leute. Sie sagten sich mit Recht: wir müssen mit unseren Reformen auch über die Schule hinaus das Haus und über die Schuljahre hinaus das nicht schulreife Kind und die schulentlassenen Zöglinge in unsere Reihen ziehen. Und so befassten sie sich mit den Bilderbüchern für die Kleinen, wählten aus, was an guten alten Sachen vorhanden ist, wie Richter und Specker, sie stellten die Grundsätze auf, denen ein ideales Bilderbuch entsprechen müsste. Sie zogen die vortrefflichen Werke eines Burne Jones, Morris, Crane und Grasset heran und suchten, worin ihr künstlerischer Wert und ihre Wirkung beständen, und trachteten dann, die deutschen Künstler zu deutschen Bilderbüchern anzuregen, die ernsthafte und einheitliche Kunstwerke sein und den Stempel einer Persönlichkeit tragen sollten. Und sie haben die Genugthuung, schon heute einige solche Bücher, die ihren Anforderungen entsprechen, empfehlen zu können. Kreidolds Blumenmärchen, der Fitzbutze, Vogelers Ut Ilenbeck mögen hier angeführt werden. Dann wandten sie sich den Jugendschriften zu, die als Vermittler ästhetischer Cultur nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Und auf diesem Gebiete hatten sie genug zu thun. All das Unkünstlerische, Gemachte oder auch Veraltete musste verfermt und dafür das ewig Lebende aus der grossen Litteratur und das wertvolle Neue eingesetzt werden. Prüfungsausschüsse untersuchten, eine eigene Zeitschrift, die Jugendschriftenwarte, entstand.

Als leitender Grundsatz wurde proclamirt: Die Jugendschrift in dichterischer Form muss ein Kunstwerk sein, das zum geadelten Genuss fürs ganze Leben vorbildet. Von Storm und Liliencron wurden eigene Ausgaben für eine Hausbibliothek veranstaltet; Verzeichnisse wertvoller billiger Bücher werden massenhaft verbreitet und damit dem Colportageroman das Wasser abgegraben. Wie das von der Schule begonnene Werk durch einsichtige Verwalter von öffentlichen Bücherstellen fortgesetzt werden kann, entwickelt Ernst Schultze, ein tüchtiger Fachkenner. Was aber wurde mit dem Stiefkinde des Schulunterrichts, der Dichtung? Wollte man mit den bisherigen Methoden fortfahren und das Kunstwerk weiter zu grammatischen Uebungen und zu moralischen, religiösen und patriotischen Nebenzwecken missbrauchen, so müsste ohne Einschränkung ihre Nutzlosigkeit, ja ihre Schädlichkeit für die ästhetische Erziehung betont werden. Glücklicherweise ist auch hier endlich der alte Missbrauch erkannt und seine Beseitigung erstrebt worden. Die Dichtung soll nichts mehr lehren, als Freude an der Schönheit und künstlerischen Genuss. Die echten Volkslieder treten an die Stelle der alten Lesebuchbeherrscher wie Gleim und Gellert, und die Neueren kommen auch zu ihrem Rechte. Und dann erinnerte man sich auch, dass es so etwas wie eine Kunst des Vortrags giebt und dass der Lehrer selbst empfinden muss, was er vortragen und ins Herz der Schüler verpflanzen will. Dramen werden mit charakteristisch verteilten Rollen gelesen, und an der Lectüre von Erzählungen und Novellen kann und wird ohne überflüssige Schulmeisterie der Geschmack gebildet werden. — Und nun endlich das Turnen. Ohne Leibespflge und -übung kein schöner Mensch, und ohne schöne Menschen keine Kunstcultur und Schönheit. Von allen Seiten bringt der Verfasser des Berichtes der Versuche und Ergebnisse die Argumente heran, um seine Forderung nach allseitiger Ausbildung des Körpers zu einer Fundamentalvoraussetzung jedes künstlerischen Verständnisses menschlicher Schönheit und ästhetischer Erziehung überhaupt zu erheben. Freilich hat er ein vernünftiges und zweckmässiges Turnen, das mit Freude, Selbstgefühl und Kraft erfüllt, und keinen mechanischen Drill vor Augen. Alle Arten Turnspiele, Schwimmen und Wandern und der ästhetisch wertvolle Tanz stehen auf seinem Programm, das zur Sicherheit, Freiheit und Schönheit aller menschlichen Bewegung, zur ästhetischen Freude am Menschen erziehen will. — Auf aller Wegen,

die zur künstlerischen Erziehung der Jugend führen, ist ein frisches, gesundes Leben erwacht. Aufgabe der Schulpolitik wird es sein, ihm in Staat und Gemeinde zum Sieg zu verhelfen.

Karsten H. Döschel.

Diversa.

Bücher.

C. Hugo: Die deutsche Städteverwaltung. Ihre Aufgaben auf den Gebieten der Volkshygiene, des Städtebaus und des Wohnungswesens. Stuttgart. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. 1901.

Es ist ein herzerquickendes Schauspiel, die Socialdemokratie auf allen socialpolitischen Gebieten in voller Thätigkeit zu sehen. Und dieser positiv schaffenden Socialdemokratie marschiert rüstig der Genosse C. Hugo voran. Wir verdanken diesem Genossen die lichtvollsten Aufschlüsse über die Theorie und Praxis der Gewerkschaften. Hugo öffnete uns die Augen für das grosse schöpferische Wirken des englischen Municipalsocialismus. Hugo vertiefte durch seine theoretische und praktische Thätigkeit die communal-socialistischen Programme der deutschen Socialdemokratie. Jetzt hat uns Hugo mit einem gründlichen Werke über die deutsche Städteverwaltung beschenkt.

Es ist mir unmöglich, in den wenigen mir zu Gebote stehenden Zeilen dieser Zeitschrift den reichen Inhalt des Hugoschen Werkes zu erschöpfen. Ich kann hier nur von den bedeutsamen Stellen dieses Werkes reden, bei deren Lectüre es mir ordentlich warm um das Herz geworden ist. Die Arbeit Hugos baut sich auf einem kolossalen Fundament von Thatsachen auf. Und die einzelnen Grundsteine dieses Fundaments — Steine reden ja oft — sprechen zumeist der heutigen von den Mittelclassen geleiteten, nein, missleiteten Städteverwaltung ein vernichtendes Urteil. Welch kleinliches Geschlecht von Zwergen fand in den Jahren der städtischen Hochflutbewegung die grosse Aufgabe der modernen Städteverwaltung vor! In dem Hugoschen Werke präsentiert sich uns als ein wahrer Typus der antisocial denkenden Mittelclassen ein Dresdener Stadtverordneter — Blümchen aus Dräsen müsste er heissen —, der in der Errichtung von Schulbrausebädern schon den Anbruch der socialistischen Aera witterte. Seine von Hugo erwähnte Rede liest sich wie ein begeisterter Hymnus auf den dreimal heiligen Dreck unserer Altvordern. „Es ist viel besser“, so führte diese Perle von Dresden aus, „man lässt die Leute aufwachsen in Schlichtheit und Einfachheit und erzieht ihnen nicht solche An-

forderungen und solche übertriebenen Ansprüche an.“ Man denke, „den übertriebenen Anspruch“ eines wöchentlichen Brausebades! Und weiter: „Es lebt sich furchtbar schwer, wenn jemand von Jugend auf gleich in eine höhere Stufe des Wohllebens eingeschoben wird . . . Nein, meine Herren, halten wir uns an das, wobei wir, die wir hier im Saale sind, alt geworden sind, an Einfachheit und Schlichtheit und an die Aufgabe, selbst unseren Körper zu pflegen und nicht von der Lehrerschaft zu verlangen, dass sie uns noch wäscht und badet. Schliesslich möchte der Lehrer den Kindern noch die Haare kämmen. So wollen wir in Dresden nicht verfahren.“ Das Hugosche Werk ist eine ebenso mutige wie vernichtende Anklageschrift der socialpolitischen Unfähigkeit und Herzlosigkeit unserer Mittelclassen. Es kommt einem bei der Lectüre der Hugoschen Arbeit so recht zum Bewusstsein, dass die Lösung zahlreicher Aufgaben im Politischen liegt. Der Abbruch der veralteten, hemmenden communalen Wahlrechtssysteme wird erst den wirklich social aufbauenden Volkselementen die nötige Ellenbogenfreiheit geben. An zahlreichen Stellen des Hugoschen Werkes stimmte ich enthusiastisch dem bekannten Gladstoneschen Worte zu: „Die Massen gegen die Classen!“ Das gleiche Wort fiel mir immer und immer wieder in den Sinn, als ich jüngst die tapfere und vortreffliche Arbeit des Privatdocenten Dr. Sinzheimer über die Herrschaft der Mittelclassen in der Londoner Stadtverwaltung las. Werden unsere Weisen im Staate endlich aus den Hugoschen und Sinzheimerschen Arbeiten lernen, dass erst die Demokratisierung der Communalverwaltung eine wirklich fruchtbare Lösung zahlreicher communalpolitischer Probleme bringen wird?

Aus dem Werke Hugo's heben sich greifbar die besonderen Aufgaben der Gemeinde hervor. Und wie zahlreich und wie umfassend sind diese Aufgaben? Da haben wir: die Städtereinigung, die Fürsorge für die Ernährung, das Badewesen, die öffentlichen Anlagen und Spielplätze, die Krankenhäuser und Reconvalescentenanstalten, die Hilfe bei Unfällen, das Apothekenwesen, das Begräbniswesen etc. etc. Und die Sorge für die Volkshygiene macht zu einer zwingenden Notwendigkeit einen wurzeltiefen Eingriff der Gemeindeverwaltung in das Wohnungswesen und in das Privateigentum. Und deshalb reht Hugo logisch an das Capitel von der Erhaltung der Gesundheit und von der Bekämpfung der Krankheiten das bedeutsame Capitel vom Städtebau und vom Wohnungswesen. Keine Volksgesundheit ohne luftige und lichte Wohnungen! Hugo tritt als über-

zeugter und begeisterter Socialist für eine wachsende Erweiterung der Rechte der Gemeinde gegenüber den Rechten der Privat- und Hauseigentümer ein. Vor uns breitet sich ein neues riesiges Terrain aus, auf dem der Socialisierungs-gedanke wüchtig arbeiten kann: die Verwandlung des Gebietes, das die städtische Bevölkerung zu ihrer Hausung bedarf, in echtes Communaleigentum. Wiederholt zeigt Hugo in seinem Werke, wie die Gemeinde ihren socialen Wirkungskreis Schritt für Schritt erweitert. Sie bildet umfassende Organe zur Concentration und zur Controle des Lebensmittelverkehrs aus.

„Durch die Errichtung einer Centralmarkthalle wird zunächst einmal eine Centralstelle für die Sammlung der Lebensmittel, ein Reservoir geschaffen . . . Schneller oder langsamer, wie dem auch sei, wird sich in den Markthallen mit Notwendigkeit ein Grosshandel herausbilden. Damit sind zwei grosse wirtschaftliche Vorteile erreicht: die leichtere Versorgung des Kleinhandels und die Rückwirkung auf die Production selbst. Die erstere liegt offen zu Tage. Aber auch die zweite Wirkung kann nicht ausbleiben. Der Grosshandel bedarf der Gleichförmigkeit der Producte. Es bilden sich Normen für die Qualität derselben heraus, und dadurch wird die Production zur Verbesserung ihrer Methoden, zur grösseren Sorgfalt in der Auswahl der Sorten u. s. w. veranlasst.“ (Hugo.)

Wir betonten bereits, dass die Hugosche Arbeit scharf die Aufgaben der Gemeinde von denen des Staates trennt. Das ist eine sehr verdienstliche Seite dieses Werkes. In den Köpfen mancher Genossen stellt sich die Vergessenschaft der Productionsmittel als eine ausschliessliche Aufgabe des Staates dar. Der Staat ist für sie ein wahrer Hans Dampf in allen Gassen. Sie sehen nicht, dass bei der Socialisierung der Production gerade die Gemeinde eine grosse Rolle zu spielen hat. Wiederholt weist Hugo den aufdringlichen, alles bevormundenden Staat von der Schwelle der Gemeinde. Die Gesundheitspflege legt er ganz in die Hände von Selbstverwaltungskörperschaften. Desgleichen die Wohnungspolizei. Er schreibt: „Die Wohnungspolizei ist so wenig eine staatliche Aufgabe, wie die Baupolizei, trotz der staatlichen Baupolizeiämter in Preussen und in anderen rückständigen Staatswesen. Dem Staate kann, wie auf dem Gebiete der lokalen öffentlichen Gesundheitspflege überhaupt, nur eine beaufsichtigende Thätigkeit zugewiesen werden, die aber nicht von Verwaltungsbeamten, sondern von technischen Sachverständigen zu üben ist.“ Wir rufen heute stürmisch in der Gesundheitspflege

nach sachverständigen Hygienikern, und der Staat sendet uns uniformierte Schutzmänner.

Mit diesen wenigen Bemerkungen sind wir schon dicht an die Grenzen des Raumes herangetreten, der uns für die Kritik des Hugoschen Werkes vorgesteckt ist. Die Arbeit unseres Genossen enthält eine Fülle von geistreichen Anregungen, und sie ist schier unerschöpflich an wertvollem Material für die Ausgestaltung der Stadtverwaltung. Wohlan, es mögen sich die theoretischen und praktischen Socialpolitiker im Rathaus und in der Redactionsstube an die Ausschöpfung einer so reich sprudelnden Quelle socialpolitischer Belehrung wie der Hugoschen Arbeit machen.

* Paul Kampffmeyer.

Dr. Robert Scheu: Culturpolitik.

Wien, Wiener Verlag. 1901.

„Das gedanklich Erreichte werde Realität, Wahrheit werde Wirklichkeit.“ Mit diesen und sehr, sehr vielen anderen, noch stolzeren Worten kommt der Autor dieser Schrift einhergesprengt, um alle unsere ihm einseitig dünkenden Culturbestrebungen, besonders aber die Politik über den Haufen zu rennen. Er schreit nach Thaten, Thaten und wieder nur Thaten. Wenn wir ihn aber seine feurige Rede, in der, nebenbei bemerkt, sehr viele alte Dinge umständlich mit neuen Namen benannt werden, zu Ende reden lassen, so finden wir staunend, dass der Inhalt, alles rhetorischen Beiwerks entkleidet, ein sehr einfacher und gar nicht revolutionärer ist.

Mehr Enquêtes! Mehr Congresse! Das ist eigentlich der Inbegriff aller Wünsche und Forderungen, welche Scheu mit stürmischer Beredsamkeit propagiert. Interessentengruppen, die sich je nach dem Gegenstand ihres Interesses frei zusammenschliessen, sollen nach und nach alle Gebiete der Verwaltung und des socialen Lebens erfassen, bearbeiten, durchdringen und neben das so gewonnene Thatsachenmaterial das Register ihrer Wünsche und Forderungen stellen. Von einer Centrale aus sollen alle diese Einzelarbeiten und Bestrebungen überblickt, beeinflusst, bis zu einem gewissen Grad geleitet und der Gesamtcultur nutzbar gemacht werden. Das Grundprincip sei aber die weitestgehende Freiheit. Keine Eerufung durch Wahl, kein Programm, keine Majoritätsbeschlüsse! Jeder ist berufen, mitzuthun und seine Erfahrungen und Wünsche zur Geltung zu bringen.

Wichtig ist, dass auf jedem Interessenantrag alle Arten von Interessenten vertreten seien. So soll z. B. eine Enquête über das Strafgerichtswesen nicht nur Richter, Advoca-

caten und Strafhäusbeamte, sondern auch Sträflinge umfassen. Die Erfahrungen und die Meinung aller soll als Quellenmaterial gesammelt und dann wissenschaftlich verarbeitet werden.

Auf diese Weise will der Autor alle Gebiete des menschlichen Lebens, wie Verwaltung, Schule, Gerichtswesen, Verkehr, Militarismus, Presse, Polizei etc. mit einem unentrinnbaren Stolz freiwilliger socialer Controle und emsiger Erforschung überziehen und überall neben das unerbittlich getreue Bild des Bestehenden das Bild des Anzustrebenden stellen.

Dadurch soll sich hauptsächlich die „Culturpolitik“ von jeder anderen Politik unterscheiden, dass sie sich niemals mit der bloss negativen Kritik des Bestehenden begnügt, auch nicht in allgemein gehaltenen Forderungen das Wünschbare kennzeichnet, sondern neben die objective Darstellung des gegenwärtigen Zustandes die Schilderung des thatsächlich ins Werk zu Setzenden fügt. Und soweit es in der Macht einer freiwilligen Organisation steht, soll sie das Gewünschte auch durchführen; wo stärkere Mächte ein Ins Werk Setzen unmöglich machen, soll die Arbeit bis zu dem Punkt reichen, an dem ihr unübersteigbare Grenzen gesetzt sind. So stellt sich Scheu vor, dass eine Vereinigung, welche das Wesen und die Fehler unserer Strafgesetzzordnung erforscht hat, nun ein neues Strafgesetz genau und bis in alle Einzelheiten ausarbeiten und dessen Inhalt nach Möglichkeit verbreiten solle. Einer solchen Arbeit mutet er ohne weiteres die moralische Macht zu, das alte Strafgesetz in Misscredit zu bringen und schliesslich zu verdrängen und so für das neue Raum zu schaffen.

Die Macht dieses Systems würde nicht nur in der Fülle des thatsächlichen und wissenschaftlichen Materials, das so gewonnen würde, liegen, sondern ebenso in der Kraft der Coalition der fähigsten und fleissigsten Menschen, die während der verschiedenen Einzelarbeiten der culturpolitischen Organisation auftauchen und immer wieder hervortreten würden.

Diese Macht wäre nach Scheus Meinung nicht nur stark genug, um ihre Vertrauensleute in die gesetzgebenden Körper zu entsenden und diese so zu beeinflussen, sondern auch um dem officiellen Parlament, dem „Vulgärparlament“, ein Gegenparlament gegenüberzustellen, das immer, wenn das erstere eine Sache behandelt, in der die Culturpolitik bereits zu einer bestimmten Anschauung gelangt ist, gleichzeitig tagen und seine Meinungen zum Ausdruck bringen soll,

Scheu sieht unheilvolle Missstände, Ungerechtigkeit, Grausamkeit, Verknöcherung und Barbarei auf allen Seiten, und seine Kritik des gegenwärtigen Zustandes auf den verschiedensten Gebieten, die er nur wie im Vorübergehen in knappen Sätzen hinwirft, lässt an Klarheit und Schärfe nichts zu wünschen übrig. Aber es scheint ihm, als wenn es nur der Entschlossenheit aller Klugen und Guten bedürfte, um alles Schiefe gerade und alles Unvernünftige vernünftig zu machen. Es handelt sich ihm nur darum, die Methode zu finden, um in die Zustände hineinzuleuchten, ihre Schäden zu erkennen und die Möglichkeit einer Besserung zu erforschen, obgleich er selbst in der Einleitung seines Buches sagt: „Die unbestrittenste Erkenntnis liegt im realen Leben ohnmächtig darnieder.“

Sollte denn der Verfasser wirklich nicht wissen, dass die schlimmsten Uebelstände nicht deshalb bestehen, weil sie selbst oder weil die Wünsche, die ihnen entgegenstreben, nicht genügend bekannt sind, sondern vielmehr, weil starke Machtfactoren an diesen Uebelständen interessiert sind? Sollte es ihm unbekannt sein, wie viele seiner Vorschläge schon durchgeführt wurden, ohne den von ihm erwarteten Erfolg zu haben? So z. B. werden doch auch von politischen Parteien genau ausgearbeitete Gesetzentwürfe dem Parlamente vorgelegt. Manche davon sind die Frucht genauesten Studiums und tiefer Einsicht in die Sache, die sie behandeln, auch an Propaganda für den Entwurf hat man es meistens nicht fehlen lassen, und doch konnte für denselben nur dann Gesetzeskraft erworben werden, wenn eine ausschlaggebende Macht hinter der Erkenntnis und dem guten Willen stand.

Ich glaube, kein Vernünftiger wird bezweifeln, dass Arbeiten, wie Scheu sie plant, sehr nützlich sein können. Solche Dinge wurden gerade in Wien wiederholt mit schönem moralischem Erfolg durchgeführt. Ich erinnere hier an die von den Gewerkschaften veranstaltete Gewerbeenquête im Jahre 1892, ferner an die Frauenarbeitsenquête im Jahre 1896 (vgl. Socialistische Monatshefte, 1897, pag. 227), an eine bald danach von den Socialpolitikern unternommene Lehrlingsenquête, von der aber, wie ich glaube, leider kein stenographisches Protocoll existiert, und nicht zuletzt auch an die Mittelschulenquête, auf die sich Dr. Scheu in seinem Buch beruft, die auf seine Anregung hin und nach seinem Plan vor zwei Jahren abgehalten wurde und die, obgleich sie leider vorzeitig abgebrochen werden musste, doch vorzügliches Material zu Tage

gefördert hat (vgl. Socialistische Monatshefte, 1898, pag. 261 ff.).

Scheu erhebt allerdings den Anspruch auf Originalität nur für den Gedanken, derartige Arbeiten zu einer grossen Cultur-bewegung zusammenzufassen. Diese Zusammenfassung und Centralisation soll durch das Zusammenwirken jener besonders eifrigen und befähigten Leute entstehen, die wir in allen Einzelveranstaltungen immer wieder auftauchen sehen. Aber können wir nicht bemerken, wie eine derartige Centralisation sich schon heute, wenn auch nicht planmässig, so doch wie mit Naturnotwendigkeit, zu vollziehen beginnt, und auch gerade dadurch, dass immer wieder dieselben Personen als Anreger und Führer bei verschiedenen Vereinen, Enquêtes und Congressen auftreten? Freilich sind diese Leute fast durchweg auch an der von Scheu so verlästerten „Vulgärpolitik“ beteiligt.

Fast nirgends wird in dem Scheuschen Buch auch nur angedeutet, woher man zu all den weitausgreifenden Veranstaltungen das Geld nehmen würde. Gelegentlich der Schulreform wird mit ein paar Worten erwähnt, man könne mit einer Summe anfangen, die durch Subscription aufgebracht werden solle. Wenn Dr. Scheu sich mit der ganzen Sache auf eine völlig unregelmässige private Freigebigkeit der reichen Leute verlassen will, so fürchte ich, wird er nicht weit kommen. Er möge sich nur an seine Mittelschulenquête erinnern, die in geeigneter Weise ins Werk gesetzt werden konnte, weil die Laune eines reichen Mannes die Mittel dazu bot, und die plötzlich abgebrochen werden musste, weil eine andere Laune desselben Mannes die weiteren Mittel vorenthielt.

Scheu perhorresciert alles, was Politik, Partei oder Programm heisst, aber das Ziel der Bewegung, die er ins Leben rufen möchte, ist: Wünsche durchzusetzen, was ja, in die gebräuchliche Ausdrucksweise übersetzt, ein Programm durchführen heisst, und zwar auch dann, wenn es noch so viel der Wünsche sind und sie sich über noch so viele Gebiete erstrecken. Den Kampf, und zwar hartnäckigen Kampf, und die dazu gehörigen Waffen der Agitation und Propaganda hält auch Scheu für unentbehrlich. Wie will er aber kämpfen, ohne dass es zur Parteibildung käme? Wenn wir aber Programm, Partei und Agitation haben, so weiss ich nicht, wie wir der Politik entrinnen sollen.

Wenn es also jemals zu einer Cultur-bewegung im Scheuschen Sinn kommen wird, so wird diese „Culturpolitik“ nicht

an Stelle der „Vulgärpolitik“ treten können, sondern nur mit ihr oder neben ihr einhergehen müssen. *Therese Schlesinger-Eckstein.*

Reuven.

In der Nouvelle Revue äussert sich Félicien Pascal, in einem Essay, überschrieben: *Les aspirations de la foule*, folgendermassen:

Ein wirklicher Spürer der Volksaspirationen müsste als feinsinniger Beobachter durch die Strassen seiner Stadt wandeln, und aus den hundert Kleinigkeiten, die ihm da aufstossen, könnte er wohl dann einige berechnete Schlüsse auf das Allgemeine ziehen. Von den einzelnen Individuen wird man ja kein Geständnis über ihr Innenleben erhalten, aber man kann das Dauernde von dem Flüchtigen scheiden, das Wirkliche und Lebendige von dem Künstlichen und Gesuchten, und man wird der Lösung der Frage immer näher kommen.

An der Behauptung, dass die Menge von vornherein gegen alles Ueberlieferte und Historische eingenommen sei, zweifelt der Beobachter schon, wenn er die Theaterannoncen liest, Cyrano de Bergerac, L'Aiglon, Madame Sans-Gêne ziehen das Publicum in hellen Scharen an, ebenso neulich im Odéon La Guerre en Dentelles, ein Stück, das aus Frankreichs Vergangenheit eine anmutige Seite neu belebt. Ja, diese Sympathie für die historische Vergangenheit geht so weit, dass auch die Variétés, wenigstens durch die Costüme der Darsteller, ihr Rechnung tragen. Und ganz dieselbe Beobachtung macht man auf dem Büchermarkt, wo historische Romane mit Leidenschaft gefordert werden.

Es ist nicht ohne Bedeutung, dass der Geschmack der Menge sich den historischen Stoffen zuwendet, denn im Theater und in der Lectüre sucht das Publicum doch Genuss. Der Einfluss des Naturalismus ist vorbei, und das Publicum kehrt zu seinen ursprünglichen Liebhabereien zurück. Es giebt für den Menschen nichts Anregenderes, als sein eigenes Bild in verschiedenen Zeiten der Entwicklung seines Volkes zu verfolgen und wer es versteht, das Individuum gleichsam in die Aussenwelt zu projicieren und in ein Milieu voll neuer Sensationen zu versetzen, hat auch den Erfolg.

Das sieht der Beobachter in den Strassen, und die Dichter können nichts Besseres thun, als ihre Werke mit historischer Decoration umgeben. Sicherlich hätte Charpentiers Oper Louise das Herz der keinen Arbeiterinnen weit mehr entzückt, wenn sie sich in einem Milieu von Spitzen und Elganz

abgespielt hätte, statt da oben auf dem Montmartre.

Das Sehnen nach der entschwundenen Schönheit der Lebensformen verbreitet eine Art Wehmut über das Leben der Menge von heute, vielleicht kann man auch von dieser Tendenz eine Auferstehung der Nation erhoffen. —

Wenn auch das Thema nicht sehr tief gefasst ist, so ist doch ein Vergleich zwischen dem Verhalten der Franzosen zu demjenigen beispielweise der Deutschen recht interessant und wäre wert, weiterhin verfolgt zu werden.

*

Ueber den Antiitalianismus der Italiener schreibt Cesare Lombroso in der *Nuova Antologia*. Wenn er auch den kopflosen Chauvinismus ebenso herzlich verachtet, wie den Antisemitismus, so ist ihm doch die Strömung, die gegenwärtig in Italien herrscht und nach welcher alles für nichtig erklärt wird, was dem eigenen Land entspricht, eine traurige Erscheinung, der entgegengearbeitet werden müsse.

Die grossen Producenten müssen ihre Waren erst nach dem Auslande senden und mit fremden Namen versehen, ehe sie sie los werden können, und es kann auf diese Weise Italien, obschon es viel und gute Ware liefert, sich nie einen Namen auf dem Weltmarkt erringen.

Die Verachtung für einheimische Producte erstreckt sich auch auf die Erzeugnisse der Kunst, Litteratur und Wissenschaft. Das Theater bringt fast nur Uebersetzungen aus anderen Sprachen, ebenso die Belletristik. Auch wissenschaftliche Arbeiten gelten erst als wertvoll, wenn fremde Nationen sie anerkennen.

Im Jahre 1899 gab Guido Villa eine zeitgenössische Psychologie heraus, in der er glattweg leugnet, dass die Italiener je auf dem Gebiet der Psychologie etwas geleistet, er übergeht die bedeutendsten Namen und hebt Fremde in den Himmel. Es ist selbstverständlich, dass in diesem Aufsatz auch der Name Lombroso nicht erwähnt wird, was den Verfasser des Essays begrifflicher Weise schmerzt.

Noch in der letzten Zeit hat sich der allgemein bekannte Fall zugetragen, dass die Italiener Prof. Koch die Lorbeeren wegen seiner Malaria-theorie überreichen wollten, worauf er selber darauf hinwies, dass italienische Gelehrte weit Bedeutenderes auf diesem Gebiete geleistet hätten, als er. Das Merkwürdige aber ist, dass italienische Gelehrte selbst, auch die Verkannten unter ihnen, alles thun, um in ihren Werken das Ausland

gegenüber der Heimat in den Himmel zu erheben.

Zu erklären ist diese Erscheinung nur durch die Jahrhunderte lange Knechtschaft, die auf Italien lag, der Rest der Slavennatur bringt die Italiener dazu, sich gegenseitig möglichst gering zu machen, um denen, die solange Herren im Lande waren, den Freunden, die nötige Ehrfurcht zu bezeugen.

Wenn auch Lombroso nicht wünscht, dass die Italiener jemals zu einem Chauvinismus gelangen, wie er anderwärts noch herrscht, so hofft er doch, dass ihr Nationalbewusstsein endlich erwachen werde.

Uns will freilich bedünken, als ob Lombroso von jenem Chauvinismus, den er im Princip zurückweist, nicht ganz frei ist. Ein Blick auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Italiens in den letzten Jahren zeigt unseres Erachtens nur Genüge, dass Italien etwas ganz anderes not thäte, als ein gesteigertes Nationalbewusstsein. Aus diesem Grunde hüten sich auch die Vertreter der italienischen Socialdemokratie wohlweislich davor, bei irgend welchen „nationalen“ Kundgebungen mitzuthun. *Ida Häny-Lux.*

Notizen.

In seiner Schrift: **Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich?** meint Eduard Bernstein, dass der Ausdruck wissenschaftlicher Socialismus irreführend sei, und schlägt daher die Bezeichnung kritischer Socialismus vor. Diesem Vor-schlag gegenüber möchte ich darauf hinweisen, dass ich schon vor zwei Jahren in meinem Buche über Karl Marx den Ausdruck historischer Socialismus angewendet habe.

Der Socialismus scheint mir nämlich in erster Reihe eine Frage der Geschichtswissenschaft zu sein. Den Kern des marxistischen Socialismus dagegen bildet der Gedanke der Evolution, die Auffassung, dass die Form der Gesellschaft, wie alle Dinge im Leben, dem Gesetz der Entwicklung unterliegt.

Von dieser Auffassung ausgehend möchte ich den folgenden auf der marxistischen Lehre basierenden Thesen meine Antithesen gegenüberstellen:

1. *These:* Der Capitalismus ist ein Uebel, dessen Beseitigung Aufgabe des Socialismus ist.

1. *Antithese:* Die capitalistische Entwicklung stellt einen grossen historischen Fortschritt dar. Es ist die Aufgabe des Socialismus, denselben zu fördern, zu ergänzen und fortzusetzen.

2. *These:* Das eigentliche Ziel des Socialismus ist die Uebernahme der gesamten Production durch die Gesellschaft.

2. *Antithese*: Ziel des Socialismus ist, die in der capitalistischen Entwicklung entstandenen Grossbetriebe unter die Leitung oder Controle des Staates oder der Gemeinde zu bringen — das, was der Engländer nationalisation and municipalisation of monopolies nennt. „In einem guten Fabrikgesetz kann mehr Socialismus stecken, als in der Verstaatlichung einer ganzen Gruppe von Fabriken.“ (Ed. Bernstein in der Neuen Zeit, 1897-98, I. Bd. pag. 556).

3. *These*: Der Socialismus soll in erster Linie auf politischem Wege durchgeführt werden.

3. *Antithese*: Die ökonomisch stärksten Classen reissen jederzeit die politische Macht an sich.

4. *These*: Die Fachvereine (Gewerkschaften) sind keine socialistischen Institutionen, sondern unter den bestehenden Verhältnissen blosser Kampfvereine. Sie bilden jedoch und müssen einen Teil der socialdemokratischen Partei bilden.

4. *Antithese*: Die Fachvereine (Gewerkschaften) sind socialistische Institutionen und besitzen gerade als bleibende sociale Organe der zukünftigen Gesellschaft die grösste Bedeutung. Sie sollen und müssen jedoch principiell von jeder Parteipolitik unabhängig sein.

5. *These*: Consum- und Productions-genossenschaften sind für die Arbeiter von ganz untergeordneter Bedeutung. Teilweise schädigen sie sogar die Arbeiterbewegung, indem sie die Feindschaft der kleinen Händler gegen die Partei erwecken und so der politischen Macht der letzteren Abbruch thun.

5. *Antithese*: Consum- und Productions-genossenschaften sind von mindestens ebenso grosser Bedeutung für die Arbeiter, wie die Gewerkschaften.

6. *These*: Die Befreiung der Arbeiterclassen kann einzig und allein ihr eigenes Werk sein.

6. *Antithese*: Die Befreiung der Arbeiterclassen kann nicht ohne ihre eigene Mitarbeit errungen werden. Aber alles, was bisher auf dem Wege der Politik zum Nutzen der Arbeiter geschaffen worden ist (Volksschule, Wahlrecht, Vereins- und Versammlungsrecht, die sogenannte sociale Gesetzgebung) wurde von anderen Parteien durchgeführt. Die Socialdemokratie hat bis jetzt und wird auch noch auf lange Zeit hinaus nicht im stande sein, auf politischem Wege irgend etwas durchzusetzen, dessen Berechtigung und Möglichkeit nicht auch von anderen Parteien anerkannt wird.

Dies meine Leitsätze über den Socialismus. Es würde mich sehr interessieren, zu

erfahren, was besonders Vertreter des wissenschaftlichen Socialismus gegen dieselben einzuwenden haben. *Fernando Lindenber.*

Ein Schlusswort nach Friedenau. In No. 41 der Neuen Zeit antwortet Kautsky auf meinen Artikel: Friedenau im Kriegszustand. Natürlich in der alten Manier. So wird von der Edelheimschen Anzeige meines Buches: Zur Geschichte und Theorie des Socialismus durch Auslassung qualificierender Nebensätze eine falsche Vorstellung erweckt und mir dann das Wort bescheiden unterschoben, das ich nicht gebraucht habe. Es heisst am Anfang der Edelheimschen Anzeige: „Ein Document von grundlegender Bedeutung für die Geschichte des modernen Socialismus ist das obengenannte neueste Werk Eduard Bernsteins.“ Kautsky lässt die Worte für die Geschichte des modernen Socialismus fort, wodurch den Worten von grundlegender Bedeutung statt eines ganz relativen ein absoluter Sinn beigelegt wird, den sie in der Anzeige nicht haben. Denn sie beziehen sich, wie im folgenden auseinandergesetzt wird, auf das Werk als Actenstück der sogenannten Bernsteindebatte über die „Grundsätze, von denen die gesamte Theorie und Praxis des Socialismus ausging.“ Auch diese citierten Worte lässt Kautsky aus und erweckt dadurch den Eindruck, als leite die Anzeige das Interesse des Publicums an jener Debatte von dem an meiner Person ab, während es thatsächlich auf die Theorie und Praxis des Socialismus bezogen wird. Das Urtheil, das ich auf Seite 146—147 der Voraussetzungen des Socialismus über die Erwerbung der Kiautschoubucht ausspreche, wird durch Wiedergabe eines isolierten Satzes in ein unbedingtes Loth verdreht, um die betreffenden Ausführungen in Gegensatz zu einem früheren Artikel von mir über Colonialpolitik zu bringen, während es thatsächlich genau denselben Standpunkt Ausdruck giebt, wie der dort entwickelte. Und so weiter. Man wird es begreifen, dass ich darauf verzichte, den nach diesem System gearbeiteten Artikel im einzelnen zu widerlegen. Eine Polemik muss einmal ein Ende nehmen. Nur auf zwei Punkte glaube ich noch eingehen zu sollen.

Kautsky hält sich darüber auf, dass ich meine Problemartikel veröffentlicht habe, ohne ihnen Artikel folgen zu lassen, die die Lösung der Probleme geben. Infolgedessen hätten die Artikel nur „lähmend“ auf die Partei wirken können. Thatsächlich habe ich jedoch, ausser bei Gegenständen, wo, wie bei der Agrarfrage, die sofortige „Lösung“ über-

haupt nicht von uns abhängt, sondern es sich zunächst nur um die Erkenntnis von Tendenzen handelt, in jedem der Problemartikel gleich selbst die Folgerungen gezogen, die sich aus den aufgedeckten „Problemen“ für die Praxis der Socialdemokratie ergeben. Die Tendenz der ganzen Problemserie war, wie dies im einleitenden Artikel ganz klar und deutlich ausgesprochen ist, die Betonung des steigenden Wertes der sogenannten Gegenwartsarbeit für die Socialdemokratie im Gegensatz zur etwaigen Politik solcher, die auf baldiges Eintreten der grossen Katastrophe hofften. Die Serie wird mit dem Satz eingeleitet, dass „die socialdemokratische Bewegung in fast allen Culturländern bedeutende Fortschritte gemacht hat“, dass . . . „die Socialdemokratie in allen Ländern in ersichtlichem Vorrücken begriffen ist“. Es wird „aus der weiten Verbreitung des socialistischen Gedankens und den correspondierenden Erscheinungen in Production, Handel und Verkehr, Berufsleben und Arbeiterbewegung“ der Schluss gezogen, dass wir uns „mit Riesenschritten der Zeit nähern, wo die Socialdemokratie ihren heute noch wesentlich kritischen Standpunkt in dem Sinne wird modificieren müssen, dass sie über das Gebiet von Lohn-, Arbeiterschutz- und ähnlichen Forderungen hinaus mit positiven Reformvorschlägen herauszutreten haben wird.“ „Wir stehen“, heisst es, „in den vorgeschritteneren Ländern am Vorabend, wenn nicht der Dictatur, so doch eines sehr massgebenden Einflusses der Arbeiterklasse.“ (Vergl. Zur Geschichte und Theorie des Socialismus, pag. 171—172.) Kurz, ich trat den Illusionen der auf Katastrophen speculierenden Socialisten entgegen, von denen Kautsky behauptet, dass sie nur in meinem Gehirn existierten. Wer aber aus meinen Artikeln die Lähmung der Thatkraft derjenigen folgern konnte, die ihr Verhalten nicht von der Speculation auf die Katastrophe abhängig machen, der musste — um dasselbe Bild zu gebrauchen — die Lähmung wirklich schon irgendwo im Gehirn sitzen haben.

Dass unter diesen Umständen meine Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag Kautsky überzeugte, dass mit mir nichts los sei, begreife ich gern. Ich begreife es um so mehr, als von den zwei Sätzen jener Zuschrift, die Kautsky in Stuttgart bekämpfte, der eine, der sich auf die Zunahme der Zahl der Besitzenden bezieht, hinterher von ihm selbst — allerdings de très mauvaise grace — als richtig anerkannt wurde, der andere,

der Hinweis auf das Zurückweichen der Privilegien der capitalistischen Bourgeoisie, seitdem eine ganze Reihe von Bestätigungen erfahren hat.

Ich bin immer geneigt, die Fehler meiner Arbeiten zuzugeben. Aber wenn es aus der ganzen Reihe meiner Publicationen ein Schriftstück giebt, auf das ich noch heute mit Genugthuung zurückblicke, so ist es jenes Manifest. Es ist mein Glaubensbekenntnis, das Programm meines Wirkens.

Und nun noch eine persönliche Bemerkung. Kautsky erzählt, wohl nicht ohne Absicht, dass ich im Jahre 1896 eine Stelle im Bankfach in Transvaal gesucht hätte. Da dies geeignet ist, mich in falschem Lichte erscheinen zu lassen, sei hier folgendes bemerkt:

Im Jahre 1896 erlitt ich aus Gründen, die nicht hierher gehören, die aber, wie Kautsky weiss, ausser meinem Willen und Handeln lagen, eine erhebliche Verkürzung meines Einkommens, so dass mir selbst eine bescheidene Schriftstellerexistenz nicht mehr möglich war. Um nun meine Existenz nicht von der Schriftstellerei für Nichtparteiblätter abhängig zu machen, versuchte ich es, in London oder Paris eine kaufmännische Beamtenstellung zu erlangen, die mir erlaubt hätte, in meinen Freistunden nach wie vor, wenn auch in geringerem Umfange, litterarisch für die Partei zu arbeiten. An das Transvaal dachte ich dabei zu allerletzt. Aber es machte sich so, dass die erste annehmbare Stellung, die sich mir darbot, in der Johannesburger Filiale eines Pariser Hauses war. Ehe ich jedoch behufs Verhandlung nach Paris fuhr, unterrichtete ich Kautsky und den Parteivorstand von meinem Vorhaben. Kautsky ersuchte mich dringend, von ihm abzustehen, und ich folgte seinem Wunsch.

Ich will Kautskys Busstimmung darüber, dass er meine geistigen Fähigkeiten so sehr überschätzen konnte, mich zu gut für Hauptbuch und Kladde zu halten, nicht durch Abdruck der Superlative, in denen er mir dies auseinandersetzte, noch steigern. Es wäre zu grausam. Dass ich selbst von solcher Ueberschätzung frei bin, zeigt das Vorhergehende. Aber das Schicksal hat es anders gewollt, und Kautsky muss nun Busse thun und der Welt bei jeder möglichen Gelegenheit den Beweis liefern, dass ich seit Widerlegung der Zusammenbruchstheorie in zunehmender Geschwindigkeit dem Zustand völliger dementia senilis entgegenrase. Setzen wir es auf Conto dieses Buszwanges, dass er sich dabei der oben gekennzeichneten Methoden grober Verdrehung bedient. *Eduard Bernstein.*